

Merc.
53 id

Merc.

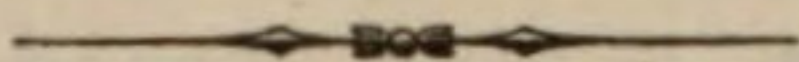
253 id

~~Zollverein~~

Delbrück

DER
ZOLLVEREIN

UND DAS
TABAK-MONOPOL.



BERLIN



MDCCCLVII.

VERLAG DER KÖNIGLICHEN GEHEIMEN OBER-HOFBUCHDRUCKEREI
(R. DECKER).

125 = B.

DER

ZOLLVEREIN

UND DAS



BERLIN MDCCLXII

VERLAG DER KÖNIGLICHEN GEHEIMEN ORR-DRUCKEREI
(R. DECKER)

Steuern vom Verbräuche einzelner Gegenstände sind schon seit Jahrhunderten häufig in der Form erhoben worden, dass sich der Staat das ausschliessliche Recht zum Kauf und Verkauf, in der Regel auch zur Verfertigung dieser Gegenstände beilegte und dieselben alsdann zu einem Preise verkaufen liess, welcher den für ihren Ankauf oder für ihre Verfertigung von ihm selbst gemachten Aufwand um einen mehr oder minder hohen Betrag überstieg. Früher sehr weit verbreitet und auf zahlreiche Gegenstände ausgedehnt, hat diese Form der Besteuerung oder, wie man sich gewöhnlich ausdrückt, das Staats-Monopol, seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts überall an Terrain verloren. Die Richtung der Wissenschaft war ihm entschieden abhold. Man hielt es für einen Missbrauch des Besteuerungsrechts, wenn der Staat, nur um die Erhebung einer Abgabe zu erleichtern, seinen Angehörigen den Betrieb eines an sich zulässigen und im Bedürfniss des Verkehrs begründeten Gewerbes untersagte. Man wies darauf hin, dass der Betrieb eines jeden Gewerbes einen grösseren Kostenaufwand erfordere, wenn es vom Staat, als wenn es, bei freier Konkurrenz, von Privatpersonen ausgeübt werde, dass also der Gegenstand eines Staatsgewerbes, abgesehen von jeder Vertheuerung durch eine Abgabe, einen höheren, als den natürlichen, durch freie Konkurrenz bestimmten Preis habe. Die jedem Verbraucher der Waare aufgenöthigte Zahlung dieses Mehrbetrages gegen den natürlichen Preis erschien vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus als ein reiner Verlust für das National-Vermögen und zugleich vom finanziellen Standpunkte aus als unvereinbar mit einem der ersten Grundsätze einer richtigen Besteuerung. Denn bei jedem Gegenstande allgemeinen Verbrauchs stellt jener Mehrbetrag im Ganzen ein sehr grosses Kapital dar, welches jährlich der Gesammtheit der Steuerpflichtigen entzogen wird, ohne der Staatskasse einen Gewinn zu gewähren, während eine Verbrauchsabgabe wie jede andere Steuer so eingerichtet sein soll, dass sie der Gesammtheit der Steuerpflichtigen so wenig als möglich über

die Summe hinaus entziehet, welche sie der Staatskasse einbringt. Als nicht minder nachtheilig wurden die mittelbaren Folgen des Monopols aufgefasst. Hat es, wie in der Regel der Fall ist, eine Waare zum Gegenstand, welche selbst oder deren Rohstoff im Lande erzeugt wird, so muss diese Produktion Beschränkungen unterworfen werden, welche in einzelnen Fällen bis zu wirklichen Eingriffen in das Eigenthum sich erstrecken, welche, auch wo dies nicht der Fall ist, einem rationellen Betriebe hinderlich sind, und welche durch die davon unzertrennlichen Belästigungen und Gefahren den Preis des Produkts steigern. In allen Fällen muss, zum Schutz des Alleinrechts gegen unbefugte Konkurrenz, zu Kontrollen geschritten werden, welche den Verkehr nicht bloss mit dem Monopols-Gegenstände, sondern auch mit anderen Gegenständen und nicht bloss an der Landesgrenze, sondern auch im Innern des Landes erschweren. Diese Beschränkungen und Kontrollen setzen von Seiten des Staats Einrichtungen voraus, durch deren Kosten der Ertrag der Abgabe geschmälert wird, und sie bereiten dem betheiligten Publikum einen Geld- oder wenigstens Zeitaufwand, welcher dem National-Vermögen verloren geht. Das ungünstige Urtheil, welches die Wissenschaft aus solchen Erwägungen über die Staats-Monopole fällte, entsprach vollkommen den Interessen und Neigungen des Publikums. Die Produzenten der, einem Monopol unterworfenen Waare sehnten sich nach Befreiung von den ihrer Produktion auferlegten fiskalischen Beschränkungen und schmeichelten sich mit der Hoffnung einer vortheilhafteren Verwerthung ihrer Produkte bei freier Konkurrenz. Der Handelsstand versprach sich von dem Betriebe der, in den Monopolen begriffenen Gewerbe eine gewinnreiche Verwerthung seiner Kapitalien und seiner Intelligenz. In weiten Kreisen wünschte man der Belästigungen enthoben zu werden, welche die, im Interesse des Monopols angeordneten Kontrollen dem allgemeinen Verkehr auferlegten. Die Verbraucher der Monopol-Gegenstände erwarteten bei freier Konkurrenz bessere Waare zu wohlfeilerem Preise. Die immer mehr sich verbreitende Abneigung gegen einen jeden Gewerbebetrieb des Staats trat gegen einen ausschliesslichen Gewerbebetrieb mit doppelter Entschiedenheit auf.

So von der Wissenschaft, dem Privat-Interesse und der öffentlichen Meinung angegriffen, verschwanden die zahlreichen Monopole, welche zu Ende des vorigen, zum Theil noch in dem ersten Jahrzehent des laufenden Jahrhunderts in mehreren Deutschen Ländern bestanden. Bei der Bildung des Zollvereins gab es in den Staaten, welche zu diesem Verein zu-

sammentraten, nur noch zwei Staats-Monopole: für Salz und für Spielkarten. Das letztere, volkswirtschaftlich und finanziell von sehr untergeordneter Bedeutung, wurde einige Jahre nach Abschluss der Zollvereins-Verträge in Preussen aufgehoben und ist gegenwärtig nur noch in wenigen Vereinsstaaten in Geltung. Eine andere Stellung wurde dem Salzmonopol angewiesen. Alle Regierungen, welche bis zum Jahre 1842 dem Zollverein beitraten, verpflichteten sich, den Salzhandel eng im Innern ihrer Staaten nur auf Staatsregie stattfinden zu lassen, es wurde also dieses volkswirtschaftlich und finanziell gleich wichtige Monopol zu einem Theile der organischen Einrichtungen des Vereins. Dadurch war es aber keineswegs gegen lebhafte Anfechtungen geschützt. Die Nothwendigkeit der Aufhebung des Salzmonopols und, an dessen Stelle, der Einführung einer Produktionssteuer für das inländische und einer Eingangs-Abgabe für das ausländische Salz wurde in Preussen, wie in anderen Theilen des Vereins, ein populäres Axiom. Handels-Vorstände und landständische Versammlungen machten sich zu seinen Vertretern; auf dem Preussischen Vereinigten Landtage von 1847 gelangte es zu einer ausführlichen Erörterung. Ungeachtet des Widerspruchs der Regierung erhielten Anträge, in welchen die Aufhebung des Monopols empfohlen wurde, in beiden Kurien die Mehrheit der Stimmen, und aus einem hohen Munde hörte man damals die Worte, dass die Zeit der Monopole vorüber sei. Als man sich im Jahre 1848 in Frankfurt a. M. damit beschäftigte, den politischen Umbau Deutschlands auch auf dem Gebiete der Handelspolitik vorzubereiten, erschien der Wegfall des Salzmonopols als etwas sich von selbst Verstehendes; von sachkundiger Hand wurde damals ein detaillirter Plan für die Einführung einer gemeinschaftlichen Besteuerung des Salzverbrauchs durch eine Abgabe von der Produktion und von der Einfuhr ausgearbeitet. Der Zollanschluss des Steuervereins gab einige Jahre später die Gelegenheit zu neuen Angriffen. Hannover hatte sich nicht entschliessen können, die hinsichtlich der Salzregie unter den übrigen Vereins-Regierungen bestehenden Verpflichtungen zu übernehmen, die Erneuerung der Vereins-Verträge stand bevor, und es schien daher der Moment gekommen, wo man, frei von vertragsmässigen Verbindlichkeiten, die Aufhebung des Monopols ernstlich in die Hand nehmen könne. In der Preussischen zweiten Kammer wurden Anträge in diesem Sinne gestellt und von anerkannten Autoritäten unterstützt, und als die Zollvereins-Verträge dennoch ohne Abänderung der, das Monopol betreffenden Verabredun-

gen erneuert waren, hörte man es von gewichtigen Stimmen beklagen, dass nun wieder für lange Zeit auf die Möglichkeit verzichtet werden müsse, die Salzproduktion und den Salzverbrauch ihrer freien und natürlichen Entwicklung überlassen zu sehen.

Kaum sind diese Stimmen verhallt, als aus den nämlichen Kreisen, in welchen man sie zu vernehmen gewohnt war, ein ganz entgegengesetzter Ruf ertönt. Mit beinahe gleichem Eifer, wie früher der Aufhebung des Salzmonopols, wird jetzt der Einführung des Tabakmonopols das Wort geredet. Immerhin tritt diese Befürwortung noch mit einer gewissen Schüchternheit auf. Ein Antrag auf Einführung des Tabakmonopols, welcher im Dezember 1855 im Preussischen Abgeordnetenhouse eingebracht war, wurde von seinem Urheber zurückgezogen und kam deshalb nicht zur Verhandlung. Im Preussischen Herrenhouse sprach sich bei Berathung des Budgets für 1857 die Ansicht aus, dass eine hohe Einnahme aus der Besteuerung des Tabakverbrauchs wohl nur im Wege des Monopols zu erreichen sein werde, jedoch beschränkte man sich darauf, der Regierung im Allgemeinen die Herbeiführung von Einrichtungen zu empfehlen, welche ein höheres Einkommen vom Tabak erwarten lassen. Auch in den Landesvertretungen anderer Vereinsstaaten, in deren Schosse Erörterungen über die Besteuerung des Tabakverbrauchs stattfanden, ist die Einführung des Monopols noch nicht zur förmlichen Berathung gelangt. Dasselbe hat indessen, wenn nicht alle Anzeichen trügen, trotz der heftigen dagegen erhobenen Angriffe, an Anhängern gewonnen und zwar namentlich unter solchen Männern, welche, als Mitglieder legislativer Versammlungen, dazu berufen sind, über Fragen der Besteuerung ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Haben doch, dem Vernehmen nach, selbst einzelne Vereinsregierungen sich schon vor Jahr und Tag für Einführung des Tabakmonopols im Zollverein erklärt.

Auf den ersten Blick kann diese Erscheinung überraschen. Man sollte meinen, dass die Gründe, welche unter dem Beifall ernster Sachkenner und der Zustimmung der öffentlichen Meinung gegen die Fortdauer eines Monopols geltend gemacht sind, welches fast überall älter ist, als die jetzt lebende Generation und dessen Kontrollformen im Binnenlande kaum empfunden werden, mit doppeltem Gewichte gegen die Einführung eines Monopols sprechen müssten, welches in denjenigen Theilen des jetzigen Zollvereins, wo es früher bestand, unter dem Jubel der Bevölkerung zu Grabe getragen wurde, und dessen Belästigungen nicht den angenehmsten Theil der Erinnerungen

bilden, die der Reisende aus Frankreich oder Oesterreich nach Hause bringt. Der anscheinende Widerspruch hat indessen seine guten Gründe. Im Laufe der letzten Jahre sind in den meisten Staaten die Bedürfnisse der Staatskasse und in noch höherem Grade die Anforderungen an die Staatskasse gestiegen. Die gestiegenen Bedürfnisse haben die Auflegung neuer oder die Erhöhung bestehender Steuern nothwendig gemacht; die gestiegenen Anforderungen haben dessen ungeachtet häufig unbefriedigt bleiben müssen. Die neuen oder erhöhten Steuern, namentlich wenn sie, wie dies vielfach der Fall gewesen, zu den direkten Steuern gehörten, werden unangenehm empfunden; die unbefriedigt gebliebenen Anforderungen ringen nach Anerkennung. Mag man die Aufhebung oder Ermässigung unbeliebter Steuern, mag man die Beschaffung der Deckungsmittel für neue oder vermehrte Bedürfnisse als Ziel im Auge haben, immer wird man auf die Nothwendigkeit geführt, der Staatskasse eine neue Haupt-Einnahmequelle zu eröffnen. Man zieht zu diesem Zweck die Erfahrungen in anderen Ländern zu Rathe und kommt dabei ganz natürlich auf eine höhere Besteuerung des Tabakverbrauchs.

In der That gehört der Tabak zu denjenigen Gegenständen, welche zur Belegung mit einer Verbrauchssteuer vorzugsweise geeignet sind. Er ist ein sehr beliebtes und dabei vollkommen entbehrliches Genussmittel. Als ein beliebtes Genussmittel kann er, bei angemessener Besteuerung, die Quelle einer sehr hohen Einnahme werden; als ein entbehrliches Genussmittel kann er, ohne nachtheiligen Einfluss auf den Volkswohlstand, eine sehr hohe Steuer tragen. Eine Verbrauchssteuer vom Tabak hat keinen Einfluss auf die Höhe des Arbeitslohns; sie trifft nicht, wie andere Verbrauchssteuern, denjenigen Familienvater am stärksten, der die zahlreichste Familie, also verhältnissmässig die geringste Fähigkeit hat, sie zu tragen. Die entschiedensten Gegner hoher Verbrauchssteuern haben gegen eine sehr hohe Besteuerung des Tabaks nichts einzuwenden. In einem grossen Theile Europas bildet diese Besteuerung eine der hauptsächlichsten Einnahmequellen der Staatskassen. Sie gewährt in Grossbritannien etwa 1 Rthlr. 5 Sgr., in Frankreich 27½ Sgr., in Oesterreich 12 Sgr., in Portugal und Spanien ungefähr 20 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung; ihr Ertrag ist in allen diesen Ländern in einer stetigen Zunahme. Im Zollverein ist der Tabakverbrauch relativ weit grösser, als in irgend einem dieser Länder; warum soll er nicht auch im Zollverein eine Haupt-Einnahmequelle der Staatskassen sein?

Zur Zeit ist er dies freilich ganz und gar nicht.

Der Tabakbedarf des Zollvereins wird theils aus dem Auslande bezogen, theils im Inlande erzeugt. Vom ausländischen Tabak ist bei der Einfuhr an Zoll zu entrichten, und zwar:

1. von unbearbeiteten Tabakblättern und Stengeln vom Ztr. 4 Rthlr.;
2. von Rauchtabak in Rollen, abgerollten oder entrippten Blättern, oder geschnitten; Karotten oder Stangen zu Schnupftabak, auch Tabakmehl und Abfällen » » 11 »
3. von Cigarren und Schnupftabak... » » 20 »

Im Durchschnitt der drei Jahre 1854—1856 sind

	an Zoll einge-
von rohen Tabakblättern verzollt:	nommen:
(No. 1)	428,084 Ztr. 1,712,336 Rthlr.
von Rauchtabak in Rol-	
len u. s. w. (No. 2) ...	9,421 » 103,631 »
von Cigarren (No. 3) ...	10,778 » 215,560 »
von Schnupftabak (No. 3)	93 » 1,860 »
zusammen	448,376 Ztr. 2,033,387 Rthlr.

von der Einnahme sind an Ausfuhr-Bonifikation für Fabrikate aus ausländischen Blättern in Abzug zu bringen 19,765 Rthlr.

es blieben also als Einnahme 2,013,622 Rthlr.

und es ergiebt diese Einnahme, bei der Durchschnitts-Bevölkerung von 32,613,147 Köpfen, das Präzipuum Hannovers und Oldenburgs ungerechnet, einen Ertrag von 1,85 Sgr. auf den Kopf.

Der im Inlande erzeugte Theil des vereinsländischen Tabakbedarfs lässt sich mit gleicher Sicherheit nicht angeben. Nur in einigen Vereinsstaaten wird der Flächeninhalt des mit Tabak bepflanzten Grund und Bodens, in keinem wird der Ertrag der Ernte amtlich kontrolirt. Es würde deshalb kaum eine annähernde Schätzung möglich sein, wenn nicht vor einiger Zeit, in Folge einer unter den Vereins-Regierungen getroffenen Verabredung, Ermittlungen über den Umfang des mit Tabak bepflanzten Landes, über die Menge des gewonnenen Tabaks und über den Preis des letzteren angestellt worden wären. Kann auch das Ergebniss dieser Ermittlungen, namentlich soweit es die Ernte-Erträge betrifft, auf volle Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen, so gewährt es doch ein Bild der geographischen Vertheilung der Tabakkultur und die Grundlage zu einer, wenigstens ungefähren Schätzung der Produktion. Dass es den Zustand nicht der jüngsten Vergangenheit, son-

dern in der dreijährigen Periode von 1851—1853 — in Bayern im Jahre 1853, in Hannover in den Jahren 1854—1856 — darstellt, wird seine Brauchbarkeit für eine ohnehin nur annähernd richtige Berechnung nicht wesentlich schmälern.

Der Tabakbau ist beinahe über den ganzen Umfang des Zollvereins verbreitet, jedoch mit einer, in den einzelnen Gegenden sehr verschiedenen Dichtigkeit. In einigen Gegenden bildet er einen Theil der landesüblichen Benutzung des Bodens und wird als solcher von der Mehrzahl der Grundbesitzer, sei es für eigene Rechnung, sei es durch Betheiligung bei dem Geschäfte des eigentlichen Pflanzers, betrieben; in anderen beruht er auf der Liebhaberei oder Gewohnheit einzelner Grundbesitzer und tritt deshalb nur sporadisch auf. Die hierauf beruhende Vertheilung des Tabakbaues in zusammenhängende Kulturbezirke und zerstreute Kulturen ist in mehrfacher Beziehung von Wichtigkeit und verdient deshalb eine nähere Darstellung.

Vom Südwesten beginnend, trifft man ihn in der fruchtbaren Ebene, welche sich zwischen dem Rhein und den Bergketten des Schwarzwaldes und Odenwaldes von dem Kaiserstuhl abwärts bis in die Nähe von Darmstadt erstreckt. In dieser 1 bis 3 Meilen breiten und etwa 27 Meilen langen Ebene wurde er in 159 Gemeinden der Badischen Aemter Kenzingen, Ettenheim, Lahr, Offenburg, Kork, Bischofsheim, Ettlingen, Durlach, Karlsruhe, Bruchsal, Philippsburg, Wiesloch, Schwetzingen, Heidelberg, Ladenburg, Mannheim und Weinheim auf 22,324 Morgen, und in 31 Gemeinden der angrenzenden Hessischen Kreise Heppenheim und Bensheim auf 3622 Morgen, also in diesem, nur in der Gegend des Murgthales in seinem Zusammenhange unterbrochenen Bezirke auf 25,946 Morgen betrieben ¹⁾.

Gegenüber dem nördlichen Theile dieses Bezirks in der nicht minder fruchtbaren Ebene der Bayerischen Pfalz, zwischen der Lauter, dem Rhein und dem Haardtgebirge, waren 14,680 Morgen mit Tabak bestellt.

Der dritte zusammenhängende Bezirk findet sich am Niederrhein nahe der Niederländischen Grenze. Es waren hier in 147 Gemeinden der Preussischen Kreise Geldern, Cleve und Rees 1455 Morgen der Tabakkultur gewidmet.

In der Ebene der Kinzig und Pegnitz in Mittelfranken,

¹⁾ Als Flächenmaass ist hier, wie bei allen späteren Angaben, der Preussische Morgen angenommen. Unter Zentner und Pfund ist überall, wo nicht ein Anderes ausdrücklich angegeben, der Zollzentner und das Zollpfund zu verstehen.

von Schwabach abwärts bis Erlangen, fand auf 8102 Morgen Tabakbau statt.

In dem Werrathale wird er an zwei verschiedenen Punkten angetroffen. Zuerst an beiden Ufern der oberen Werra, von Meiningen abwärts bis über die Grenze des Eisenacher Kreises, in 26 Gemeinden der Sachsen-Meiningschen Aemter Wasungen und Salzungen, in 10 Gemeinden des Kurhessischen Amtes Schmalkalden und in 2 Grossherzoglich Sächsischen Gemeinden auf zusammen 1086 Morgen; sodann an dem linken Ufer der unteren Werra, von Wannfried abwärts bis gegen Witzenhausen, in 34 Gemeinden der Kurhessischen Provinz Niederhessen auf 994 Morgen.

Zwischen Weser und Elbe wird in dem südlichsten Theile Hannovers auf 1510 Morgen Tabak gebaut.

An der mittleren Elbe erstreckt sich der Tabakbau auf dem linken Ufer durch 134 Gemeinden der Preussischen Kreise Wolmirstedt, Neuhalldensleben, Gardelegen und Salzwedel und 9 Gemeinden des Braunschweigischen Amtes Calvörde, sowie gegenüber auf dem rechten Ufer durch 43 Gemeinden des ersten Jerichowschen Kreises über zusammen 3442 Morgen.

Die Tabakproduktion im Oderthale hat ihren Sitz einmal auf dem linken Ufer oberhalb und unterhalb Breslau in den einander nahe liegenden Kreisen Ohlau und Neumarkt; es waren dort 2856 Morgen mit Tabak bepflanzt. Sodann und hauptsächlich von Frankfurt a. d. O. abwärts an beiden Ufern des Flusses bis gegen Stettin in den Kreisen Lebus, Königsberg, Greifenhagen, Angermünde, Prenzlau, Ueckermünde und Randow auf 15,570 Morgen.

Endlich findet sich auf dem rechten Ufer der Weichsel von Graudenz abwärts bis unterhalb Marienwerder ein zusammenhängender Bezirk, wo in 94 Gemeinden der Kreise Graudenz und Marienwerder auf 1172 Morgen Tabak gebaut wurde.

Diese elf Kultur-Bezirke mit zusammen 76,813 Morgen enthalten mehr als sechs Siebentheile des im Zollverein dem Tabakbau gewidmeten Grund und Bodens; der übrige Theil ist ohne Zusammenhang über fast alle Vereinsstaaten zerstreut. Den Neckar entlang bis zu der Stelle, wo er bei Heidelberg in die Rheinebene tritt, und an seinen Nebenflüssen waren in 102 Gemeinden des Württembergischen Schwarzwaldkreises, Neckarkreises und Jagstkreises 403 Morgen, in 33 Gemeinden der Badischen Aemter Mosbach, Neckargemünd, Bretten, Eppingen, Sinsheim und Neckar-Bischofsheim 164 Morgen und in 16 Gemeinden der Hessischen Kreise Wimpfen, Erbach und Lindenfels 36 Morgen mit Tabak bebaut; im Flussgebiete des

Mains in Bayern 46 Morgen, in 3 Gemeinden des Badischen Amtes Wertheim 25 Morgen, in 17 Gemeinden der Kurhessischen Provinz Hanau 17 Morgen, in 50 Gemeinden der Grossherzoglich Hessischen Kreise Dieburg, Offenbach, Friedberg, Vilbel, Büdingen und Nidda 431 Morgen, im Gebiete der freien Stadt Frankfurt 7 Morgen und in den Nassauischen Aemtern Reichelsheim und Höchst 10 Morgen. Am Mittelrhein kam auf dem linken Ufer in 42 Gemeinden der Hessischen Kreise Mainz, Oppenheim, Worms, Alzey und Bingen auf 157 Morgen, auf dem rechten Ufer in 16 Gemeinden der Kreise Darmstadt und Grossgerau auf 31 Morgen und in den Nassauischen Aemtern Wiesbaden und Rüdesheim auf 8 Morgen der Tabakbau sporadisch vor. Noch mehr vereinzelt erscheint er im Gebiete der Donau; er fand hier in acht Gemeinden des Württembergischen Donaukreises auf 28 Morgen und in Bayern auf 179 Morgen statt. In Hannover endlich findet er sich, ausser in dem oben erwähnten Kultur-Bezirke, noch an verschiedenen Punkten, namentlich an der Weser, auf zusammen 392 Morgen.

In Preussen ist er über beinahe alle Theile der Monarchie zerstreut. Ausser in dem oben erwähnten zusammenhängenden Bezirke am Niederrhein wurde er in der Rheinprovinz in 23 Kreisen und 144 Gemeinden auf 1461 Morgen betrieben; am ausgedehntesten an einem der südlichen Abhänge der Eifel im Kreise Wittlich in 21 Gemeinden auf 675 Morgen, und im Thale der Nahe oberhalb Kreuznach in 10 Gemeinden auf 383 Morgen. In der Provinz Westfalen waren in 14 Kreisen und 35 Gemeinden 46 Morgen mit Tabak bepflanzt. In der Provinz Sachsen kam, neben dem grösseren Bezirke an der Elbe, in 30 Kreisen und 302 Gemeinden auf 1177 Morgen, in Schlesien, neben dem Ohlau-Neumarkter Bezirke, in 49 Kreisen auf 476 Morgen Tabakbau vor. Abgesehen von dem zusammenhängenden Distrikte an der unteren Oder wurde in der Provinz Brandenburg in 26 Kreisen und 1067 Gemeinden auf 1744 Morgen, in der Provinz Pommern in 19 Kreisen auf 1075 Morgen Tabak gebaut. In der Provinz Posen wird in sämtlichen 26 Kreisen von 2336 Gemeinden auf 3356 Morgen, in der Provinz Preussen, ausser dem Graudenz-Marienwerderschen Bezirk, in 51 Kreisen auf 1403 Morgen Tabakkultur betrieben. Es war also diese Kultur, welche in den grösseren Bezirken am Rhein, der Elbe, der Oder und der Weichsel in 19 Kreisen 23,890 Morgen umfasste, ausser diesen Bezirken über 238 Kreise und 10,738 Morgen verbreitet, wovon 206 Kreise mit 9231 Morgen auf die sechs östlichen, 37 Kreise mit 1507 Morgen auf die beiden westlichen Provinzen fallen. In den

östlichen Provinzen gab es überhaupt nur 19 landrätthliche Kreise ohne Tabakbau, während in den westlichen Provinzen die Mehrzahl, 52 von 92, dieser Kultur entbehrt.

Im Königreich Sachsen und im Herzogthum Braunschweig — mit Ausschluss des Amtes Calvörde — findet sich der Tabakbau nur ganz vereinzelt. Im ersteren wurden in 291 Gemeinden, welche in fast allen Theilen des Landes zerstreut liegen, 226 Morgen, im letzteren überhaupt nur 39 Morgen mit Tabak bepflanzt.

Von den mit Tabak bestellten Ländereien befinden sich also

		in zusammen- hängenden	vereinzelt	im Ganzen
in Preussen.....	Morgen	Bezirken		
» Bayern	»	23,890	10,738	34,628
» Sachsen.....	»	22,782	225	23,007
» Hannover.....	»	—	226	226
» Württemberg	»	1,510	392	1,902
» Baden	»	—	431	431
» Kurhessen	»	22,324	189	22,513
» Grossherzogthum Hessen.....	»	994	17	1,011
» Thüringen ¹⁾	»	3,622	655	4,277
» Braunschweig (ein- schliessl. Calvörde)	»	1,086	—	1,086
» Nassau	»	605	39	644
» Frankfurt	»	—	18	18
zusammen	»	—	7	7
		76,813	12,937	89,750

Der durchschnittliche Ertrag an getrockneten Blättern ist bei den erwähnten Ermittlungen angegeben, und zwar:

für Preussen.....	auf	6,8 Ztr.
» Bayern.....	»	5,6 »
» Sachsen	»	10,9 »
» Hannover.....	»	7,0 »
» Württemberg	»	7,1 »
» Baden	»	6,8 »
» Kurhessen	»	8,1 »
» Grossherzogthum Hessen	»	6,9 »
» Thüringen	»	8,6 »
» Braunschweig	»	6,5 »
» Nassau	»	10,9 »
» Frankfurt.....	»	10,0 »

¹⁾ Die im Kurhessischen Amte Schmalkalden mit Tabak bebauten Flächen sind nicht bei Kurhessen, sondern bei Thüringen in Ansatz gebracht.

vom Morgen, zusammen also auf etwa 600,000 Ztr. In der Wirklichkeit war der Gesammttertrag gewiss nicht unbeträchtlich höher. Ertrags-Ermittelungen, welche auf den Angaben der Produzenten beruhen, bleiben in der Regel hinter der Wahrheit zurück, namentlich wenn sie, wie dies in Bayern, Baden und dem Grossherzogthum Hessen der Fall war, zum ersten Male und unter Verhältnissen vorgenommen werden, welche den Betheiligten keinen Zweifel darüber lassen, dass die Auflegung einer neuen Steuer in Frage steht. In Preussen, Kurhessen und Thüringen, wo von dem Ertrage, wenn auch keine amtliche Feststellung desselben stattfindet, doch schon seit einer Reihe von Jahren amtlich Notiz genommen wird, wo also die Ertrags-Angaben einen gewissen Grad von Zuverlässigkeit besitzen, sind höhere, beziehungsweise eben so hohe Erträge ermittelt, als in Bayern, Baden und Grossherzogthum Hessen, wo die Tabakkultur bekanntlich unter weit günstigeren natürlichen Verhältnissen und gewiss nicht mit geringerer Intelligenz betrieben wird. Der Ernte-Ertrag in der Pfalz — dem ersten und zweiten der oben erwähnten Kultur-Bezirke — welcher sich nach den amtlichen Angaben auf etwa 260,000 Ztr. berechnet, wird im Handel allgemein auf 300,000 Ztr. angenommen. Aus diesen Gründen wird die vereinsländische Tabak-Produktion ohne Ueberschätzung um 10 pCt. bis 15 pCt. höher, als die amtliche Angabe, mithin auf 660,000 Ztr. bis 690,000 Ztr. angeschlagen werden dürfen.

Dieser Ertrag wird indessen nicht vollständig im Zollverein verbraucht. Im Durchschnitt der drei Jahre, auf welche sich die Produktions-Ermittelungen beziehen, wurden an Tabakblättern und Tabakfabrikaten 127,512 Ztr. aus dem freien Verkehr ausgeführt. Davon gingen 3040 Ztr. nach dem damaligen Steuerverein, es bleiben also etwa 125,000 Ztr. als Ausfuhr nach dem Auslande, und es berechnet sich der vereinsländische Verbrauch von vereinsländischem Tabak auf 535,000 Ztr. bis 565,000 Ztr.

Dieser sehr bedeutende Verbrauch ist zum Theil gar nicht, zum Theil sehr niedrig besteuert. Gar nicht besteuert ist er im Süden des Vereins — Bayern, Württemberg, Baden, Grossherzogthum Hessen, Nassau, Frankfurt, — niedrig besteuert im Norden — Preussen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig. — Der Tabak unterliegt hier, zufolge besonderer Verträge, einer fixirten Produktionssteuer, welche $\frac{2}{3}$ Rthlr. für den Zentner getrockneter Blätter betragen soll, und nach denjenigen Grundsätzen zu veranlagern und zu erheben ist, welche für die Besteuerung des Tabakbaues in

Preussen durch eine Kabinets-Ordre vom 29. März 1828¹⁾ festgestellt sind. Diese Steuer geht aus von einer Schlussfolgerung aus dem bekannt gewordenen mittleren Ertrage der Tabakländereien eines jeden Verwaltungsbezirks (landrätlichen Kreises, Steueramts-Bezirks u. s. w.) und dem Flächeninhalte der in diesem Bezirke mit Tabak bepflanzten Grundstücke auf die Menge des von den letzteren geernteten Tabaks. Je nachdem nämlich jener Ertrag in guten Mitteljahren bis $4\frac{1}{2}$ Ztr., bis 6 Ztr., bis $7\frac{1}{2}$ Ztr. und bis 9 Ztr. getrockneter Blätter vom Morgen ausmacht, ist jeder Verwaltungsbezirk, in welchem Tabakbau betrieben wird, in eine Steuerklasse eingeschätzt, und es besteht die von dem einzelnen Tabakbauer für den Morgen Tabakland zu entrichtende Steuer in demjenigen Betrage, welcher sich ergibt, wenn der Normal-Ertrag der Steuerklasse des Bezirks mit dem Steuersatz von $\frac{2}{3}$ Rthlr. multipliziert wird, also in 3 Rthlr., 4 Rthlr., 5 Rthlr. und 6 Rthlr. vom Morgen. Auf den im einzelnen Jahre erzielten wirklichen Ertrag wird nur insoweit Rücksicht genommen, als eine völlige oder theilweise Steuer-Remission eintritt, wenn durch Hagelschlag oder Ueberschwemmung vor oder während der eigentlichen Tabakernte, oder wenn durch einen in den Monaten Juli, August oder September eintretenden Frost mindestens der sechste Theil des gesammten, von einem Pflanzeur bestellten Tabaklandes dergestalt beschädigt wird, dass von diesem Theile nicht ein Viertheil, beziehungsweise nicht die Hälfte des Ertrages zu gewinnen ist, welcher ohne einen solchen Unfall gewonnen sein würde. Als Aequivalent dieser Besteuerung der eigenen Tabak-Produktion erheben die nördlichen Vereinsstaaten von den aus den südlichen Vereinsstaaten in ihr Gebiet eingehenden Tabakblättern und Tabakfabrikaten eine Uebergangs-Abgabe, welche dem Betrage der inneren Steuer — $\frac{2}{3}$ Rthlr. vom Ztr. — gleichkommt. Die innere Steuer wird von jedem der nördlichen Vereinsstaaten für eigene Rechnung erhoben, der Ertrag der Uebergangs-Abgabe wird nach dem Verhältniss der Bevölkerung zwischen ihnen getheilt. Steuer-Restitutionen bei der Ausfuhr werden nicht gewährt. In Preussen betrug im Durchschnitt der drei Jahre 1854—1856 die Einnahme von der inneren Steuer 128,800 Rthlr., von dem Antheil an der Uebergangs-Abgabe 54,600 Rthlr., zusammen vom Verbrauche vereinsländischen Tabaks 183,400 Rthlr., oder 0,32 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung; in den übrigen nördlichen Vereinsstaaten, deren Tabak-Produktion relativ gerin-

¹⁾ Gesetz-Sammlung von 1828, S. 39.

ger ist, als die Preussische, blieb die Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung noch hinter diesem Betrage zurück.

Wie oben erwähnt, kamen im Zollverein etwa 450,000 Ztr. ausländischen und etwa 535,000 Ztr. bis 565,000 Ztr. einheimischen Tabaks, zusammen also etwa eine Million Zentner oder drei Pfund auf den Kopf der Bevölkerung zum Verbrauch. Die Besteuerung dieses Verbrauchs ergab auf den Kopf der Bevölkerung im Süden des Vereins, wo sie auf den ausländischen Tabak beschränkt ist, 1,85 Sgr., in Preussen, wo sie sich auch auf den einheimischen Tabak erstreckt, 2,17 Sgr., in den übrigen nördlichen Vereinsstaaten eine, zwischen diesen beiden Beträgen liegende Einnahme. Solche Ergebnisse bleiben eben so weit hinter dem Ertrage zurück, welcher sich aus allgemeinen Gründen von einer angemessenen Besteuerung des Tabakverbrauches erwarten lässt, wie hinter der Einnahme, welche in anderen Ländern diese Besteuerung wirklich gewährt. Sie fordern dazu auf, sich nach Mitteln umzusehen, durch deren Hülfe der Tabakverbrauch auch für den Zollverein das werden kann, wozu ihn die Wissenschaft für geeignet erachtet und die Praxis anderer Länder längst gemacht hat, eine Haupt-Einnahmequelle der Staatskassen.

Werden zu diesem Zweck die im Auslande bestehenden Einrichtungen in Betracht gezogen, so fällt der Blick zunächst auf Grossbritannien, als dasjenige Land, welches vom Tabakverbrauch die relativ höchste Einnahme bezieht. Dieselbe betrug im Durchschnitt der fünf Jahre 1850—1854, bei einem Verbrauche von 261,316 Ztr. oder nicht ganz 1 Pfund auf den Kopf, 4,584,323 £ St. oder 3 sh. 4 $\frac{1}{2}$ d. auf den Kopf, also, nach dem Massstabe der Bevölkerung, mehr als der Ertrag sämtlicher gemeinschaftlichen Revenüen des Zollvereins. Dieses glänzende Ergebniss wird durch höchst einfache Mittel hervorgebracht.

Wie auf dem Kontinente, so hatte man seit dem Beginn des siebenzehnten Jahrhunderts auch in England angefangen, Tabak zu bauen. Rücksichten der Finanzen und der Kolonialpolitik führten schon unter der Republik zu einem Verbote dieser Kultur; gleich im ersten Jahre der Restauration wurde das Verbot, und zwar sowohl für England als für Irland, erneuert (12 Car. II. c. 34)¹⁾; drei Jahre später musste es ver-

¹⁾ Die interessanten Erwägungsgründe dieses Gesetzes lauten: „considering of how great concern and importance it is, that the colonies and plantations of this kingdom in America be defended, protected, maintained and kept up, and that all due and possible encouragement be given unto them;

schärft werden (15 Car. II. c. 7. §. XVIII.)¹⁾. Im Jahre 1779, während des Unabhängigkeits-Krieges mit den Nordamerikanischen Kolonien, wurde es in Beziehung auf Irland ausser Kraft gesetzt (19. Geo. III. c. 35)²⁾, dafür aber im Jahre 1782 auf Schottland ausgedehnt, wo der Tabakbau nach und nach Eingang gefunden hatte (22. Geo. III. c. 73). Endlich wurde es durch die Akte vom 23. August 1831 (1 et 2 Gul. IV. c. 13) mit dem 1. Januar 1832 in Irland wieder eingeführt. Durch diese Gesetzgebung hat man sich in Grossbritannien schon seit zwei Jahrhunderten in die Lage versetzt, die Besteuerung des Tabakverbrauchs ausschliesslich im Wege der Grenzbewachung kontroliren zu können und sich damit von den Schranken befreit, welche das Maass dieser Besteuerung in der Unausführbarkeit einer hohen innern Steuer vom inländischen Tabak findet. Man konnte demgemäss die Zollsätze so hoch greifen, als die Rücksicht auf die Kräfte der Grenzbewachung dies gestatteten, und man hat die letztere durch mancherlei Beschränkungen der Einfuhr zu verstärken gesucht. Die Zollsätze betragen 3 sh. und 5 pCt. für das Pfund Tabakblätter, 6 sh. und 5 pCt. für das Pfund Schnupftabak, und 9 sh. und 5 pCt. für das Pfund Cigarren und anderer Tabakfabrikate; die Einfuhr von Stengeln und Tabakmehl ist verboten. Roh-

and that not only in regard great and considerable dominions and countries have been thereby gained, and added to the imperial crown of this realm, but for that the strength and welfare of this kingdom do very much depend upon them, in regard of the employment of a very considerable part of its shipping and seamen, and of the vent of very great quantities of its native commodities and manufactures, and also of its supply with several considerable commodities which it was wont formerly to have only from foreigners, and at far dearer rates; and forasmuch as tobacco is one of the main products of several of those plantations, and upon which their welfare and subsistence and the navigation of this kingdom, and vent of its commodities thither, do much depend; and in regard it is found by experience, that the tobaccos planted in these parts are not so good and wholesome for the takers thereof; and that by the planting thereof, Your Majesty is deprived of a considerable part of Your revenue arising by customs upon imported tobacco etc.“ Dass der zuletzt angeführte Grund der am wenigsten entscheidende gewesen sei, ist wohl zu bezweifeln.

¹⁾ Die Erwägungsgründe lauten: „and forasmuch as planting and making tobacco within this kingdom of England doth continue and increase, to the apparent loss of His Majesty in His customs, the discouragement of the english plantations in the parts beyond the seas, and prejudice of this kingdom in general etc.“ Hier steht bereits die finanzielle Rücksicht obenan.

²⁾ Der in Irland erzeugte Tabak durfte nur nach England ausgeführt werden und unterlag daselbst den nämlichen Eingangs-Abgaben und der nämlichen zollamtlichen Behandlung, wie das gleichartige Produkt der Britischen Kolonien.

tabak und Tabakfabrikate dürfen nur in Kolli von gewisser, für die verschiedenen Sorten und Provenienzen verschieden bestimmter Minimalgrösse, auf Schiffen von mindestens 120 Tons Tragfähigkeit und über wenige besonders bezeichnete Häfen eingeführt werden.

Es kann auffallend erscheinen, dass keiner von den zahlreichen Vorschlägen, welche für eine höhere Besteuerung des Tabakverbrauchs im Zollvereine gemacht sind, dieses System zur Grundlage genommen hat. Dasselbe ist höchst einfach, es erfordert keinen neuen Apparat, es kann durch das bereits vorhandene, wenn auch zu verstärkende Institut der Grenzbewachung und durch die ebenfalls vorhandenen Organe der inneren Besteuerung ohne Belästigung des allgemeinen Verkehrs durchgeführt werden, es beschränkt direkt weder den Handel, noch die Fabrikation, es verspricht eine hohe Einnahme. Freilich dürfte man dabei weder an die Zollsätze, noch an die Einnahmen in Grossbritannien denken. Die Bevölkerung des Zollvereins ist nicht wohlhabend genug, um vom Tabakverbrauch eine Abgabe von mehr als einem Thaler auf den Kopf aufzubringen und die Landgrenzen des Zollvereins gestatten es nicht, Zollsätze von 100 bis 300 Rthlr. für den Zentner Tabak gegen den Schleichhandel zu vertheidigen, aber mit dem zehnten Theile dieser Zollsätze wäre vielleicht der vierte Theil jener Einnahme zu erreichen. Zölle von 10 bis 30 Rthlr. würden sich, wenn auch mit Verstärkung der Grenzbesetzung auf einigen Strecken, wohl erheben lassen und eine Einnahme von 8 bis 9 Sgr. vom Kopf würde dem Netto-Ertrage des Oesterreichischen Monopols nahe kommen. Wenn man dessenungeachtet das Britische System nicht empfohlen hat, so ist dabei offenbar die Rücksicht auf den inländischen Tabakbau entscheidend gewesen. Die Unterdrückung des letzteren ist die Grundlage dieses Systems, und man hat sich gescheut, die Unterdrückung einer Kultur vorzuschlagen, welche vier Quadratmeilen bedeckt und deren jährlicher Ertrag einen Werth von fünf bis sechs Millionen Thalern repräsentirt. Man hat die Fortdauer der inländischen Produktion mit einer hohen Besteuerung vereinbar machen wollen und ist dadurch auf die in Frankreich und Oesterreich bestehenden Einrichtungen, auf das Staats-Monopol, geführt.

In der That sind die Erfahrungen, welche man in beiden Ländern im Laufe einer langen Reihe von Jahren mit dem Monopole gemacht hat, wohl geeignet, zur Nachfolge aufzufordern.

In Frankreich datirt das Monopol aus dem Anfange des

siebenzehnten Jahrhunderts; nach mancherlei Wechselfällen gelangte es, bald nach dem Beginn des achtzehnten, pachtweise in den Besitz der ferme générale und ziemlich gleichzeitig wurde der inländische Tabakbau, welcher bis dahin im Agenois und Quercy — jetzt Departement du Lot und Lot-et-Garonne — gestattet gewesen war, verboten. Das Monopol und das damit verbundene Kultur-Verbot erstreckten sich jedoch nicht auf den ganzen Umfang des damaligen Frankreich. In den unter Louis XIII. und Louis XIV. erworbenen Landestheilen: der Franche-Comté, dem Elsass, Artois, Hennegau, Cambresis und Flandern, bestand völlige Freiheit der Kultur, des Handels und der Fabrikation. Für das Monopol lag in dieser Freiheit keine allzu grosse Gefahr. Zwischen den befreiten Landestheilen und dem übrigen Frankreich bestand ohnehin kein freier Verkehr, sie waren durch eine vollständige wohlbesetzte Zolllinie von einander geschieden. Diese Zolllinie, die im Innern des Monopol-Gebietes vorhandenen strengen Binnen-Kontrollen und ein noch strengerer Strafkodex, welcher von Spezialgerichtshöfen gehandhabt wurde, machten es den Pächtern möglich, in den letzten Jahren vor der Revolution die für die damaligen Verhältnisse äusserst bedeutende Summe von 32 Millionen Livres als Pacht an die Staatskasse zu zahlen. Den Wirkungen des Bastillesturmes waren aber diese Einrichtungen nicht gewachsen. Die Zolllinie wurde durchbrochen, der Binnen-Kontrolle wurde Widerstand geleistet, Grundeigenthümer, welche dazu Neigung hatten, fingen an Tabak zu bauen, Handeltreibende, welchen sich die Gelegenheit darbot, schafften sich Vorräthe an, Privatleute, welche die Mittel besaßen, bezogen ihren Bedarf vom Auslande, die Strafgesetze waren machtlos geworden, die Einnahmen aus dem Monopol sanken allmählig bis auf 1,200,000 Livres im Monat hinab ¹⁾. So war die Lage, als die National-Versammlung in der zweiten Hälfte des Jahres 1790 anfang, sich mit dem Schicksal des Monopols zu beschäftigen. Die unveränderte Beibehaltung desselben konnte hierbei nicht mehr in Frage kommen. Es war bereits beschlossen worden, alle Binnenzoll-Linien aufzuheben und die Zollerhebung ausschliesslich an den Aussengrenzen stattfinden zu lassen, es war also nicht mehr möglich, das Monopol auf einen Theil des Landes zu beschränken. Entweder musste man dasselbe auf die bisher befreiten Provinzen ausdehnen und, was damals als eine noth-

¹⁾ Assemblée nationale, 1790, séance du 13 septembre (Roederer), du 13 novembre (Brogie), du 16 novembre (Dedelay).

wendige Folge angesehen wurde, die Tabakkultur in diesen Provinzen verbieten, oder man musste es in den bisher monopolpflichtigen Provinzen aufheben und die Kultur, den Handel und die Fabrikation in diesen Provinzen freigegeben. Nach einer Diskussion, welche sich, mit vielfachen Unterbrechungen, vom September 1790 bis in den Februar 1791 hinzog, entschied sich die Versammlung, gegen die Ansicht ihrer bedeutendsten finanziellen Kapazitäten, Mirabeau, Cazalès, Maury, Barnave, mit einer sehr geringen Mehrheit, für die Aufhebung des Monopols.

Dass sie hiermit eines schweren finanziellen Missgriffs sich schuldig machte, wird heute in Frankreich von Niemand bestritten. Die Ursache dieses Missgriffs pflegt in den theoretischen Vorstellungen von der Freiheit des Eigenthums, der Arbeit und des Handels gesucht zu werden, welche in der Versammlung vorherrschten, und es fehlte allerdings in der Diskussion nicht an derartigen Argumenten; in der That gaben aber ein paar durchaus praktische Motive den Ausschlag. Die Versammlung kannte das Monopol recht gut, sie wusste deshalb, dass sein finanzieller Effekt durch eine sehr straffe Centralisation und eine sehr energische Verwaltung bedingt sei, und sie sah ein, dass der damaligen Staatsgewalt, wo man deren Schwerpunkt auch suchen mochte, geradezu alle Mittel fehlten, welche nöthig sind, um straff zu centralisiren und energisch zu verwalten. Mirabeau traute der Staatsgewalt, als deren Chef er sich dachte, die dazu erforderliche Kraft zu; die Mehrheit urtheilte anders. Zu diesem Bewusstsein der Schwäche gesellte sich das Gefühl der Furcht. Flandern und der Elsass hatten durchaus keine Neigung, sich die Tabakkultur nehmen zu lassen; man besorgte, dass die Einführung des Monopols einen Aufstand in diesen Provinzen entzünden könne. Namentlich im Elsass waren hierzu auch sonst Elemente genug vorhanden. Man war daselbst gar nicht »patriotisch« gesinnt; die Versammlung hatte eigene Kommissarien absenden müssen, um den dortigen legitimistischen und kirchlichen Bewegungen entgegenzutreten; am Tage vor der entscheidenden Abstimmung über das Monopol wurde ihr über diese Sendung Bericht erstattet. Der Bericht lautete keineswegs günstig. In Colmar waren die Kommissarien in Lebensgefahr gewesen, in Strassburg war ihnen von den Behörden geradezu der Gehorsam aufgekündigt, sie machten ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Entscheidung über die Tabakfrage von grossem Einfluss auf die Haltung der Provinz sein werde, und dass diese Entscheidung beschleunigt werden müsse, »um die Uebel-

gesinnten, welche die beiden Departements aufregen, jedes Vorwandes zu berauben¹⁾.« Der Berichterstatter der Finanz-Kommission gab denn auch der Versammlung in seinem Schlussvortrage zu erwägen, ob sie im Elsass und in Flandern die Unruhe vermehren, die Unzufriedenheit berechtigen, die Verläumdungen bestätigen und den Keim zum Bürgerkriege legen wolle²⁾.

Der Aufhebung des Monopols folgten zwanzig Jahre voll fruchtloser Versuche, den Tabakverbrauch, bei Freiheit der Kultur und des Handels, wiederum zu einer Haupt-Einnahmequelle des Staats zu machen. Diese Versuche, deren Geschichte ein wahres Lehrbuch über die Besteuerung des Tabakverbrauchs ist, führten allmählig zu einer solchen Anhäufung steuerlicher Kontrollen, dass es für Napoleon nur eines kleinen Schrittes bedurfte, um die Wiederherstellung des Monopols mit dem Beginn des Jahres 1811 zu dekretiren³⁾. In einer wesentlichen Beziehung wich er dabei von den früheren Einrichtungen ab. Die alte Französische Verwaltung hatte die inländische Kultur für unvereinbar mit dem Monopol gehalten. Napoleon machte die inländische Kultur zur Grundlage des Monopols. Diese Neuerung war unter den damaligen Verhältnissen zugleich zulässig, zweckmässig und nothwendig. Die bei der bisherigen Tabak-Besteuerung gemachten Erfahrungen hatten gezeigt, dass es möglich sei, die Kultur einer, für die Sicherung des Monopols genügenden Kontrolle zu unterwerfen; die im Laufe der letzten zwanzig Jahre eingetretene bedeutende Entwicklung der Kultur erheischte Schonung der vielfachen damit verflochtenen Interessen; der Seekrieg mit Grossbritannien machte die Versorgung der Regie mit Amerikanischem Tabak geradehin unmöglich. Nach dem Sturze Napoleon's trug die Restauration kein Bedenken, sich diese, ohnehin durch die Traditionen des ancien régime geheiligte Einnahmequelle anzueignen, sie konnte indessen dabei nicht so entschieden zu Werke gehen, als das Kaiserreich dies vermocht hatte. Napoleon hatte das Monopol als eine dauernde Finanz-Einrichtung eingeführt, der grosse Widerwille, welchen es während der vier Jahre seines Bestehens erregt hatte, veranlasste, dass es nach der Rückkehr der Bourbons nur für eine zweijährige, und nach Ablauf dieser Frist, nur für eine fünf-

¹⁾ Assemblée nationale, 1791, séance du 11 février (Muguet).

²⁾ Desgl. séance du 12 février (Roederer).

³⁾ Décrets du 29 décembre 1810 et du 12 janvier 1811.

jährige Periode gesetzlich sanktionirt wurde¹⁾. Der Widerspruch, welcher schon bei dieser Verlängerung in den Kammern laut wurde, war nur das Vorspiel zu den parlamentarischen Angriffen, welche das Monopol bei seinen ferneren Verlängerungen in den Jahren 1819, 1824 und 1829 von den Vertretern der Kultur-Distrikte und der Seeplätze, von den Anhängern der modernen staatswirthschaftlichen Schule und von den prinzipiellen Gegnern der Restauration, mit immer steigender Heftigkeit zu erfahren hatte. Es überstand diese Angriffe, und die letzte ernsthafte Diskussion, welcher es unterworfen wurde, war ein völlig entscheidender Sieg. Einer der ausgezeichnetsten Finanzmänner Frankreichs, ein Elsasser, der einen Theil seiner parlamentarischen Erfolge dem Kampfe verdankte, welchen er unter der Restauration im Interesse seiner Provinz gegen das Monopol geführt hatte, brachte im Jahre 1834 als Finanz-Minister Louis Philippe's eine weitere Verlängerung desselben in Antrag. Herr Humann nahm bei dieser Gelegenheit die Gründe nicht zurück, welche er bei früheren Gelegenheiten gegen das Monopol geltend gemacht hatte, aber er bekannte die Ueberzeugung, dass die Besteuerung des Tabakverbrauchs in keiner anderen Form die bisherige Einnahme gewähren könne, als durch das Monopol, und dass diese, für den Staatshaushalt unentbehrliche Einnahme auf keine, für das Land weniger lästige Weise beschafft werden könne, als durch Besteuerung des Tabakverbrauchs. Die Majorität in den Kammern war hiermit nicht nur einverstanden, sondern sie ging sogar weiter, als der Minister²⁾. Eine parlamentarische Enquête, zu welcher die Berathung Veranlassung gab, gewährte ein Resultat, vor welchem der zwanzig Jahre hindurch erhobene Widerspruch verstummte. Das Monopol wurde im Jahre 1840 ohne allen Kampf, nicht, wie bisher, für fünf, sondern für zehn Jahre verlängert; es wurde durch die Februar-Revolution nicht berührt, es ist neuerlich wieder auf zehn Jahre ausgedehnt und es ist jetzt eine so feste Finanz-Einrichtung, als irgend eine andere. Die finanziellen Ergebnisse sprechen auch laut genug. Ohne eine wesentliche Aenderung in den Debitspreisen ist die Netto-Einnahme von 1,34 Frs. im Durchschnitt der fünf Jahre 18²⁰/₂₄ auf 2,78 Frs. vom Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der fünf

¹⁾ Loi sur les tabacs du 24 décembre 1814; loi sur les finances du 28 avril 1816.

²⁾ Vergl. unten S. 89 und S. 112.

Jahre 18⁵⁰/₅₄ gestiegen. Sie beträgt, nach dem Verhältniss der Bevölkerung, jetzt etwa eben so viel, als sämtliche gemeinschaftliche Einnahmen des Zollvereins zusammen.

Die Anfänge des Oesterreichischen Tabakmonopols gehen bis zum Jahre 1670 zurück. Es wurde damals zunächst im Lande ob der Enns einem Privat-Unternehmer gegen die Verpflichtung überlassen, die in diesem Landestheile zur Jagd abgängigen Erfordernisse, mit deren Herstellung die Kammergefälle nicht beschwert werden sollten, nach und nach anzuschaffen. Schon in den nächsten Jahren wurde in Böhmen, dem Lande unter der Enns, in Steiermark, Kärnthen und Krain, etwas später in Mähren, der Grafschaft Glatz, Ober- und Niederschlesien das Alleinrecht zur Einfuhr von Tabak und zur Verfertigung von Tabakfabrikaten pachtweise an einzelne Unternehmer für kürzere oder längere Perioden verliehen. Unter den verschiedensten Wechselfällen wurden diese Pachtverhältnisse bis zum letzten Drittheil des achtzehnten Jahrhunderts fortgesetzt. Bald traten grössere Unternehmer auf, welche die Pachtung für mehrere Landestheile zusammen übernahmen, bald wurde dieselbe den Ständen einzelner Landestheile überlassen; auch die eigene Administration des Staates wurde versucht. Der inländische Tabakbau wurde in dieser Periode verboten. Mit dem Jahre 1764 begann eine Generalpacht für sämtliche, dem Monopole bis dahin unterworfenen Gebiete — Nieder- und Ober-Oesterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Kärnthen, Krain, Küstenland — vom Jahre 1778 ab wurde sie auf Galizien ausgedehnt; im Jahre 1783 endlich übernahm der Staat selbst die Regie. In den, durch die Wiener Verträge von 1815 neu- und wiedererworbenen Italienischen Provinzen war das Monopol zum Theil schon eine althergebrachte Einrichtung. In Dalmatien wurde es mit dem 1. Mai 1820, in Tirol mit dem 1. Juni 1828 eingeführt. Es umfasste sonach die ganze Monarchie, mit Ausnahme der Ungarischen Kronländer. Die in den letzteren bestehende Freiheit des Tabakbaues, der Tabakfabrikation und des Tabakhandels war mit der Aufrechthaltung des Monopols in der übrigen Monarchie vollkommen vereinbar, denn Ungarn gehörte nicht zum Oesterreichischen Zollsysteme. Wie früher zwischen dem Elsass und Flandern und dem übrigen Frankreich, so fand zwischen den Ungarischen Kronländern und dem übrigen Oesterreich kein freier Verkehr statt; sie waren durch eine Zolllinie mit vollständig organisirter Grenzbesetzung von einander getrennt, die gesammten gegenseitigen Ein- und Ausfuhren unterlagen der zollamtlichen Behandlung und es war

daher möglich, das Monopol gegen die Einfuhr Ungarischen Tabaks zu schützen.

Die Folgen der im Jahre 1848 eingetretenen Ereignisse stellten im Jahre 1850 die Oesterreichische Regierung vor dieselbe Alternative, vor welcher sich sechzig Jahre früher die Französische National-Versammlung befunden hatte. Es war beschlossen, Ungarn und seine Nebenländer, unter Aufhebung ihrer besonderen Zollverfassung, in die allgemeine Zolllinie des Reiches einzuziehen und mit den übrigen Theilen des letzteren in freien Verkehr treten zu lassen. Die Ausführung dieses Entschlusses machte den Fall der Binnen-Zolllinie nothwendig, und mit dem Fall dieser Zolllinie fiel der Schutz des Monopols gegen die Einschwärmung Ungarischen Tabaks. Man musste also das Monopol entweder in Ungarn einführen, oder in den übrigen Kronländern aufheben. Glücklicherweise war Oesterreich im Jahre 1850 in einer anderen Lage, als Frankreich im Jahre 1790. Die Regierung war stark genug, das als richtig Erkannte auszuführen, und was das Richtige sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten. In der That hatte eine »vieljährige Erfahrung nicht nur in Oesterreich, sondern auch in anderen Staaten ausser Zweifel gesetzt, dass es den erheblichsten Schwierigkeiten unterliegt, an die Stelle des Tabakmonopols eine andere direkte oder indirekte Steuer zu setzen, die einen gleich hohen Ertrag ohne gleich wenig fühlbare Belastung des Verbrauchers und von einem zur indirekten Besteuerung mehr geeigneten Gegenstande einbringen würde« und es waren die damaligen Verhältnisse »offenbar nicht dazu geeignet, mit einer oder mehreren anderen Abgaben, die das Tabakmonopol zu ersetzen hätten, unsichere und gefährliche Versuche anzustellen«¹⁾. In Ungarn war kein Widerstand mehr zu besorgen, die in Galizien und Tirol gemachten Erfahrungen hatten gelehrt, dass es keines Verbots der Kultur zur Durchführung des Monopols bedürfe, und so wurde vom 1. März 1851 ab das Monopol auf Ungarn, Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, die Woiwodschaft Serbien, das Temescher Banat und die Militair-Grenz- und Küstengebiete ausgedehnt. Der Erfolg dieser Massregel übertraf die Erwartungen. Denn vor allen Dingen war es auf Herstellung des freien Verkehrs mit Ungarn angekommen; die Einführung des Monopols hatte zunächst den Zweck, den Schutz zu ersetzen, welchen die Binnenzoll-Linie der Monopol-Verwaltung in den übrigen Kronländern gewährte und man wäre deshalb fürs Erste allenfalls zufrieden gewesen, wenn

¹⁾ Worte des Patents vom 29. November 1850, Reichs-Gesetzblatt, S. 2011.

nur dieser Zweck erreicht wurde. In der That ist aber mehr erreicht. Ungeachtet der, den Ungarischen Tabakpflanzern hinsichtlich ihres eigenen Bedarfs zugestandenen Befreiung vom Monopol¹⁾ und ungeachtet der, bei der Neuheit der Einrichtung und den Lokalverhältnissen in Ungarn unvermeidlichen Defrauden, hat im Jahre 1856 der Verbrauch von Monopol-Fabrikaten in den Ungarischen Kronländern bereits 1,66 W. Pfd. auf den Kopf betragen, während er in den übrigen Kronländern 1,78 W. Pfd. betrug. Man darf diese Verhältnisse nicht ausser Acht lassen, wenn man die finanziellen Ergebnisse richtig beurtheilen will. Im Durchschnitt der drei Jahre 1845—1847 brachte das Monopol bei einer Bevölkerung von 23,005,000 Einwohnern einen Reinertrag von 12,599,081 Fl. oder 32,86 Kr. vom Kopf, im Durchschnitt von 1854—1856 bei etwas erhöhten Preisen, auf eine Bevölkerung von 39,360,000 Einwohnern, einen Reinertrag von 24,033,298 Fl. oder 36,64 Kr. vom Kopf. Die Mehreinnahme in den letzten drei Jahren würde sehr viel beträchtlicher gewesen sein, wenn sich unter der Bevölkerung nicht $14\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner befunden hätten, welche erst seit wenigen Jahren dem Monopol unterworfen waren. Selbst unter diesen Verhältnissen hat dasselbe, nach dem Verhältniss der Bevölkerung, mehr als die Hälfte derjenigen Einnahme ergeben, welche im Zollverein in der nämlichen Periode von sämtlichen Eingangszöllen aufkam.

Solche in zwei grossen Nachbarländern gemachte Erfahrungen konnten im Zollverein nicht unbeachtet bleiben. In beiden Ländern hat das Monopol schwere Krisen siegreich bestanden, in beiden Ländern liefert es eine beträchtliche, von Jahr zu Jahr über das Verhältniss der Bevölkerung hinaus steigende Einnahme, in beiden Ländern besteht es neben und mit Hülfe einer umfangreichen einheimischen Kultur, in beiden Ländern hat es nicht bloss die Gewohnheiten der grossen Menge, sondern auch die wohlerwogene Ueberzeugung der Sachkundigen für sich gewonnen. Es ist ein wahrer Fortschritt in der Erkenntniss staatswirthschaftlicher Verhältnisse, dass man sich in der Würdigung so eminent praktischer Erfolge durch die Missgunst nicht hat irre machen lassen, welche dem Namen des Monopols anklebt. Man kann alle Einwendungen der Wissenschaft gegen das Monopol zugeben, denn es wird durch diese Einwendungen allein noch nichts bewiesen. Ob diese Form der indirekten Besteuerung Nachtheile, selbst recht ernstliche Nachtheile, zur Folge hat, entscheidet die

¹⁾ Vergl. unten S. 142.

Frage keineswegs. Es kommt allein darauf an, ob die Zollvereins-Staaten, sei es zur Bestreitung gestiegener Staatsbedürfnisse, sei es zum Erlass oder zur Ermässigung drückender Abgaben, einer neuen Haupt-Einnahmequelle bedürfen, ob die Besteuerung des Tabakverbrauchs in Form des Monopols, unter den im Zollverein obwaltenden Verhältnissen, eine solche Einnahmequelle darbieten kann, ob die mit der Einführung einer solchen Besteuerungsform verbundenen Nachtheile leichter wiegen, als die Dringlichkeit der gestiegenen Staatsbedürfnisse oder der Druck bestehender Abgaben, ob endlich diese Nachtheile geringer sind, als die Nachtheile anderer Finanz-Massregeln, welche zur Erreichung des Zwecks ergriffen werden müssten. Sind diese Fragen zu bejahen, so werden die Zollvereins-Staaten gewiss wohl thun, zur Einführung des Monopols zu schreiten.

Von diesen Fragen soll hier nur eine zur Erörterung gezogen werden. Es soll — gleichviel, ob mit Recht oder Unrecht — vorausgesetzt werden, dass die Zollvereins-Staaten einer neuen Haupt-Einnahmequelle bedürfen und sich zur Einführung des Monopols entschliessen würden, wenn sie die Ueberzeugung gewönnten, dass unter den im Zollverein obwaltenden Verhältnissen die Besteuerung des Tabakverbrauchs in dieser Form ausführbar sei. Ob letzteres der Fall sei, ob nicht, dies allein soll hier untersucht werden. *J. Unterföhrig. Leipzig 81.*

Eine solche Untersuchung hat sich vor Allem das Wesen des Tabakmonopols klar zu machen. Die Meisten sehen nur die Resultate: eine grosse Einnahme auf der einen, einen hohen Preis oder eine geringe Qualität der Fabrikate auf der andern Seite; nur Wenige können die vielfachen Krümmungen des Weges verfolgen, auf welchem diese Resultate erreicht werden. Das innere Getriebe der Monopol-Verwaltung kommt mit dem Publikum kaum in Berührung. Seine unmittelbaren Organe ausgenommen, hat es nur mit einer verhältnissmässig geringen Anzahl von Pflanzern und mit einigen grossen Lieferanten zu thun. Die einzelnen Theile seines Mechanismus sind durch Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben, ihre Verbindung unter einander, ihre Stellung zum Ganzen, die Art ihrer Bewegung, wird durch Verwaltungs-Grundsätze bestimmt, welche sich nicht in der Gesetz-Sammlung finden. Das Wesen des Monopols ist daher selbst in den Ländern, wo es besteht, nicht Vielen bekannt; in den Ländern, wo es nicht besteht, kennen es sehr Wenige. Es wird aus diesem Grunde nicht überflüssig sein, wenn zunächst eine Darstellung der Einrichtungen in Frankreich und Oesterreich versucht und Entschul-

digung finden, wenn bei diesem Versuche in zahlreiche Einzelheiten eingegangen wird. Unter den verschiedenen Ländern des Monopols sind Frankreich und Oesterreich diejenigen, welche in ihren Gesamt-Verhältnissen dem Zoll-Verein am Nächsten stehen, welche die reichsten Erfahrungen und die gründlichsten Studien aufzuweisen haben, welche also besonders geeignet sind, dem Zollverein als Vorbilder zu dienen. Unter den verschiedenen Finanz-Einrichtungen sind wenige, bei welchen, in gleichem Grade, wie bei dem Tabakmonopol, der Erfolg von der Beschaffenheit und dem Zusammenhange aller, auch der scheinbar geringfügigen Theile der Organisation abhängig ist¹⁾.

In Frankreich wie in Oesterreich hat sich der Staat, zum Zweck der Besteuerung des Tabakverbrauchs, das Alleinrecht zur Verfügung über den Tabak, in rohem oder verarbeitetem Zustande, beigelegt. Er musste daher darauf bedacht sein, jeden Dritten von der Verfügung über Rohtabak und Tabakfabrikate auszuschliessen und die, ihm selbst zustehende Verfügung in einer dem finanziellen Zweck ent-

¹⁾ Für die Kenntniss der Französischen Einrichtungen sind ziemlich vollständige Quellen vorhanden. Ausser den zahlreichen im Bulletin des lois abgedruckten Gesetzen und Verordnungen gehören hierher: 1. Die Jahresberichte der administration des contributions indirectes et des tabacs — seit einigen Jahren der direction générale des douanes et des contributions indirectes — über die Verwaltung des Monopols, welche bis zum Jahre 1850 unter dem Titel: compte du produit de la fabrication et de la vente exclusives du tabac in grosser Vollständigkeit gedruckt wurden, seit dem Jahre 1851 leider nur in einem Auszuge, als résumé du compte etc., zur Oeffentlichkeit gelangen. 2. Die Verhandlungen der Kammern bei den periodischen Erneuerungen der Gesetze über das Monopol, insbesondere diejenigen in der Sitzung von 18³⁴/₃₅. 3. Die in der Kammer-Sitzung von 18³⁷/₃₈ vorgelegten Ergebnisse der von der Deputirten-Kammer im Jahre 1835 angeordneten Enquête (s. oben S. 21), unter dem Titel: Enquête sur les tabacs im Jahre 1837 gedruckt. Einige Lücken haben durch persönliche Information ergänzt werden können. In Beziehung auf die Oesterreichischen Einrichtungen sind die Quellen weniger vollständig. Die das Monopol betreffenden Gesetze und Verordnungen werden erst seit einigen Jahren in der Gesetzsammlung publizirt. Uebersichten über die Ergebnisse der Monopol-Verwaltung sind für die Jahre 1845—1847 in den Tafeln zur Oesterreichischen Statistik veröffentlicht worden; die neueren Jahres-Uebersichten über den Tabak-Verschleiss sind, was die eigentlich finanzielle Seite des Monopols anlangt, nicht ausreichend. Es ist daher für Oesterreich eine Darstellung der Monopol-Einrichtungen in der Vollständigkeit, wie solche für Frankreich gegeben werden kann, nicht möglich, und es muss dies zur Erklärung und Entschuldigung mancher Lücken dienen, welche sich in jener Darstellung finden werden.

sprechenden Weise auszuüben. Die von der Monopol-Verwaltung zu treffenden Einrichtungen hatten also eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: das Alleinrecht gegen Eingriffe zu schützen und das Alleinrecht für die Staatskasse nutzbar zu machen. Eingriffe in das Alleinrecht können erfolgen, indem ein Dritter unbefugter Weise Tabak ankauft, verarbeitet oder verkauft; nutzbar wird das Alleinrecht gemacht, indem die Verwaltung rohen Tabak für ihre Rechnung ankauft, den angekauften Tabak in ihren Fabriken verarbeitet und den verarbeiteten Tabak durch ihre Organe verkauft. Der Ankauf, die Fabrikation und der Verkauf sind es also, auf welche sich ihre Einrichtungen, seien sie auf den Schutz, seien sie auf den Gewinn gerichtet, beziehen müssen. Bei jedem von diesen Geschäften haben sie ihren eigenthümlichen Charakter.

Bei dem Ankauf des Rohtabaks hat die Verwaltung für zweierlei zu sorgen: einmal dafür, dass sie Rohtabak für ihre Fabrikation in der genügenden Menge, in der erforderlichen Beschaffenheit und zu den möglichst billigen Preisen erhält, sodann dafür, dass kein Rohtabak, ohne ihr Vorwissen und ihre Genehmigung, sich in anderen Händen, als den ihrigen befindet. Die vollständige Erreichung beider Zwecke ist für die finanziellen Ergebnisse des Monopols von entscheidender Bedeutung, namentlich ist es aber der letztere, auf dessen Sicherstellung es der Verwaltung ankommen muss. Um das hierbei obwaltende Interesse richtig zu würdigen, ist es nöthig, einen Blick auf die Verrichtungen zu werfen, welche erforderlich sind, um den Rohtabak zu einer für den Verbrauch geeigneten Waare zu machen.

Wenn man unter Fabrikation eine gewerbliche Thätigkeit versteht, zu deren Betriebe entweder ein gewisses Kapital, oder eigentlich technische Bildung, oder die Benutzung mechanischer Hilfsmittel oder die Anwendung der Arbeitstheilung erforderlich ist, so hat die Verfertigung von Tabakfabrikaten nur in grosser Beschränkung auf diesen Namen Anspruch zu machen, nämlich nur insoweit, als sie sich mit Darstellung von Schnupftabak und Kautabak beschäftigt. Ohne mechanische Vorrichtungen zur gleichmässigen Zerkleinerung der Blätter und ohne eine sorgfältig geleitete und nur mit grösseren Mengen vorzunehmenden Fermentation ist ein, auch den bescheidensten Anforderungen der Verbraucher entsprechender Schnupftabak nicht herzustellen; die Verfertigung von Kautabak setzt, abgesehen von den Saucen, welche man dabei anzuwenden pflegt, mechanische Vorrichtungen zum Spinnen und Pressen voraus. Diese beiden Arten bilden indessen nur einen kleinen

Theil der zum Verbrauch kommenden Tabakfabrikate, — in Frankreich etwas mehr als 36 pCt., in Oesterreich noch nicht 11 pCt. des Gesamt-Debits — der bei Weitem grössere Theil besteht aus Rauchtabak und der Rauchtabak ist, in seinen beiden Formen, als geschnittener Tabak und als Cigarren, ohne grösseres Kapital, ohne eigentlich technische Bildung, ohne besondere mechanische Hilfsmittel und ohne Arbeitstheilung in einer für die grosse Masse der Raucher genügenden Qualität herzustellen. Zur Verfertigung von geschnittenem Tabak gehört eben weiter nichts, als dass man die angefeuchteten rohen Blätter, nöthigenfalls nach Entfernung der Stengel, zerschneidet, wobei es auf eine durchaus gleichmässige Zerkleinerung nicht gerade ankommt, und dass man die zerschnittenen Blätter an der Luft oder auf dem Ofen trocknet. Die Darstellung von Cigarren erfolgt, indem man längliche Blätter-Abschnitte, mässig angefeuchtet, mit der Hand zusammenrollt, diese Einlage in ein besonders zugeschnittenes Blatt wickelt, das untere Ende dieses Deckblatts mit Kleister festklebt und die Waare bei mässiger Wärme trocknet. Etwas Salzwasser, ein Messer, ein Brett, ein Pinsel und Kleister bilden den gesammten Apparat zur Fabrikation; die Ausübung derselben lernt bekanntlich ein Kind in kurzer Zeit, und bedeutende Mengen von Rohmaterial sind dazu nicht erforderlich. Diese Leichtigkeit der Verfertigung von Rauchtabak, welche in der Pfalz, an der unteren Oder und in anderen Bezirken die Tabakfabrikation zu einer Nebenbeschäftigung der Landleute gemacht hat, wie solche anderwärts das Flachsspinnen ist, ist für den ganzen Organismus der Regie von entscheidendem Einfluss. Indem nämlich der Preis des von ihr feilgebotenen Rauchtabaks die Kosten der Herstellung desselben unter allen Umständen um mehr als das Doppelte übersteigt, liegt für den unbemittelten Raucher eine dringende Veranlassung vor, sich Rohtabak zu verschaffen und seinen Bedarf an geschnittenem Tabak oder Cigarren selbst oder durch seine Angehörigen in Nebenstunden anzufertigen. Für unternehmende Köpfe ist ein mächtiger Anreiz vorhanden, sich nicht auf die Fabrikation für den eigenen Bedarf zu beschränken, sondern so viel für den Verkauf zu verfertigen, als dies ohne Aufsehen möglich ist, denn der Gewinn, der dabei in kurzer Zeit gemacht werden kann, ist lockender, als selbst eine sehr harte Strafe im Fall der Entdeckung abschreckend ist. Die Gefahr, die Entdeckung würde aber in der That nicht nahe liegen, denn die geschärfteste Steueraufsicht ist machtlos gegen ein Gewerbe, welches ohne grosse Materialien-

Vorräthe, mit Apparaten, wie sie sich in der kleinsten Haushaltung finden, in den gewöhnlichen Wohnräumen, von den Familiengliedern betrieben werden kann. Wo die Rübenzucker-Erzeugung oder die Branntwein-Bereitung hohen Abgaben unterliegt, braucht sich die Steuer-Verwaltung um die im Lande vorhandenen Vorräthe an Zuckerrüben, Getreide oder Kartoffeln nicht zu kümmern, denn Anstalten für die Fabrikation von Rübenzucker oder Spiritus im Grossen entgegen ihrer Aufmerksamkeit nicht und der Versuch, diese Erzeugnisse heimlich im Kleinen anzufertigen, würde, auch einer sehr hohen Steuer gegenüber, eine verkehrte Spekulation sein. Die heimliche Verfertigung von Rauchtabak dagegen ist nur zu verhindern, wenn alle im Lande befindlichen Vorräthe von Rohtabak der Verwaltung bekannt sind und unter deren Kontrolle stehen.

In Beziehung auf den ausländischen Tabak giebt es zur Erreichung dieses Zwecks ein einfaches Mittel, nämlich das Verbot der Einfuhr, mag solches, wie in Frankreich, unbedingt sein, oder mögen, wie in Oesterreich¹⁾, Ausnahmen davon in besonderen Fällen von der Verwaltung zugelassen werden. Die Handhabung dieses Verbots erfolgt durch die, schon aus anderen Gründen vorhandene Grenzbewachung; die Schwierigkeiten, welche sich hierbei darbieten und die indirekten Mittel, welche man deshalb zu Hülfe nimmt, werden später zur Sprache kommen, zumal da es in der Natur der Sache liegt und durch die Erfahrung bestätigt wird²⁾, dass der Schleichhandel nicht sowohl mit rohem, als mit fabrizirtem Tabak stattfindet.

Desto komplizirter sind die Mittel, welche in Beziehung auf den inländischen Tabak ergriffen werden müssen. Sie bilden den grösseren Theil des ganzen für das Monopol erforderlichen Apparates.

Zunächst leuchtet es ein, dass zum Anbau von Tabak nicht bloss eine Anzeige bei der Verwaltung, sondern auch deren ausdrückliche, in jedem Jahre wiederholt nachzusuchende Genehmigung erforderlich sein muss³⁾. Die Verwaltung muss dem Pflanze, welchem sie die Erzeugung und den zeitweisen Besitz einer dem freien Verkehr entzogenen Waare zu überlassen hat, ihr volles Vertrauen schenken können, und sie kann dieses Vertrauen nur von ihrem eigenen, auf den Wahr-

¹⁾ Tabak-Monopols-Ordnung vom 29. November 1850, §. 2 und 12.

²⁾ Enquête, p. 304.

³⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 180; Monopols-Ordnung §. 27 und 39.

nehmungen ihrer Organe beruhenden Gutbefinden und nicht etwa von dem, gerade hier sehr ungewissen Ergebniss von Defraudations-Prozessen abhängig machen. Sie muss nicht minder die Ueberzeugung haben, dass ihr der Pflanze, wenn er den Verbleib seiner Ernte nicht nachweisen kann, für den auf derselben haftenden Steuer-Anspruch gerecht werden wird, ohne dass sie nöthig hat, sich deshalb in Weitläufigkeiten einzulassen, und sie muss daher befugt sein, von den ihr als zahlungsfähig nicht bekannten Pflanzern die Bestellung einer Kautions zu verlangen¹⁾.

Diese in den persönlichen Eigenschaften der Pflanze beruhenden Garantien sind indessen für sich allein zur Erreichung des Zweckes völlig ungenügend; die eigentliche Sicherung kann nur in der möglichst genauen Feststellung des Ernte-Ertrages gesucht werden. Hierzu ist vor Allem erforderlich, dass die Grundstücke, auf welchen Tabak gebaut wird, nach Lage und Grösse der Verwaltung bekannt sind, und es wird daher in der, dem Pflanze jährlich zu ertheilenden Genehmigung die Lage und der Umfang des zu bebauenden Grundstücks genau bezeichnet²⁾. Die Aufsichtsbeamten erhalten aber hierdurch erst die allgemeine Grundlage für ihre Revisionen; sie wissen, welche Pflanzungen sie als erlaubte anzusehen und gegen welche sie, als unerlaubte einzuschreiten haben; es bleibt noch zu ermitteln, welche Mengen von Blättern auf den erlaubten Pflanzungen gewonnen werden. Zu diesem Zwecke muss die Anzahl der auf jedem einzelnen Grundstück befindlichen Pflanzen und, wenigstens durchschnittlich, die Anzahl der an jeder einzelnen Pflanze befindlichen Blätter ermittelt, auf Grund dieser Ermittlung, unter Berücksichtigung der landesüblichen Art der Bündelung der Blätter, die zu erwartende Anzahl der Bündel und, unter Berücksichtigung des erfahrungsmässigen mittleren Gewichts der Bündel, das zu erwartende Gewicht der Ernte für jedes Grundstück oder jeden Pflanze festgestellt werden. Auf solche Art ergibt sich das Soll der Ernte, über dessen Verbleib sich der Pflanze auszuweisen hat. Geht ein Theil des Ertrages durch den Einfluss der Witterung oder durch sonstige Unfälle vor der Ernte verloren, so wird er nach erfolgter amtlicher Feststellung von dem Soll abgeschrieben³⁾; die nach der Ernte

¹⁾ Loi du 28 avril 1816; §. 190 und 202.

²⁾ Ebendas. §. 180; Monopols-Ordnung §. 30 bis 34 und Formulare A., B. und C.

³⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 197 und 198.

auf dem Felde zurückbleibenden Stengel müssen sofort vernichtet werden¹⁾). Die geernteten Blätter bleiben, unter Aufsicht der Verwaltung, bis dahin im Gewahrsam des Pflanzers, dass sie, nach erfolgter Trocknung und Bündelung, an die Verwaltung abgeliefert oder nach dem Auslande ausgeführt werden; Blätter, welche während dieser Zeit verderben, oder welche bei der Ablieferung an die Verwaltung für unbrauchbar erkannt werden, werden, nach vorheriger Feststellung von Menge und Gewicht, amtlich vernichtet und vom Soll des Pflanzers abgeschrieben²⁾). Im Uebrigen muss dieses Soll dadurch erledigt werden, dass die entsprechende Menge von Blättern entweder an die Verwaltung abgeliefert oder der zur Ausgangs-Abfertigung nach dem Auslande befugten Steuerstelle zur Revision und Abfertigung vorgeführt und von letzterer unter Begleitschein-Kontrolle abgefertigt wird. Wird das Soll auf diese Weise nicht vollständig erledigt, so hat der Pflanze, abgesehen von der nach Umständen eintretenden Strafe, für den Rest einen dem Monopolgewinn entsprechenden Geldbetrag an die Verwaltung zu zahlen³⁾).

So lästig diese Maassregeln im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit für den Pflanze auch sein mögen, so wird sich doch nicht behaupten lassen, dass sie über das Maass des wirklich Nothwendigen hinausgingen. Es ist eben unerlässlich, die Ernte jedes einzelnen Pflanzers festzustellen, damit nicht ein Theil derselben zur unerlaubten Verfertigung von Rauchtabak verwendet wird; es ist unerlässlich, diese Feststellung durch Zählung der Pflanzen und Blätter zu bewirken, da ein anderer Weg nicht zu finden ist, der, ohne unverhältnissmässigen Aufwand, zu eben so sicheren Resultaten führte; es ist unerlässlich, die Stengel und die unbrauchbaren Blätter zu vernichten, da diese Abfälle, trotz ihrer geringen Brauchbarkeit, dazu dienen können, die von der Verwaltung feilgehaltenen Fabrikate zu verfälschen; es ist unerlässlich, den Pflanze für den Verbleib der geernteten Blätter verantwortlich zu machen, da er, vom Augenblicke der Ernte an, der Verwahrer einer nicht im freien Verkehr befindlichen Waare ist. Es kommen denn auch, in Frankreich wie in Oesterreich, alle diese Maassregeln, wenngleich mit einigen Abweichungen im Einzelnen, zur Anwendung; und es ist sehr bezeichnend, dass in beiden Ländern die Einzelheiten der Kontrolle nicht gesetzlich festgestellt,

¹⁾ Ebendas. §. 196; Monopols-Ordnung §. 41.

²⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 197 und 198; Monopols-Ordnung §. 55.

³⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 199; Monopols-Ordnung §. 40 und 86.

sondern der Regelung durch die Verwaltung überlassen sind. Die Französische Gesetzgebung ermächtigt den Präfekten, die Art der Kontrolle und Ueberwachung alljährlich bei Ertheilung der Genehmigungen zum Tabakbau zu bestimmen¹⁾; die Oesterreichische Gesetzgebung beschränkt sich darauf, der Verwaltung das Recht beizulegen, sich durch ihre Angestellten die Ueberzeugung von der Richtigkeit der von den Pflanzern gemachten Angaben, und von der Menge des von ihnen erzeugten Tabaks zu verschaffen und darüber zu wachen, dass das gesammte Tabak-Erzeugniss der Verwaltung übergeben werde²⁾. In der That bieten die in den verschiedenen Gegenden abweichende Art der Kultur, die von der Dichtigkeit der Bevölkerung, der Lebhaftigkeit des Verkehrs, der Nähe der Grenze bedingte grössere oder geringere Gefahr der Hinterziehung, selbst die eigenthümlichen Gewohnheiten in den einzelnen Kultur-Distrikten, wesentlich verschiedene Gesichtspunkte für die Einrichtung der Kontrolle dar, welche von der Verwaltung nicht unbeachtet gelassen werden dürfen, welche aber nur dann beachtet werden können, wenn dem administrativen Ermessen ein ausgedehnter Spielraum gelassen ist.

Wie nun aber die Kontrollen auch im Einzelnen beschaffen sind, so werden sie stets eine fortdauernde amtliche Ueberwachung der Kultur von dem Beginn der Entwicklung der Pflanzen an bis zur Ablieferung der getrockneten Blätter nothwendig machen und diese Nothwendigkeit führt zu ferneren wichtigen Konsequenzen. Die Ueberwachung der Kultur erfordert ein nicht unbeträchtliches Aufsichtspersonal und einen dem Bestande dieses Personals entsprechenden Kostenaufwand; beides, das Personal und den Aufwand, soweit zu beschränken, als sich dies ohne Gefährdung des Zwecks thun lässt, ist die Pflicht der Verwaltung. Die Menge der erforderlichen Aufsichtskräfte wird aber nicht sowohl durch die Anzahl der innerhalb eines gewissen geographischen Bezirks mit Tabak bebauten Grundstücke, als vielmehr durch den räumlichen Umfang dieses Bezirks bedingt. Denn bei einer Aufsicht, welche sich über eine beträchtliche Anzahl von Gemeindebezirken zu erstrecken hat und deshalb ambulant auszuüben ist, wird die Zeit der Beamten durch zweierlei in Anspruch genommen, einmal durch ihre eigentlichen Amtshandlungen, sodann durch die Reisen von einem Orte zum anderen. Die Zeit, welche den Reisen zu widmen ist, ist für den eigentlichen Zweck ein

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 189 und 198.

²⁾ Monopols-Ordnung §. 43.

reiner Verlust; die Beamten sind während dieser Zeit unbeschäftigt und die Reisen, auch wenn sie zu Fuss gemacht werden können, kosten Geld; die Aufsicht wird also in dem Maasse wohlfeiler, als die Zeit der Beamten weniger auf Reisen und mehr auf Amtshandlungen verwendet wird. Wird der Tabakbau, wie z. B. in den Distrikten zwischen dem Kaiserstuhl und Darmstadt und zwischen Frankfurt a. d. O. und Stettin, in zusammenhängenden Bezirken und in gewissem Umfange betrieben, so dass die Beamten in jeder einzelnen Gemeinde für einen oder mehrere Tage Beschäftigung finden, und nur den Gemeindebezirk zu verlassen brauchen, um in dem angrenzenden Bezirk ihre Thätigkeit wieder zu beginnen, so geht durch Reisen keine Zeit verloren und es kann der volle Tag für die Amtshandlungen benutzt werden. Ist dagegen der Tabakbau in kleinen Parzellen über grosse Flächen zerstreut, wie z. B. in der Provinz Posen, wo auf 536 Quadratmeilen und in 2336 Gemeinden 3556 Morgen, also auf die Quadratmeile etwa $10\frac{1}{2}$ Morgen und auf die Gemeinde etwa $1\frac{1}{2}$ Morgen fallen, so müssen die Beamten den grösseren Theil ihrer Zeit auf Reisen verlieren und können nur den kleineren Theil dem Dienste widmen. Es könnte deshalb geschehen, dass die Aufsicht über die 3500 Morgen in Posen ebenso viel Geld kostete, als die Aufsicht über den Distrikt an der unteren Oder, welcher beinahe fünfmal so gross ist und mindestens achtmal so viel Blätter liefert, ja es könnte der Fall eintreten, dass die Verwaltung für die Aufsicht über einen gewissen Bezirk nicht weniger auszugeben hätte, als ihr Gewinn an dem Erzeugniss dieses Bezirkes beträgt. Diese Rücksichten allein würden die Verwaltung dahin drängen, die Genehmigung zum Anbau von Tabak nur da zu ertheilen, wo derselbe in zusammenhängenden Distrikten in grösserem Umfange betrieben wird, es sind indessen noch andere beachtenswerthe Gründe, welche diese Beschränkung nothwendig machen. Die Verwaltung braucht zur Empfangnahme, Prüfung, Sortirung und zeitweisen Aufbewahrung der von den Pflanzern an sie abgelieferten Blätter Magazine, welche im Interesse der Pflanze und der Steuersicherheit von den Orten der Kultur nicht zu weit entfernt liegen dürfen¹⁾. Diese Magazine und das für ihre Verwaltung erforderliche Personal verursachen Ausgaben²⁾

¹⁾ Décret du 29 décembre 1810, §. 15; Monopols - Ordnung §. 54.

²⁾ Die Französische Regie besass im Jahre 1850 20 solcher Magazine, darunter 13 in eigenen und 7 in gemietheten Gebäuden. Für jedes der ersteren betrugen die Anlagekosten durchschnittlich 295000 Frs., die laufenden

und diese Ausgaben sind in dem Maasse grösser, als eine räumlich zerstreute Kultur die Vervielfältigung der Magazine nöthig macht. Es ist ferner auch durch die beste Aufsicht nicht zu verhindern, dass die Pflanzer einen kleinen Theil ihrer Ernte der Verwaltung entziehen. Wird die Tabakkultur in wenigen Distrikten konzentriert, wo sie auch von dem einzelnen Pflanzer in einem gewissen Umfange betrieben wird, so ist dieser Verlust sehr viel geringer, als wenn sie im ganzen Lande zerstreut stattfindet, denn im letzteren Falle ist nicht nur die Anzahl derjenigen, welche sich einer Hinterziehung schuldig machen können, weit grösser, als im ersteren, sondern auch ein weiteres Feld für den Absatz des hinterzogenen Erzeugnisses vorhanden, weil sich der Uebergang von Rohtabak aus einer Hand in die andere da schwerer verhindern lässt, wo Tabak gebaut wird, als da, wo er nicht gebaut wird. Endlich muss die Verwaltung, wovon noch weiter unten die Rede sein wird, im Interesse ihrer Fabrikation darauf Bedacht nehmen, ein gleichmässiges, für die einzelnen Arten der Verwendung passendes Material zu erhalten und auch dieser Zweck ist nicht zu erreichen, wenn sie genöthigt ist, Blätter anzunehmen, welche auf dem verschiedensten Boden unter den verschiedensten klimatischen Verhältnissen erzeugt sind.

Aus diesen Gründen hat die Französische Verwaltung die Tabakkultur des ganzen Landes auf vier kleine Bezirke beschränkt. Vor Wiederherstellung des Monopols wurde in 52 Departements¹⁾ Tabak gebaut; nach Wiederherstellung desselben wurde der Anbau nur in acht und seit dem Jahre 1835 nur noch in sechs Departements gestattet. Aber auch innerhalb dieser Departements darf er nur in bestimmten Arrondissements, und innerhalb der Arrondissements nur in bestimmten Kantons stattfinden. Der eine von den solchergestalt gebildeten Bezirken mit etwa 6700 Morgen Tabakland befindet sich in sechs an einander grenzenden Arrondissements der Departements Pas de Calais und Nord — Montreuil, St. Paul, Béthune und St. Omer im ersteren, Hazebrouk und Lille im letzteren — der zweite mit etwa 9500 Morgen liegt in zwei Arrondissements, Schélestadt und Strassbourg, des Departements du Bas-Rhin, der dritte mit etwa 2400 Morgen im Arrondissement St. Malo des Departements Ille et Vilaine, der vierte mit etwa 16,400 Morgen in den sieben Arrondissements der an einander grenzenden

Verwaltungskosten 40800 Frs.; für jedes der letzteren die Einrichtungskosten 7500 Frs., die laufenden Kosten 55000 Frs.

¹⁾ Enquête, p. 518.

Departements Lot und Lot et Garonne. Diese Konzentration der Kultur in 17 Arrondissements, welche zusammen nur 1006,81 lieues carrées oder 3,7 pCt. des ganzen Französischen Gebiets enthalten, gestattet es der Verwaltung, mit 16 Magazinen — sechs im ersten, vier im zweiten, eins im dritten und fünf im vierten Bezirke — für den inländischen Tabak auszureichen, sie gewährt das glänzende Resultat, dass die Kosten der Aufsicht über die Kultur nicht mehr als etwa 2 Rthlr. 15 Sgr. für den Morgen Tabakland betragen, und sie sichert die Beschaffung eines gleichmässigen Materials für die Fabrikation. Die Verwaltung hat deshalb die wiederholt und dringend beantragte Zulassung des Tabakbaues in anderen, als den einmal dazu verstatteten Arrondissements und Kantons der sechs begünstigten Departements stets und bestimmt abgelehnt¹⁾ und wenn sie in neuester Zeit an drei, ausserhalb dieser Departements belegenen Punkten die Kultur gewisser Tabaksorten versuchsweise genehmigt hat²⁾, so bleibt zu erwarten, ob sie dabei auf die Dauer ihre Rechnung finden wird.

Aehnliche Beschränkungen bestehen in Oesterreich. In dem alten Monopolgebiete ist der Tabakbau nur in drei Bezirken gestattet: in den sogenannten sette Comuni an der Brenta im Venetianischen Königreiche auf etwa 580 Morgen, in einem kleinen Theile des Roveredaner Kreises in Tirol auf etwa 1630 Morgen und in dem Tarnopoler, Brzezaner, Czortkower, Stanislauer und Kolomeaer Kreise des östlichen Galizien auf etwa 11,700 Morgen. In den beiden ersten Bezirken wird er nur deshalb noch erlaubt, weil die daselbst gezogenen Blätter zur Verfertigung einiger in Venedig und Tirol einmal beliebten Schnupftabake nicht entbehrt werden können. In dem neuen Monopolgebiete, den Ungarischen Kronländern, ist er in sehr viel grösserer Ausdehnung zugelassen. Er findet in Ungarn in acht Komitaten des Ofener Verwaltungsgebietes (Stuhlweissenburg, Pest-Pilis, Solt, Szolnok, Csongrád, Jazygien, Heves und Borsod), in fünf Komitaten des Pressburger Ver-

¹⁾ Chambre des députés, séance du 7 janvier 1835 (Mr. Humann, ministre des finances); séance du 4 mars 1840 (Mr. Pelet [de la Lozère], ministre des finances).

²⁾ Durch Dekret vom 26. Juli 1852 in den Departements du Var und Bouches du Rhône und durch Dekret vom 17. November 1854 im Arrondissement Bordeaux des Departements de la Gironde, à titre d'essai, nur für leichte Blätter zur Rauchtak-Fabrikation und unter der Bedingung, dass in den beiden ersten Departements die erforderlichen Magazine, in dem letzteren die Grundstücke für solche Magazine der Verwaltung unentgeltlich überwiesen werden.

waltungsgebietes (Pressburg, Neutra, Komorn, Honth und Neograd), in drei Komitaten des Kaschauer Verwaltungsgebietes (Gömör, Zemplin und Unghvar), in sieben Komitaten des Oedenburger Verwaltungsgebietes (Oedenburg, Raab, Veszprim, Eisenburg, Somogy, Tolna und Baranya) und in sechs Komitaten des Grosswardeiner Verwaltungsgebietes (Szathmár, Nord- und Süd-Bihar, Békes-Czanád, Arad und Szabolcz), zusammen in neun und zwanzig Komitaten auf etwa 84,800 Morgen, in der Wojwodina in vier Kreisen (dem Temesvárer, Gross-Becskereker, Zomborer und Neusatzter) auf etwa 25,900 Morgen, in Siebenbürgen in sieben Kreisen (Szilágy-Somlyó, Maros-Vásárhely, Bistritz, Kronstadt, Broos, Karlsburg und Klausenburg) auf etwa 2900 Morgen, endlich in drei Komitaten Croatiens (dem Warasdiner, Pozeganer und Esseker) auf etwa 2100 Morgen, also in sämtlichen Ungarischen Kronländern auf etwa 115,700 Morgen statt. Die administrative Organisation der Kultur ist hier fast überall noch im Werden. Man hat hier keine geschlossenen Kulturdistrikte zu suchen, wie solche im alten Monopolgebiete oder in Frankreich vorhanden sind. Durch ihren grossen Bedarf an Ungarischen Blättern und durch die, nach Einführung des Monopols eingetretene Verminderung der Produktion ist die Verwaltung bis jetzt noch genöthigt, die Kultur in jeder zulässigen Weise zu fördern und auf manche, unter anderen Verhältnissen erforderliche Kontrolmaassregeln, insbesondere auf eine lokale Konzentrirung der Kultur zu verzichten. In der That ist auch in Gegenden mit dünner Bevölkerung, unvollkommenen Kommunikationsmitteln und geringem Verkehr die Gefahr für das finanzielle Interesse nicht allzu gross. Man muss freilich darauf gefasst sein, dass der Pflanze von den zur Ablieferung an die Verwaltung gebauten Blättern seinen eigenen Bedarf zurückbehält, man hat aber nicht zu besorgen, dass der unbefugt zurückbehaltene Tabak weit über den Produktionsort hinaus zur Verwendung kommt. Bei alledem wird die Oesterreichische Verwaltung ohne Zweifel darauf bedacht sein, auch in den Ungarischen Kronländern die Kultur allmählig in einer Weise zu konzentriren, welche, neben der Sicherstellung ihres Blätterbedarfs, eine ausreichende Kontrolle der Pflanze ohne unverhältnissmässigen Aufwand gestattet.

Ist nun die Kultur in wenigen zusammenhängenden Bezirken konzentriert, für den einzelnen Pflanze und das einzelne Grundstück von der Genehmigung der Verwaltung abhängig gemacht und unter fortdauernde steuerliche Aufsicht gestellt, so bleibt nur noch übrig, den Transport des rohen

Tabaks, sofern er von der Wohnung des Pflanzers nach dem Magazin oder der nächsten Steuerstelle erfolgt, von der Ertheilung eines Legitimationsscheins, in allen anderen Fällen von der Ertheilung eines Begleitscheins abhängig zu machen¹⁾, und es ist alsdann der Kreis derjenigen Maassregeln erschöpft, deren die Verwaltung bedarf, um ihr ausschliessliches Recht zum Ankauf von Rohtabak gegen Eingriffe Dritter sicherzustellen. Es kommt nun weiter darauf an, in welcher Weise sie dieses Recht auf die zweckmässigste Weise für sich selbst auszuüben, also welche Einleitungen sie zu treffen hat, um ihren Bedarf an Rohtabak in der erforderlichen Menge und Güte auf die billigste Weise zu beschaffen. Es leuchtet ein, welche Bedeutung die richtige Wahl dieser Einleitungen für ihre finanziellen Ergebnisse besitzt. Bei jeder Fabrikation ist der Gewinn in dem Maasse grösser, als der Selbstkostenpreis der Waare abnimmt und der Umfang des Absatzes zunimmt, bei keiner Fabrikation ist aber die Verminderung der Selbstkosten und die Erweiterung des Absatzes mehr von der Wohlfeilheit und der Güte des Rohmaterials abhängig, als bei der Tabakfabrikation; denn bei wenigen Fabrikationen bilden die eigentlichen Fabrikationskosten ein geringeres Element in dem Preise²⁾ und hat die ursprüngliche Beschaffenheit des Materials einen grösseren Einfluss auf die Güte der fertigen Waare.

Für die Beschaffung ihres Bedarfs an ausländischem Tabak kann die Verwaltung verschiedene Wege einschlagen. Sie kann durch ihre eigenen Organe in den Produktionsländern oder auf den grossen Tabakmärkten für ihre Rechnung kaufen, sie kann mit Unternehmern aus dem Handelsstande aus freier Hand Lieferungs-Verträge schliessen, sie kann eine Konkurrenz veranlassen und die Lieferung denjenigen Bewerbern übertragen, deren Offerten in Beziehung auf Qualität und Preis die vortheilhaftesten sind, sie kann endlich die Lieferung der ihr nöthigen bestimmten Qualitäten im Wege einer, nur auf den Preis gerichteten Submission vergeben. Die Französische Verwaltung hat zu verschiedenen Zeiten alle diese Wege eingeschlagen und ist am Ende bei dem letzten, wenigstens als Regel, stehen geblieben.

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 215.

²⁾ Nach den Rechenschafts-Berichten der Französischen Verwaltung betrug der durchschnittliche Selbstkostenpreis ihrer Fabrikate in ihren Niederlagen im Durchschnitt der fünf Jahre 1850—1854 141 Frs. 70 Cts. für 100 Kilogramm. Die durchschnittlichen Fabrikationskosten für eine gleiche Menge beliefen sich in dem nämlichen Durchschnitt auf 26 Frs. 88 Cts., also auf nicht ganz 19 pCt. des Selbstkostenpreises.

Durch Abschliessung von Lieferungs-Verträgen aus freier Hand hat sie sich nur während der ersten Jahre nach Wiederherstellung des allgemeinen Friedens ihren Bedarf beschafft. Sie scheute mit Recht die grosse Verantwortlichkeit, welche sie bei diesem Verfahren zu übernehmen hatte, und ging deshalb, sobald das Wiederaufleben des Handels es gestattete, zu dem System der Konkurrenz über. Sie forderte zu bestimmten Zeiten den Handelsstand zur Einsendung von Proben auf, liess diese Proben, unter Geheimhaltung des Namens der Einsender, mit den von ihr durch Vermittelung der Konsulate aus den Produktionsländern bezogenen, nach dem Bedarf ihrer Fabrikation assortirten Mustern vergleichen und, je nach ihrer grösseren oder geringeren Uebereinstimmung mit den letzteren, klassifiziren, eröffnete dann die abgesondert eingereichten Preisforderungen und gab denjenigen Bewerbern den Vorzug, deren Proben sich den Mustern am meisten näherten und den mässigsten Preis hatten. Aber auch dieses System hatte seine Uebelstände. Die Lieferungs-Unternehmer lernten mit der Zeit die einzelnen Gattungen und innerhalb der Gattungen die einzelnen Arten Tabak kennen, deren die Verwaltung bedurfte, sie mussten darauf bedacht sein, sich diese Arten vor Einreichung ihrer Offerten in entsprechender Menge auf den Märkten der Produktionsländer zu sichern, hierbei aber machten sie sich gegenseitig Konkurrenz und trieben zu ihrem eigenen und zum Nachtheil der Verwaltung die Preise in die Höhe. Bei alledem war die Verwaltung nicht sicher, die ihrem Bedarf entsprechendsten Arten zu erhalten; sie musste am Ende diejenige Waare nehmen, die sich von der wirklich entsprechenden am wenigsten entfernte. Endlich waren die Klagen des Handelsstandes über willkürliche Begünstigungen einzelner Bewerber durch alle Vorsichts-Maassregeln, mit welchen man die Klassifikation der Proben nach und nach umgab, nicht zum Schweigen zu bringen: der Zuschlag hing nun einmal wesentlich von der Klassifikation ab und es wurde wieder und wieder behauptet, dass die mit diesem Geschäfte betrauten Sachverständigen recht gut wüssten, welcher Bewerber diese oder jene Probe eingereicht habe und dass die Proben nicht bloss nach Maassgabe ihrer Beschaffenheit, sondern auch nach Maassgabe ihrer Einsender klassifizirt würden. Es wurde daher auch dieses System, nachdem es achtzehn Jahre lang befolgt war, wieder verlassen, und der Weg der Submission für im Voraus bestimmte Qualitäten eingeschlagen. Die Verwaltung macht jährlich bekannt, welche Arten von Tabak und in welcher Menge sie im folgenden Jahre bedarf,

die Art wird durch eine, in Paris niedergelegte Probe bezeichnet, die Bewerbungen müssen auf eine, mit dieser Probe genau übereinstimmende und den gesammten Bedarf an der einzelnen Art umfassende Lieferung gerichtet sein; der Mindestfordernde erhält den Zuschlag. Auf diesem Wege ist die Verwaltung sicher, die ihrem Bedarf genau entsprechende Waare zu erhalten; sie ist gegen jeden Verdacht willkürlicher Bevorzugung geschützt und sie schliesst die ihr nachtheilige Konkurrenz der Bewerber auf den Märkten der Produktionsländer dadurch aus, dass sie die Lieferung jeder einzelnen Art ungetheilt an einen Unternehmer überlässt ¹⁾. Hiermit sind die Uebelstände des früheren Systems beseitigt, dafür aber andere Uebelstände hervorgerufen. Indem für jede Tabakart nur ein Lieferant zugelassen wird, erhalten die einzelnen Lieferungen einen so grossen Umfang, dass sie nur von sehr reichen Häusern übernommen werden können ²⁾, dass also die Konkurrenz unter den Lieferungslustigen gering ist und die Verwaltung Gefahr läuft, von einigen grossen Kapitalisten abhängig zu werden. Um dieser Gefahr zu entgehen und um sich ein selbstständiges Urtheil über die Angemessenheit der bei den Submissionen geforderten Preise zu verschaffen, benutzt sie den Weg des Ankaufs in den Produktionsländern und auf den grossen Tabak-Märkten durch eigene Agenten. Sie hat auf diesem Wege schon einmal, als ihr die bei der Submission gestellten Forderungen zu hoch waren, ihren ganzen Bedarf an Amerikanischen Blättern beschafft, und, wenn sie dabei auch kein glänzendes Geschäft machte, doch den Unternehmern gezeigt, dass ihr die Mittel nicht fehlen, um sich überspannten Forderungen zu entziehen ³⁾. Als regelmässige Bezugsquelle wählt sie indessen diesen Weg nur in Betreff des Niederländischen und des Algierschen Tabaks; die Ankäufe, welche sie durch die Französischen Konsuln anderwärts machen lässt, haben allein den Zweck, ihr die Kontrolle

¹⁾ Enquête, p. 286, 326 sq., 482.

²⁾ Der im Wege der Submission vergebene Bedarf der Französischen Verwaltung an Tabakblättern für 1850 betrug 5,395,776 Kil. Davon kamen 4,961,739 Kil., also etwa neun Zehnthelle, auf sechs Arten — Virginia-, zwei Arten Maryland-, Kentucky-, Havanna-, Ungarischer und Türkischer Tabak — mithin auf sechs Lieferanten. Von diesen sechs Lieferungen umfasste die kleinste eine Menge von 107,093 Kil. und einen Werth von 230,379 Frs., die grösste eine Menge von 1,440,242 Kil. und einen Werth von 1,430,088 Frs.

³⁾ Chambre des députés, séance du 29 février 1840, rapport sur le projet de loi sur les tabacs.

der bei den Submissionen geforderten Preise zu erleichtern¹⁾. In der That ist auch der Ankauf durch eigene Agenten als Regel nicht zu empfehlen. Die Verwaltung kann einmal nicht wie der Kaufmann spekuliren, bei sinkenden Preisen kaufen, bei steigenden sich zurückhalten; sie kann Agenten nicht gehörig kontroliren, welche jenseits des Ozeans operiren und ihrerseits wieder von Mittelspersonen abhängig sind²⁾. Es möchte daher das jetzt in Frankreich befolgte System immer noch das relativ beste sein, so wenig auch der Handelsstand in den Französischen Seehäfen damit zufrieden ist, dass einige grosse Kapitalisten die Tabaklieferungen an die Verwaltung monopolisiren³⁾.

Andere und noch grössere Schwierigkeiten bietet die Wahl des bei Beschaffung der inländischen Tabakblätter einzuschlagenden Weges dar. Der Preis des ausländischen Tabaks wird durch die natürlichen Faktoren des Angebotes und der Nachfrage regulirt; will die Verwaltung diesen Preis bezahlen, so kann sie sicher sein, ihren Bedarf in der nöthigen Menge und Güte zu erhalten, und es beschränkt sich daher ihre ganze Sorge nur darauf, dass sie nicht mehr bezahlt, als diesen Preis. Der Preis des inländischen Tabaks dagegen ist in den Ländern des Monopols der Einwirkung der natürlichen Faktoren entzogen; fehlt es auch nicht ganz an Konkurrenz beim Angebote, so fehlt es doch an Konkurrenz bei der Nachfrage, denn für das Inland giebt es nur einen einzigen Käufer, die Verwaltung, und die Nachfrage des Auslandes, für Tabake des nördlichen und mittleren Europa ohnehin kein regelmässig entscheidender Faktor des Preises, wird, worauf noch zurückzukommen ist, durch den Apparat des Monopols gelähmt. Die Verwaltung hat also bei dem inländischen Tabak nicht einen natürlich regulirten Preis anzunehmen, sondern sie hat den Preis selbst zu machen, und diese Macht ist nicht beneidenswerth. Bezahlte sie zu viel, so gefährdet sie das finanzielle Interesse des Staats, bezahlt sie zu wenig, so gefährdet sie den ganzen Bestand des Monopols. Alle Methoden, um auf künstlichem Wege die richtige Mitte zu finden, gewähren nur unsichere

¹⁾ Die für das Jahr 1850 durch die Konsuln und andere Agenten gemachten Bezüge an Blättertabak betrugen: Niederländischer Tabak 101,996 Kil., Algerischer Tabak 172,865 Kil., Amerikanischer und Levantinischer Tabak 444,844 Kil.

²⁾ Die Französische Verwaltung hat in dieser Beziehung schon unangenehme Erfahrungen gemacht; Enquête, p. 335.

³⁾ Chambre des députés, séance du 4 mars 1840 (Mr. Wustemberg).

Anhaltspunkte. Will man aus den durchschnittlichen Kulturkosten und der landesüblichen Bodenrente den Werth des durchschnittlichen Ertrages einer bestimmten Fläche Tabakland herleiten, so erhält man ein zu niedriges Resultat, da man die, ihrem Geldbetrage nach unbestimmbare Prämie mit in Rechnung stellen muss, auf welche der Pflanze wegen der mit der Kultur verbundenen Vexationen und pekuniären Verantwortlichkeit Anspruch hat. Will man die Preise in benachbarten Gegenden oder von ähnlichen Tabaken monopolfreier Länder zum Anhalt nehmen, so verfällt man nicht nur in denselben Fehler, sondern lässt auch die, ihrem Geldbetrage nach ebenfalls unbestimmbare Wirkung unbeachtet, welche in diesen Ländern die freie Disposition über alle Abfälle und die freie Entschliessung über den Zeitpunkt des Verkaufs nothwendig auf den Preis ausübt.

Man könnte meinen, dass es doch noch Mittel gäbe, um aus dem Dilemma heraus zu kommen, und dass diese Mittel auf dem nämlichen Wege zu suchen seien, welchen die Verwaltung bei Beschaffung des ausländischen Tabaks einschlägt. Die Verwaltung kann einen Konkurs unter den Pflanzern eröffnen und denjenigen Bewerbern die Genehmigung zum Anbau ertheilen und die Lieferung der Blätter übertragen, welche die ihrem Bedarf entsprechenden Arten zu den billigsten Preisen zu liefern übernehmen, oder sie kann mit grösseren Unternehmern im Wege der Submission kontrahiren und denselben überlassen, sich den Tabak von den Pflanzern zu beschaffen. Die erste von diesen Alternativen setzt als möglich voraus, was unmöglich ist, dass nämlich ein Lieferungsgeschäft mit Hunderten von Bewerbern, von denen jeder nur einen ganz kleinen Theil desselben übernehmen kann, im Wege der Konkurrenz zu Stande zu bringen sei; sie kann daher nicht einmal versucht werden. Die zweite Alternative ist ausführbar; es mag sogar zugegeben werden, dass sie eine im Ganzen angemessene Preisbestimmung in Aussicht stellt, nichts desto weniger ist sie ebenfalls zu verwerfen. Der Abschluss mit grösseren Unternehmern setzt nothwendig voraus, dass denselben die Bestimmung derjenigen Personen, welche Tabak bauen dürfen, und derjenigen Grundstücke, auf welchen Tabak gebaut werden darf, wenn auch mit der Beschränkung auf bestimmte Bezirke, überlassen wird. Diese Uebertragung des Exklusivrechts auf den Tabakbau in einem ganzen Bezirke an einen einzigen Unternehmer würde das Hoheitsrecht des Staats in die Hände eines Spekulanten legen und deshalb schon aus allgemeinen Verwaltungs-Rücksichten unzulässig

sein; sie würde aber auch das besondere Interesse der Monopol-Verwaltung, und zwar in doppelter Beziehung gefährden. Der Unternehmer, von dem Interesse geleitet, bei der Lieferung so viel Geld zu verdienen, als möglich, würde den Anbau denjenigen Grundbesitzern überlassen, welche denselben zu dem billigsten Preise übernehmen wollen, also auch solchen, welchen die zur Produktion der bestimmten Art von Blättern nöthige Uebung und Erfahrung abgeht. Hierdurch wäre die, für die Fabrikation erforderliche Qualität in Frage gestellt und die Verwaltung mit einem Nachtheile bedrohet, für welchen sie weder in der Zurückweisung der Lieferung, noch in einem Abzug am Preise einen Ersatz finden kann. Es würde ferner weder der Unternehmer, da die Dauer seiner Lieferung von dem Ergebnisse der nächsten Submission, noch auch der einzelne Pflanze, da die Dauer seiner Kultur von dem Belieben des Unternehmers abhängig ist, der Verwaltung in Beziehung auf die vollständige Ablieferung der Ernte diejenigen Garantien darbieten, welche sie bei unmittelbarem Verkehr mit dem Pflanze darin findet, dass letzterem die Genehmigung zum Tabakbau nur dann entzogen zu werden pflegt, wenn er sich Hinterziehungen hat zu Schulden kommen lassen, dass es also in seinem eigenen Interesse liegt, solche Hinterziehungen zu vermeiden.

Es bleibt deshalb nichts Anderes übrig, als dass die Verwaltung sich entschliesst, die Bestimmung der Preise selbst zu übernehmen, und dies ist denn auch in Frankreich, wie in Oesterreich geschehen.

In Frankreich stellt die Verwaltung im Oktober jeden Jahres ihren Bedarf an inländischen Tabakblättern der nächsten Ernte nach Menge und Art fest, vertheilt diesen Bedarf auf die einzelnen Departements, Arrondissements und Kommunen, in welchen der Tabakbau gestattet ist, bestimmt hiernach und nach dem bekannten Durchschnitts-Ertrage der Tabakländereien in den verschiedenen Gegenden die in den einzelnen Departements, Arrondissements und Kommunen mit Tabak zu bebauenden Flächen, und macht diese Vertheilung, sowie die Preise bekannt, welche sie für den Tabak der nächsten Ernte in jedem Arrondissement zu zahlen bereit ist. Der Pflanze, welcher Tabak für die Verwaltung bauen will, reicht sodann seinen Antrag auf Genehmigung zum Anbau ein und tritt, sobald diese Genehmigung von Seiten der Verwaltung ertheilt ist, in ein Vertrags-Verhältniss zu der letzteren, vermöge dessen er die genehmigte Fläche, unter den, hinsichtlich der Art des Gewächses besonders vorgeschriebenen Bestim-

mungen, mit Tabak zu bestellen und den gesamten Ertrag der Ernte, in getrocknetem Zustande, zu den bekannt gemachten Preisen an die Verwaltung abzuliefern, die Verwaltung dagegen diesen Ertrag, soweit er in brauchbarer Waare besteht, dem Pflanze abzunehmen und zu den bekannt gemachten Preisen zu bezahlen hat¹⁾. Dass die Verwaltung auf diesem Wege hinsichtlich der Menge ihres Bedarfs sichergestellt ist, leuchtet ein; wie sie sich hinsichtlich der Art, der Güte und der Preise sicherstellt, erfordert noch einige Erläuterungen.

Die Art der Tabakblätter wird durch die Beschaffenheit des Bodens und des Klimas bedingt; diese natürlichen Elemente bestimmen die zum Anbau geeignetste Tabaksorte und geben der ganzen Kultur ihre Richtung. Unter ihrem Einflusse hatte sich in den vier Kultur-Bezirken Frankreichs zum Theil schon seit Jahrhunderten, zum Theil in der Periode zwischen Aufhebung der *ferme générale* und Wiedereinführung des Monopols²⁾, die Kultur in einer, innerhalb jedes einzelnen Bezirkes im Ganzen übereinstimmenden, zwischen den einzelnen Bezirken aber ganz verschiedenen Weise entwickelt. Die Verwaltung fand diese Verschiedenheiten und die darauf beruhenden verschiedenen Arten vor, sie passte ihre Fabrikation diesen Arten an und konnte nun, sobald nur jeder Bezirk sich auf die Erzeugung der ihm einmal eigenthümlichen Art beschränkte, ihren Bedarf an jeder Art einfach dadurch sicherstellen, dass sie, bei Repartition des Gesamtbedarfs, jedem Bezirke und, innerhalb der Bezirke, jeder Gegend diejenige Menge zutheilte, deren sie von der diesem Bezirke oder dieser Gegend eigenthümlichen Art bedurfte. Die Festhaltung der Art in jedem Bezirke, auf welche es hiernach allein ankam, wurde dadurch erreicht, dass dem Pflanze bei Ertheilung der Genehmigung zur Kultur die Anzahl der Pflanzen für jede Hec-

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 184, 186; loi du 12 février 1835, article 4. Nach §. 187 des ersteren Gesetzes ist es der Verwaltung überlassen, ob sie die Lieferung im Wege des Konkurses, der Submission, des Vertrages mit den einzelnen Pflanzern oder nach der bisher hergebrachten Weise vergeben will; es ist indessen, mit Ausnahme eines einzigen durch ganz besondere Umstände veranlassten Falles, stets das im Texte angegebene Verfahren befolgt worden. Vergl. *Enquête*, p. 217.

²⁾ In den jetzigen Departements Pas de Calais und Nord war der Tabakbau niemals verboten gewesen; in den Departements Lot und Lot et Garonne wurde er im achtzehnten Jahrhundert verboten, lebte aber sofort nach Aufhebung der *ferme générale* wieder auf; im Departement Ille et Vilaine ist er erst nach dieser Aufhebung entstanden. Vergl. oben S. 18.

tare und der Zwischenraum zwischen den einzelnen Pflanzen vorgeschrieben¹⁾, sowie nach Umständen die Beschränkung der Blätter an jeder Pflanze auf eine gewisse Zahl, durch Entfernung der überschüssenden Blätter im Laufe der Vegetation, zur Bedingung gemacht wird²⁾. Auf die Güte des Tabaks innerhalb der einzelnen Arten wirkt die Verwaltung durch Belehrung der Pflanze, durch Ertheilung von Prämien bei vorzüglichen Leistungen, hauptsächlich aber dadurch ein, dass sie ihre Preisbestimmungen von vorn herein nach der Güte abstuft. Sie theilt die von den Pflanzern eingelieferten Blätter in drei Kategorien: die probemässigen — *tabac marchand* — die nicht probemässigen aber für die Fabrikation noch brauchbaren — *tabac non marchand* — und die völlig unbrauchbaren. Die völlig unbrauchbaren Blätter werden, wie schon oben bemerkt wurde, vernichtet; die nicht probemässigen, aber brauchbaren Blätter werden zu einem Preise übernommen, welcher, je nach dem Grade ihrer Brauchbarkeit, von einem sehr niedrigen Minimalpreise bis zu einem Preise steigen kann, der dem Preise für die geringste Qualität des probemässigen Tabaks nahe kommt; die probemässigen Blätter endlich werden nach ihrer Güte in drei Klassen eingeschätzt, deren jede ihren festen im Voraus bestimmten Preis hat. Die Preissätze für die beste Klasse betragen etwa das Doppelte derjenigen für die geringste; die Preissätze für die mittlere Klasse bilden etwa das arithmetische Mittel zwischen beiden. Die absolute Bestimmung dieser Preissätze war für die Verwaltung die schwierigste Aufgabe. Bei der Einführung des Monopols wurde ihr diese Bestimmung lediglich überlassen³⁾; die nach der Restauration eintretende Reaktion gegen die Fiskalität des Kaiserthums führte zu der Vorschrift, dass die Preise nicht niedriger sein dürften, als die im Jahre 1815 für die Ernte von 1814 bewilligten⁴⁾, und machte dadurch diese recht lohnenden Preise thatsächlich permanent. Als es im Jahre 1835 auf Verlängerung des Monopols ankam, hatte eine Reaktion in entgegengesetzter Richtung stattgefunden; man fand die Gewinne der Pflanze übertrieben und gab durch

¹⁾ Von 10000 Pflanzen auf die Hectare bei 1 Meter Entfernung bis 40000 Pflanzen auf die Hectare bei 50 Centimeter Entfernung. Differenzen von nicht mehr als 20 pCt. gegen die festgesetzte Anzahl sind gestattet: *Loi du 28 avril 1816*, §. 193.

²⁾ Von 8 bis 15 Blättern auf die Pflanze. In den Departements du Nord und Bas-Rhin findet, mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeit der Kultur-Verhältnisse, eine solche Beschränkung nicht statt.

³⁾ *Décret du 29 décembre 1810*, article 9 sq.

⁴⁾ *Loi du 28 avril 1816*, §. 192.

eine, aus der parlamentarischen Initiative hervorgegangene Vorschrift die Bestimmung der Preise wiederum dem Gutbefinden der Verwaltung anheim¹⁾. Die Verwaltung beeilte sich, von dieser Befugniss Gebrauch zu machen und setzte die Preise für die Ernte von 1836 um durchschnittlich $12\frac{1}{2}$ pCt. gegen die Preise von 1815 herab; die Folge war, dass ein Theil der Pflanzer die Kultur einstellte, ein anderer Theil, durch das damals eintretende Steigen der Preise auf den freien Märkten er-muthigt, nicht mehr für die Verwaltung, sondern für den Export baute, alle übrigen die lebhaftesten Reklamationen erhoben und die Verwaltung in Gefahr kam, ihren Bedarf nicht beschaffen zu können²⁾. Sie musste nun einlenken; die Preise wurden für die Ernte von 1837 um etwa 6 pCt. gegen die Preise des Vorjahres erhöht und haben seitdem in einzelnen Bezirken sogar über die Preise von 1815 hinaus gesteigert werden müssen³⁾.

1) Loi du 12 février 1835, article 4.

2) Chambre des députés, séance du 29 février 1840; rapport sur le projet de loi sur les tabacs.

3) Die Verschiedenheit der Preise nach den einzelnen Bezirken, die Abstufung der Preise nach der verschiedenen Güte und die Schwankungen der Preise nach den im Texte angedeuteten Verhältnissen wird die nachstehende Uebersicht anschaulich machen:

Prix pour 100 Kilogrammes						
Départements	Arrondissements	récolte de	Tabacs marchands			Tabacs non marchds.
			1 ^{re} qual.	2 ^e qual.	3 ^e qual.	Moyenne
Pas de Calais	St. Omer	18 $\frac{17}{35}$	Frs. 140	112	75	39,64
		1836	" 128	98	73	40,00
		1849	" 140	112	75	38,48
	St. Paul et Montreuil	18 $\frac{17}{35}$	" 120	90	60	31,80
		1836	" 110	80	55	30,00
		1849	" 115	85	55	38,48
	Béthune	18 $\frac{17}{35}$	" 115	85	52	33,49
		1836	" 105	75	50	30,00
		1849	" 110	80	55	38,48
Nord	Lille	18 $\frac{17}{35}$	" 140	112	75	52,62
		1836	" 125	95	70	45,00
		1849	" 140	112	75	50,80
	Hazebrouk	18 $\frac{17}{35}$	" 112	85	55	39,14
		1836	" 107	77	52	39,00
		1849	" 125	95	65	50,80
Bas - Rhin		18 $\frac{17}{35}$	" 65	55	45	34,67
		1836	" 62	52	42	29,00
		1849	" 70	60	50	37,22
Ille et Vilaine		18 $\frac{17}{35}$	" 140	120	70	57,59
		1836	" 120	90	65	40,00
		1849	" 130	100	70	48,20

Eine weit weniger schwierige Aufgabe hatte bis vor Kurzem und hat in mancher Beziehung auch noch jetzt die Oesterreichische Verwaltung zu lösen. In Frankreich wurde der Gesamtbedarf an Rohtabak früherhin zu mehr als drei Vierteln und auch in neuester Zeit noch mindestens zur Hälfte aus dem Inlande entnommen, in Oesterreich wurde er, vor Ausdehnung des Monopols auf Ungarn, nur mit etwa einem Fünftheile aus dem, dem Monopol unterworfenen Inlande bezogen. In Frankreich muss man den ganzen übrigen Theil des Bedarfs im Auslande kaufen; in Oesterreich kaufte man nur etwa den zehnten Theil davon im Auslande, die übrigen neun Zehnthelle im monopolfreien Inlande¹⁾. Nach beiden Richtungen hin befand sich die Oesterreichische Verwaltung im Vortheil gegen die Französische: bei ihrem relativ geringen Bedarf sowohl an dem, innerhalb des Monopol-Gebietes erzeugten, als auch an ausländischem Tabak war die Sicherstellung der Menge, die Festhaltung der Art und die Bestimmung der Preise dieser Tabak-Gattungen für die Ergebnisse ihrer Fabrikation und die Höhe ihres Gewinnes weit weniger von entscheidendem Einfluss, als in Frankreich, und die eigentliche Basis ihrer Fabrikation, den Tabak des monopolfreien Inlandes, konnte sie durch ihre, an den Produktions-Orten eingerichteten Einlösungs-Magazine in ausreichender Menge, in genügender Art und zu den, durch die natürliche Bewegung des Handels bestimmten Preisen unmittelbar von dem Produzenten oder von dem Zwischenhändler, ohne die mit Konkursen oder Submissionen verbundenen Gefahren und Kosten, selbst ankaufen²⁾. Durch die Ausdehnung des Mo-

			Prix pour 100 Kilogrammes			
Départements	Arrondissements	récolte de	Tabacs marchands			Tabacs non marchds.
			1 ^{re} qual.	2 ^e qual.	3 ^e qual.	
Lot		18 $\frac{17}{35}$	" 160	125	75	36,00
		1836	" 130	100	75	36,00
		1849	" 135	105	75	37,42
Lot et Garonne		18 $\frac{17}{35}$	" 140	110	70	37,81
		1836	" 120	90	65	40,00
		1849	" 130	100	70	35,59

¹⁾ Nach den Tafeln zur Oesterreichischen Statistik für 1845 und 1846 betrug die Menge der von der Verwaltung im Durchschnitt dieser beiden Jahre angekauften Tabakblätter rund 502,000 W. Ztr. Davon waren 103,000 W. Ztr. im Monopolgebiete, 356,000 W. Ztr. im monopolfreien Inlande und 43000 W. Ztr. im Auslande erzeugt.

²⁾ Die Französische Verwaltung ist auf dem Wege, sich ein solches Ungarn in Algier zu schaffen. Sie hat im Jahre 1856 60,000 Ztr. zum Preise

monopols auf Ungarn und dessen Nebenländer hat sich dieses Verhältniss zwar geändert: der Bedarf an ausländischem Tabak ist erheblich gestiegen und eine inländische Tabak-Produktion auf monopolfreiem Gebiete giebt es nicht mehr, indessen ist der Ungarische Tabak die Grundlage der Fabrikation geblieben¹⁾ und bei diesem Tabak hat die Verwaltung, wenigstens in der nächsten Zeit, für die Beschaffung der nöthigen Mengen und Arten in den althergebrachten Gewohnheiten der Pflanzer und für die Angemessenheit der Preisbestimmung in den zur Zeit des freien Handels gemachten Erfahrungen eine Gewähr, durch welche manche Vorsichts-Maassregeln ersetzt werden, zu deren Beobachtung die Französische Verwaltung, in Ermangelung einer solchen Gewähr, genöthigt ist. Die gesetzlichen Normen für ihre Wirksamkeit stimmen übrigens mit den in Frankreich bestehenden wesentlich überein. Die Sicherstellung ihres Bedarfs gehört zu den, bei Ertheilung der Genehmigungen zur Kultur entscheidenden Gesichtspunkten; die Preise werden jährlich festgesetzt und vor dem Beginn der Pflanzungen bekannt gemacht; sie werden nach der Güte der Blätter abgestuft und sie werden dergestalt bemessen, dass sie, im Verhältniss zu den Preisen anderer Boden-Erzeugnisse, eine Aufmunterung zu sorgfältigem Betriebe der Kultur darbieten²⁾.

Eigenthümlich ist der Oesterreichischen Gesetzgebung die, wenn auch bedingte Zulassung des Handels mit inländischem Rohtabak. Der Pflanzer kann, nach vorheriger Genehmigung der Verwaltung, seine Ernte an einen Tabakhändler verkaufen. Der Tabakhändler, welcher zum Betriebe seines Gewerbes einer persönlichen Konzession bedarf, hat innerhalb einer, von der Verwaltung bestimmten Frist, in der Regel bis zum 1. September des auf die Ernte folgenden Jahres, die Befugniss, den

von 11 bis 12 Thalern pro Zentner aus Algier bezogen und für das Jahr 1857 den Bezug von 120,000 Zentnern in Aussicht genommen. Dem Tabakbau waren im Jahre 1856 12,128, im Jahre 1857 19,333 Morgen gewidmet. *Moniteur universel*, 1857, No. 131.

¹⁾ Im Durchschnitt der sechs Jahre 1851—1856 wurden 618,120 W. Ztr. Tabakblätter und Abfälle verarbeitet. Davon waren 219,299 W. Ztr. oder 35,5 pCt. im Auslande und 398,821 W. Ztr. oder 64,5 pCt. im Inlande, und unter den letzteren etwa 86,2 pCt., also 55,6 pCt. der ganzen Menge, in den Ungarischen Kronländern erzeugt. Von der aus dem Auslande bezogenen Menge repräsentirte nur etwa die Hälfte den regelmässigen Bedarf der Verwaltung an fremden Blättern; die andere Hälfte diente zur Deckung des Ausfalls an Ungarischen Blättern.

²⁾ Monopols-Ordnung §. 28, 44, 45, 46.

angekauften Tabak entweder der Verwaltung zu den für den betreffenden Jahrgang festgesetzten Preisen zu überlassen, oder in das Ausland auszuführen; lässt er die Frist verstreichen, ohne von dieser Befugniss Gebrauch gemacht zu haben, so hat die Verwaltung zu entscheiden, auf welchem Wege über den Tabak disponirt werden soll. Bis zur Ablieferung an die Verwaltung oder Ausfuhr in das Ausland wird die Waare auf Kosten des Händlers in einem, von der Verwaltung genehmigten und unter ihrem Mitverschluss stehenden Privatmagazine oder in einem Magazine der Verwaltung aufbewahrt¹⁾. Es beruhen diese Bestimmungen auf der, in dem Patente wegen Einführung des Monopols ausdrücklich ausgesprochenen Absicht, den Tabakhandel und insbesondere den Absatz der Tabakblätter in das Ausland zu schonen und, soweit es die Umstände zulassen, die Theilnahme an demselben zu erleichtern; ob sie sich auf die Dauer als angemessen bewähren werden, ist ohne genaue Kenntniss der örtlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, kaum zu beurtheilen. In Frankreich hat man das Eintreten einer Mittelsperson zwischen den Pflanzeur und die Verwaltung stets als unzulässig angesehen und es stehen dieser Ansicht unverkennbar gewichtige Gründe zur Seite. Der Händler muss darauf gefasst sein, für seine Waare keinen höheren, als den von der Verwaltung festgesetzten Einlösendpreis zu erhalten, er muss also den Preis, welchen er selbst an den Pflanzeur bezahlt, so bemessen, dass derselbe, mit Hinzurechnung des Zinsenverlustes, der Magazinirungskosten und einer Prämie für Risiko und Verluste, noch soweit hinter dem Einlösendpreise zurückbleibt, um einen angemessenen Gewerbsgewinn übrig zu lassen. Der Pflanzeur, welcher sich Magazinirungskosten in der Regel nicht zu berechnen braucht, und ohne besondere Kosten unmittelbar an die Verwaltung verkaufen kann, wird sich auf einen solchergestalt bemessenen Preis kaum anders einlassen, als wenn er durch Geldverlegenheiten dazu gezwungen ist und es wird deshalb die Aufgabe des Händlers, solche Verlegenheiten auszubeuten und durch Ertheilung von Vorschüssen herbeizuführen. Die hierin für den wirthschaftlichen Zustand des Pflanzeurs liegende Gefahr kann zwar auch bei völlig freiem Handel eintreten, sie erhält indessen bei dem Handel unter dem Monopol dadurch einen besonders bedrohlichen Charakter, dass die Konkurrenz unter den Händlern auf eine bestimmte Anzahl privilegirter Personen beschränkt ist. Auch für die Verwaltung selbst können diese Mittelsper-

¹⁾ Monopols-Ordnung §. 47 bis 53 und 66 bis 71.

sonen lästig werden. Sie muss dem Händler, wenn er es verlangt, seine Waare zu einem im Voraus bestimmten Preise abnehmen, die Tabakpreise im Allgemeinen mögen seitdem gestiegen oder gefallen sein; der Händler dagegen braucht an die Verwaltung nur dann zu verkaufen, wenn die von ihr gezahlten Preise vortheilhafter sind, als die Preise auf den freien Märkten; er hat also alle günstigen Chancen auf seiner Seite. Sind die Preise auf den freien Märkten niedrig, so verkauft er an die Verwaltung, sind sie hoch, so verkauft er nach dem Auslande. Freilich liegt es in der Hand der Verwaltung, diese Spekulationen in gewissen Grenzen zu halten, da kein Pflanzeur ohne ihre Genehmigung an einen Händler verkaufen darf; soweit und so lange sie dieselben aber zulässt, trägt sie allein dabei die Gefahr.

Mag nun die Verwaltung unmittelbar vom Pflanzeur oder mittelbar vom Händler ihren Bedarf kaufen, so bleibt ihr bei Uebernahme und Bezahlung der Waare noch eine schwierige Aufgabe übrig. Durch sorgfältige Sicherstellung ihres Bedarfs nach Menge und Art, durch richtige Regulirung der Preise nach Art und Güte ist für sie selbst, wie für den Pflanzeur, noch nichts weiter erreicht, als die Möglichkeit eines beiderseits vortheilhaften Geschäfts; dass das Geschäft für beide Theile wirklich vortheilhaft werde, hängt von der Einschätzung der abgelieferten Blätter in die, der Abstufung der Preise entsprechenden Klassen ab. Werden die Blätter in eine höhere Klasse eingeschätzt, als sie nach ihrer Güte verdienen, so ist das Interesse der Verwaltung ganz ebenso gefährdet, als wenn die Preise überhaupt zu hoch bemessen sind; werden die Blätter in eine niedrigere Klasse eingeschätzt, als sie nach ihrer Güte verdienen, so ist das Interesse des Pflanzeurs ganz ebenso gefährdet, als wenn die Preise überhaupt zu niedrig bemessen sind. Die Kollision der Interessen tritt nirgends schärfer hervor, und die Vermittelung der finanziellen Rücksicht mit der Rücksicht auf die Erhaltung der Kultur ist nirgends schwieriger, als bei diesem letzten Akte des Geschäfts. Bis dahin ist die Aktion der Verwaltung durch allgemeine Gesichtspunkte bestimmt, deren richtige und gewissenhafte Anwendung auf den einzelnen Fall sich allenfalls überwachen lässt; bei diesem letzten Akt wird sie durch sachverständiges Ermessen zahlreicher Organe geleitet, welches, wenn es auch in seinen Gesamtergebnissen zu kontroliren ist, sich doch in Hinsicht auf die einzelnen Fälle jeder Kontrolle entzieht. Neben den bei einem solchen Geschäft unvermeidlichen Irrthümern haben fiskalische Härte und gutmüthige Schwäche, persönliche Neigung und Abneigung ein weites Feld.

Die Französische Verwaltung hat auch in dieser Beziehung reiche Erfahrungen gemacht. Die Klassifikation der in jedes Sammelmagazin eingelieferten Blätter erfolgte früher durch eine Kommission von vier Mitgliedern, welche zur Hälfte von der Monopolverwaltung, zur Hälfte, auf Vorschlag der Pflanze, von dem Präfekten ernannt wurden; im Fall von Meinungsverschiedenheiten gab ein ebenfalls vom Präfekten ernannter Obmann den Ausschlag. Man wollte durch gleichmässige Vertretung der kollidirenden Interessen beide Interessen sicherstellen; man erreichte aber gerade das Gegentheil. Die auf Vorschlag der Pflanze ernannten Sachverständigen sahen es als ihre Aufgabe an, so hoch wie möglich, die von der Verwaltung ernannten Sachverständigen hielten sich für verpflichtet, so niedrig wie möglich zu klassifizieren; der Obmann, auf dessen Entscheidung fortdauernd zurückzugehen war, wurde thatsächlich zum alleinigen Richter und es kann nicht Wunder nehmen, dass er selten den Muth hatte, sich die Animosität der Pflanze zuzuziehen, in deren Mitte er lebte¹⁾. Das Interesse der Verwaltung war hierbei schlecht berathen, aber auch die Pflanze hielten ihr Interesse nicht für gewahrt und hörten nicht auf, über Parteilichkeit zu klagen²⁾. Man änderte deshalb das System. Es wurde dem Präfekten die Ernennung der fünf Kommissions-Mitglieder überlassen, jedoch mit der Maassgabe, dass er zwei Mitglieder aus den Beamten des Magazins zu entnehmen, die drei anderen, ohne Vorschlag von Seiten der Pflanze, aus sachkundigen unbetheiligten Personen, wo möglich früheren Pflanzern, zu wählen habe³⁾. Auf diese Weise waren die Interessen der Verwaltung sichergestellt, keineswegs aber die Klagen der Pflanze über Willkürlichkeit und Fiskalität zum Schweigen gebracht, denn die Pflanze fanden, dass die drei unbetheiligten Mitglieder, da sie für ihre Mühwaltung remunerirt werden, von der Verwaltung völlig abhängig und deshalb nichts weniger, als unparteiisch seien. Die Verwaltung suchte diesen Klagen durch die Anordnung zu begegnen, dass jährlich andere Personen zu Sachverständigen zu ernennen seien, oder, wo dies nicht angehe, ein Wechsel der Sachverständigen unter den benachbarten Kommissionen stattfinden solle⁴⁾. Aber auch diese Anordnung blieb

¹⁾ Enquête, p. 234 sq.

²⁾ Chambre des députés, séance du 5 janvier 1835. (Mr. Delespaul.)

³⁾ Enquête, p. 238.

⁴⁾ Chambre des députés, séance du 29 février 1840, rapport sur le projet de loi sur les tabacs.

fruchtlos. Bei den Berathungen, welche in den Jahren 1851 und 1852 im Schoosse der damaligen Landesvertretungen über die Fortdauer des Monopols stattfanden, traten die alten Klagen unverändert wieder auf¹⁾ und sie werden seitdem schwerlich verstummt sein.

In Oesterreich ist die Klassifikation auch formell ausschliesslich in die Hand der Verwaltung gelegt. Die Uebernahme der Blätter von den Pflanzern erfolgt durch Lokal-Kommissionen, welche von den Einlösungs-Inspektoraten — sechs in Ungarn, eines in Galizien — und den, diesen Inspektoraten untergebenen Einlösungs-Aemtern ressortiren und aus Beamten der letzteren und der Finanz-Verwaltung, unter Mitwirkung der Gemeindevorsteher oder Ortsnotare, zusammengesetzt sind. Die Entscheidung über die Klassifikation steht dabei dem technischen Einlösungs-Beamten allein zu. Der Pflanze hat gegen diese Entscheidung den Rekurs an den Vorsteher des Einlösungs-Amtes und von letzterem an die Central-Direktion des Monopols.

Bei Darstellung der Wege, welche die Verwaltung einzuschlagen hat, um ihren Bedarf an Rohtabak in entsprechender Menge, Art und Güte und zu angemessenen Preisen zu beschaffen, ist, den bestehenden Verhältnissen gemäss, davon ausgegangen, dass sie diesen Bedarf zum Theil durch ausländischen, zum Theil durch inländischen Tabak zu decken habe. Es knüpft sich hieran die Frage: welcher Theil des Gesamtbedarfs aus dem Auslande zu beziehen, und welcher Theil von der inländischen Kultur zu entnehmen sei, und diese Frage führt zur Betrachtung des zweiten, in dem Monopol begriffenen Gewerbes, der Fabrikation.

Die Verwaltung hat bei ihrer Fabrikation zunächst die Aufgabe jedes anderen Fabrikanten: sie soll billig, gut und den Anforderungen der Verbraucher entsprechend fabriziren. Sodann hat sie die ihr eigenthümliche Aufgabe, eine Verbrauchssteuer, welche der Staatskasse jährlich eine gewisse Summe zuführen soll, durch Bestimmung ihrer Verkaufspreise zu veranlassen, und durch den Verkauf ihrer Fabrikate zu erheben²⁾. Die Gesichtspunkte, welche sie bei Erfüllung die-

¹⁾ Assemblée nationale, séance du 5 août 1851, rapport sur le projet de loi sur la prorogation du monopole des tabacs; Corps législatif, séance du 11 juin 1852, rapport sur le projet de loi sur les tabacs.

²⁾ Es ist eine, nur die Einrichtung des Rechnungswesens betreffende Frage: ob die Gewinn-Berechnung in der Weise erfolgt, dass von der Roh-Einnahme nur die wirkliche Ausgabe in Abzug gebracht, oder ob der letzteren noch ein Betrag für Verzinsung und Amortisation des Anlage-Kapitals, Ver-

ser Aufgabe festzuhalten hat, hängen zum Theil von konkreten Verhältnissen ab, — dem finanziellen Bedarf, dem Wohlstande und den Gewohnheiten der Bevölkerung, der Konfiguration der Grenzen — und lassen sich deshalb nur im Hinblick auf ein bestimmtes Land darlegen, zum Theil ergeben sie sich aus ganz allgemeinen Verhältnissen und können deshalb hier ihre Stelle finden.

Der Gesamt-Verbrauch an jedem Gegenstande allgemeinen Bedarfs wird überall zu einem so geringen Theile durch die Konsumtion der Wohlhabenden und zu einem so grossen Theile durch die Konsumtion der minder Wohlhabenden gebildet, dass eine Abgabe, welche den Verbrauch eines solchen Gegenstandes treffen soll, ihren Schwerpunkt stets in der Konsumtion der minder Wohlhabenden, also bei einem Gegenstande, welcher in mehrere, nach Güte und Preis verschiedene Arten zerfällt, in der Heranziehung der geringsten und wohlfeilsten Arten suchen muss. Auch auf die Besteuerung des Tabakverbrauchs in Form des Monopols findet dieser bekannte staatswirthschaftliche Grundsatz volle Anwendung. In Oesterreich bestehen die von der Verwaltung debitirten Cigarren, nach dem Gewicht gerechnet, nur zu 1,4 pCt. aus importirten Havana-Cigarren, zu 30,9 pCt. aus den besseren Sorten inländischer Cigarren und zu 67,7 pCt. aus den geringsten Sorten zu 42 Kr. und 1 Fl. 28 Kr. für das Hundert; von der Brutto-Einnahme kommen 5,4 pCt. auf die erste, 39,6 pCt. auf die zweite, 55,0 pCt. auf die dritte Kategorie ¹⁾. In Frankreich besteht der gesammte inländische Debit von Tabakfabrikaten, nach dem Gewicht gerechnet, noch nicht zu 1 pCt. aus importirten Havana- und Manilla-Cigarren und nur zu etwa 4½ pCt. aus den, von ausländischen Blättern verfertigten, mit dem Namen tabacs étrangers bezeichneten Fabrikaten, mehr als 94 pCt. machen die tabacs ordinaires und de cantine aus und zu der Brutto-Einnahme tragen die importirten Cigarren 5,9 pCt., die tabacs étrangers 9,3 pCt. und die tabacs ordinaires und

zinsung des Betriebs-Kapitals und Fabrikations-Gewinn im engeren Sinne hinzugesetzt wird. Hier wird überall die Berechnung nach der ersteren Methode vorausgesetzt werden.

¹⁾ In Oesterreich betrug im Durchschnitt der sechs Jahre 1851—1856:

an Cigarren, und zwar:	der Debit	die Brutto- Einnahme
an importirten	W. Ztr. 802	Fl. 749,538
» besseren inländischen	» 17,748	» 5,527,755
» geringen zu 42 Kr. u. 1 Fl. 28 Kr.	» 38,925	» 7,610,303
zusammen	W. Ztr. 57,475	Fl. 13,887,596

de cantine 84,8 pCt. bei ¹⁾). Dieses starke Missverhältniss zwischen dem Verbrauch der besseren und der geringeren Arten ist nicht etwa die Folge davon, dass der Monopolgewinn bei den ersteren unverhältnissmässig höher gegriffen wäre, als bei den letzteren, es findet vielmehr das Gegentheil statt. Der Monopolgewinn beträgt bei den importirten Cigarren nur etwa 75½ pCt., bei der ersten Qualität der selbstverfertigten Cigarren etwa 100 pCt. und bei den tabacs étrangers durchschnittlich etwa 200 pCt. der Selbstkosten, während er für die zweite Qualität der selbstverfertigten Cigarren etwa 175 pCt. und für die tabacs ordinaires durchschnittlich 360 pCt. der Selbstkosten ausmacht. In der That ist die der Verwaltung gestellte Aufgabe auf keinem anderen Wege, als durch hohe Besteuerung des Verbrauchs der unbemittelten Klassen, also durch starke Belastung der geringen Fabrikate zu lösen; hält man die Betretung dieses Weges nicht für zulässig, glaubt man den Verbrauch der unbemittelten Klassen schonen zu müssen, so wird man wohl thun, den Gedanken an ein Monopol aufzugeben.

Die Nothwendigkeit einer hohen Belastung der geringen Fabrikate führt bei einer Waare, wie der Tabak, dahin, dass die in Form des Monopolgewinns erhobene Verbrauchs-Abgabe den grösseren Theil des Debitspreises ausmachen muss. Tabakfabrikate sind für einen verhältnissmässig billigen Preis herzustellen; die durchschnittlichen Selbstkosten der von der Verwaltung fabrizirten Tabake betragen in Frankreich 1,417 Frs. für das Kilogramm oder 5 Sgr. 8 Pf. für das Pfund; in Oesterreich betragen sie vor 10 Jahren 15,59 Kr. für das Wiener ²⁾)

¹⁾ In Frankreich betrug im Durchschnitt der fünf Jahre 1850—1854:

	an Tabakfabrikaten und zwar:	der Debit	die Brutto-Einnahme
	an importirten Cigarren	Kil. 193,595	Frs. 7,787,835
	» tabacs étrangers	» 904,758	» 12,291,466
	» tabacs ordinaires et de cantine	» 19,453,596	» 111,900,161
	zusammen	Kil. 20,551,949	Frs. 131,979,462

²⁾ In Oesterreich wurden debitirt:

im Jahre		Rauchtabak	Schnupftabak	zusammen
1845	W. Ztr.	286,628	49,466	336,094
1846	»	288,464	51,556	340,020
1847	»	281,649	53,882	335,531

Die Selbstkosten betragen für das Pfund Schnupftabak im ersten Jahre 13 Kr., im zweiten 13¼ Kr., im dritten 13¾ Kr.; für das Pfund Rauchtabak im ersten Jahre 15¼ Kr., im zweiten 16 Kr., im dritten 16¾ Kr. Die im Durchschnitt der drei Jahre debitirten 337,215 W. Ztr. kosteten also 8,761,763 Fl. Neuere Nachrichten über die Selbstkosten sind nicht veröffentlicht. Es sind zwar summarische Angaben über die Verwaltungs-Ausgaben in späteren Jahren bekannt geworden, dieselben enthalten indessen zugleich die Ausgaben

Koch
das
Preis
muss
auf
nicht
aus
Wieder

oder 4 Sgr. 10 Pf. für das Zollpfund, und betragen jetzt vielleicht noch etwas weniger. Der durchschnittliche Debitspreis für die eigenen Fabrikate berechnet sich in Frankreich auf 6,0904 Ers. für das Kilogramm oder 24 Sgr. 4 Pf. für das Pfund; in Oesterreich belief er sich vor zehn Jahren auf 36,13 Kr. für das Wiener Pfund ¹⁾ oder 11 Sgr. 3 Pf. für das Zollpfund; die Differenz zwischen den Selbstkosten und dem Debitspreis, also die in Form des Monopolgewinns erhobene Verbrauchs-Abgabe, beträgt mithin dort 18 Sgr. 8 Pf. für das Pfund oder 76,7 pCt. und betrug hier 6 Sgr. 5 Pf. für das Pfund oder 57 pCt. vom Debitspreise. Mit anderen Worten, der Tabak wird durch die Abgabe in Frankreich um 329 pCt., in Oesterreich um 133 pCt. vertheuert. Eine Abgabe von 6 bis 7 Sgr. vom Pfunde, wie solche in dem Gewinn der Oesterreichischen Verwaltung enthalten war, wird als die niedrigste anzusehen sein, bei welcher sich die Einführung des Monopols lohnt, und man wird daher davon ausgehen können, dass die Abgabe mindestens um ein Drittheil bis die Hälfte höher sein muss, als der Werth der Waare.

Aus diesem Verhältniss ergeben sich mehrere für die Fabrikation wichtige Folgerungen.

Zunächst ist dasselbe von Einfluss auf die Entscheidung der schon oben angedeuteten Frage: welchen Theil ihres Bedarfs an Rohtabak die Verwaltung aus dem Auslande und welchen Theil sie aus dem Inlande zu beziehen habe. Auf den ersten Blick scheint die Beantwortung dieser Frage nicht schwierig zu sein. Der Einführung des Monopols ist überall ein Zustand freien Handels vorhergegangen, man kennt also wenigstens annähernd das Verhältniss, in welchem der Verbrauch des inländischen zum Verbrauch des ausländischen Tabaks gestanden hat und die Verwaltung wird um so weniger Veranlassung haben, bei ihrer Fabrikation in diesem Verhältniss überhaupt und namentlich zum Nachtheil des inländischen Erzeugnisses etwas zu ändern, als der Verwendung des letzteren der billigere Preis und die Rücksicht auf Förderung

für die Anlage mehrerer neuen und die Erweiterung der meisten älteren Fabriken und lassen deshalb eine Berechnung der wirklichen Produktionskosten nicht zu.

¹⁾ Die Verschleiss-Schuldigkeit für die von der Oesterreichischen Verwaltung im Durchschnitt der drei Jahre 1845—1847 debitirten 337,215 W. Ztr. betrug 20,305,367 Fl. Im Durchschnitte der sechs Jahre 1851—1856 wurden 606,943 W. Ztr. debitirt und davon 38,654,457 Fl. erlöst, es berechnete sich also für diese Zeit der Debitspreis auf 38,21 Kr. für das Wiener Pfund.

der inländischen Produktion zur Seite steht. Wirklich ist man in Frankreich lange Zeit hindurch von diesen Gesichtspunkten ausgegangen. Bei Einführung des Monopols, zu einer Zeit, wo die Kontinentalsperre und der Seekrieg den Bezug transatlantischer Tabake beinahe unmöglich gemacht hatten, wurde bestimmt, dass die Verwaltung nicht über $6\frac{2}{3}$ pCt. ihres Bedarfs aus dem Auslande entnehmen dürfe¹⁾; nach Wiederherstellung des Friedens sah man zwar die Nothwendigkeit ein, der Verwaltung einen etwas freieren Spielraum zu gewähren, man glaubte indessen hierbei nicht weiter gehen zu dürfen, als durch die eingetretenen Territorial-Veränderungen geboten war, und schrieb deshalb vor, dass mindestens $83\frac{1}{3}$ pCt. des Bedarfs durch inländischen Tabak zu decken seien²⁾. Eine theuere Erfahrung hat gelehrt, dass man durch diese Vorschrift einen grossen Missgriff machte, indem man den Einfluss unbeachtet liess, welchen der überwiegende Antheil der Verbrauchs-Abgabe an dem Preise der Waare auf den Verbrauch ausübt. Gewisse Arten der im mittleren Europa erzeugten Tabakblätter sind zu einzelnen Verwendungen, wie zu Deckblättern für Cigarren und zu Schnupftabak-Mischungen, in gleichem, mitunter in höherem Grade geeignet, als Amerikanische Blätter, im Ganzen stehen aber die ersteren, namentlich bei der Verfertigung von Rauchtabak, den letzteren wesentlich nach. Diese Inferiorität des inländischen Tabaks ist auf dessen Verbrauch so lange ohne nachtheiligen Einfluss, als derselbe zu verhältnissmässig billigen Preisen zu haben ist, sie äussert aber ihre Wirkung, sobald der Preis durch die Verbrauchs-Abgabe wesentlich erhöht wird. Denn wenn der unbemittelte Raucher zur Beschaffung seines Bedarfs eine für seine Verhältnisse bedeutende Ausgabe zu machen hat, so verlangt er dafür auch eine gute Waare; wird ihm eine gute Waare nicht dargeboten, so zieht er es vor, sein Geld für andere Gegenstände des Genusses auszugeben, sofern ihm nicht der unerlaubte Handel Gelegenheit gewährt, bessere Waare wohlfeiler zu erhalten. Es trifft also die Beschränkung des Verbrauchs, welche in Folge einer hohen Verbrauchs-Abgabe überhaupt eintritt, vorzugsweise den geringen inländischen Tabak, und es wird daher diese Beschränkung in dem Maasse stärker und für die finanziellen Ergebnisse der Verwaltung nachtheiliger, als die letztere verhindert ist, den geringen inländischen Tabak durch besseren ausländischen zu ersetzen, und durch die

¹⁾ Décret du 29 décembre 1810, art. 2.

²⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 185.

Güte ihrer Fabrikate ihren Debit zu erweitern. In Frankreich blieb diese nothwendige Konsequenz nicht aus. Man wurde allmählig inne, dass es unmöglich sei, den Absatz von Rauchtabak zu heben und dem Schleichhandel mit ausländischem Rauchtabak wirksam entgegen zu treten, wenn man nicht die Qualität des Fabrikats verbessere und dass es unmöglich sei, die Qualität des Fabrikats zu verbessern, wenn man nicht die inländischen Blätter in stärkerem Verhältniss, als die gesetzlich vorgeschriebene Grenze es zuliess, mit ausländischen Blättern vermische. Der Verwaltung wurde daher durch die nämliche parlamentarische Initiative, welche ihr die Bestimmung der Preise für die inländischen Blätter überliess, auch die Bestimmung des Verhältnisses überlassen, in welchem diese Blätter bei der Fabrikation zu verwenden seien; an die Stelle der Vorschrift, dass sie mindestens $83\frac{1}{3}$ pCt. ihres Bedarfs durch inländischen Tabak zu decken habe, trat die Vorschrift, dass sie höchstens 80 pCt. ihres Bedarfs auf diesem Wege beschaffen dürfe¹⁾. Der Erfolg war vollständig. Während der Verbrauch unter dem bisherigen Systeme, wo nur etwa 16 pCt. ausländischer Blätter verwendet werden konnten, im Ganzen zurückgegangen war — er betrug im Durchschnitt von 1820 bis 1824 0,754 Pfd., 1825—1829 0,732 Pfd., 1830—1834 0,694 Pfd. auf den Kopf der Bevölkerung — stieg er, bei einer Verwendung von etwa 50 pCt. ausländischer Blätter, im Durchschnitt von 1840—1844 auf 0,970 Pfd., also um beinahe 40 pCt. und hat sich seitdem bis auf 1,148 Pfd. gehoben. Der Gewinn, der sich im Durchschnitt von 1830—1834 auf 11 Sgr. 4 Pf. vom Kopf der Bevölkerung belief, betrug im Durchschnitt von 1840—1844 16 Sgr. 4 Pf., hatte also um 44 pCt. zugenommen. Dieser Erfolg lässt sich nicht allein aus der Höhe der Französischen Verbrauchs-Abgabe herleiten, er würde auch bei einer sehr viel geringeren Abgabe verhältnissmässig eingetreten sein. Wird, unter Zugrundelegung der von der Französischen Verwaltung für ihren Blätterbedarf gezahlten Preise, angenommen, dass ein Pfund Tabak, wenn es zur Hälfte aus Amerikanischen, zur Hälfte aus inländischen Blättern gemischt ist, der Verwaltung etwa 8 Pfennige mehr kostet, als wenn es ausschliesslich aus inländischen Blättern besteht, so ist bei einer Abgabe von 6 Sgr., also von nicht ganz einem Drittheil der Französischen, der Debit des gemischten, an Stelle des unvermischten Tabaks zu gleichem Preise mit letzterem, schon dann finanziell vortheilhaft, wenn der Verbrauch nur um

¹⁾ Loi du 12 février 1835, art. 3.

12½ pCt. zunimmt. Dass aber der Verbrauch in Folge einer so grossen, ohne Erhöhung des Preises eintretenden Verbesserung der Qualität in stärkerem Maasse zunehmen werde, möchte eines Beweises durch die Erfahrung schwerlich bedürfen.

Wenn die Verwaltung, in richtiger Erkenntniss dieser Momente, die Steigerung ihres Gewinnes in der Verbesserung ihrer Fabrikate und die Verbesserung ihrer Fabrikate in der Verwendung ausländischer Blätter suchen will, wird sie sich auf lebhaften Widerspruch gefasst zu machen haben. Es wird in keinem Lande an Stimmen fehlen, welche das Interesse der Tabakpflanzer mit dem Interesse des Landes identifiziren und es als eine, auf Begünstigung des Auslandes hinauslaufende Fiskalität bezeichnen, dass einer zweifelhaften Mehreinnahme der sichere Nutzen geopfert werden soll, welchen die Zunahme des Tabakbaues der Produktivkraft des Landes zuführt. Es werden diese Stimmen, mögen sie in Provinzial- und Landes-Vertretungen oder in den politischen Administrativ-Behörden ihren Ausdruck finden, des Einflusses sicher sein, welchen die Vertheidiger eines mit dem sogenannten fiskalischen Interesse kollidirenden Produktionszweiges überall auf die Meinung der Unbetheiligten gewinnen. Mehr als ein Vierteljahrhundert ist in Frankreich verflossen, bevor die Ueberzeugung durchgedrungen ist, dass, wie man auch über das Monopol des Staates denken möge, das Monopol der einheimischen Tabakpflanzer jedenfalls unerträglich sei.

Eine fernere Folge des überwiegenden Antheils der Verbrauchs-Abgabe an dem Preise der Fabrikate ist die Nothwendigkeit gleichmässiger und stabiler Preise. Die Gleichmässigkeit der Preise im ganzen Lande wird schon durch die Gerechtigkeit geboten, denn es kann den Verbrauchern in einer, von den Fabriken der Verwaltung entfernten Gegend nicht angemuthet werden, deshalb, weil die Errichtung einer Fabrik in dieser Gegend von der Verwaltung nicht für angemessen gehalten ist, ihren Tabak theurer zu bezahlen, als die Verbraucher, in deren Nähe sich eine Fabrik befindet. In der That bilden aber auch die Transportkosten ein so völlig untergeordnetes Element des Preises, dass sich eine besondere Anrechnung derselben kaum der Mühe lohnen würde¹⁾. Nicht minder geboten ist die Stabilität der Preise. Bei freiem Han-

¹⁾ Im Durchschnitt der fünf Jahre 1850—1854 betrugen in Frankreich die Kosten des Transports aus den zehn Fabriken nach den 348 Niederlagen der Verwaltung nur 1,21 Pfennig für das Pfund, also 0,4 pCt. des Debitspreises.

del kann es nicht als unbillig bezeichnet werden, wenn der unbemittelte Verbraucher, welcher seinen Bedarf in Bruchtheilen des Pfundes oder in einzelnen Stücken kauft, für diesen Bruchtheil oder das Stück etwas mehr bezahlt, als der bemittelte Verbraucher, welcher ein ganzes Pfund oder Hundert auf einmal entnimmt, bei dem Monopol dagegen, wo der Preis der Waare zum grösseren Theile aus einer Abgabe an den Staat besteht, würde es eine stärkere Besteuerung des unbemittelten als des bemittelten Verbrauchers involviren, also mit der Gerechtigkeit unvereinbar sein, wenn der Preis des Theiles nicht genau dem Preise des Ganzen entspräche. Die Verwaltung muss deshalb ihre Debitspreise nach Gewicht oder Stückzahl dergestalt bemessen, dass dieselben, mit Hinzurechnung des weiter unten zu besprechenden Gewinnes des Detaillisten, durch das kleinste Gewicht und die kleinste Stückzahl, welche der unbemittelte Verbraucher zu fordern pflegt, ohne Brüche theilbar sind, und dass der kleinste Theil durch Stücke der Landesmünze ausgedrückt werden kann. Es wird ihr hierdurch unmöglich gemacht, den Veränderungen, welchen die Kosten der Tabakblätter, der Fabrikation und des Transports unterliegen, mit ihren Preisen zu folgen, denn die durch diese Veränderungen herbeigeführte Zunahme oder Abnahme der Selbstkosten ist so gering, dass eine entsprechende Erhöhung oder Ermässigung des Debitspreises die Theilbarkeit des letzteren auf der Stelle aufheben würde. Auch mit dem finanziellen Interesse der Verwaltung ist diese Unveränderlichkeit der Preise wohl vereinbar. Die Schwankungen im Preise des Rohmaterials pflegen sich in längeren Perioden auszugleichen; wäre aber auch eine allmälige Steigerung dieser Preise anzunehmen, so stehen derselben die Ersparnisse gegenüber, auf welche sich durch Verbesserung der Fabrikation und der Kommunikationsmittel fortschreitend rechnen lässt¹⁾.

¹⁾ Die durchschnittlichen Selbstkosten der, von der Französischen Verwaltung verfertigten Fabrikate betrugen:

im Jahre 1850	Frs. 146. 68. 1672	für 100 Kil. oder 19 Thl. 16 Sgr. 9 Pf. p. Ztr.
» » 1851	» 142. 44. 1000	» » » » 18 » 29 » 9 » »
» » 1852	» 139. 87. 9000	» » » » 18 » 19 » 6 » »
» » 1853	» 137. 93. 0700	» » » » 18 » 11 » 9 » »
» » 1854	» 141. 59. 8200	» » » » 18 » 26 » 5 » »

Die stärkste Preis-Verschiedenheit im Jahre 1853 gegen das Jahr 1850, betrug 8,75 Frs. für 100 Kil. oder 6,3 pCt. des Selbstkostenpreises und 1,4 pCt. des durchschnittlichen Debitspreises. Bei einem Rückblick auf längere Perioden tritt eine erhebliche Ermässigung der Selbstkosten hervor; im Anfange der dreissiger Jahre betrugen sie noch etwa 170 Frs. für 100 Kil.

Noch wichtiger ist es, dass die Verwaltung die Unzufriedenheit vermeidet, welche die zahlreiche Klasse der Tabakverbraucher bei jeder Preiserhöhung, bestände sie auch nur in der Rückkehr zu einem früheren Satze, erfüllen wird und die Schwankungen fern hält, welche durch häufige Preisveränderungen in den Verbrauch geworfen werden. Einem finanziellen Institut muss es vor allen Dingen auf Regelmässigkeit der Einnahmen ankommen, und diese Regelmässigkeit wird weit mehr gefährdet durch Schwankungen im Verbrauch, als durch Schwankungen in den Selbstkosten der Fabrikate. Die Französische Verwaltung verdankt ihre glänzenden finanziellen Resultate gewiss wesentlich dem Umstande, dass die verschiedenen Sorten ihrer Fabrikate, bis auf die einzelne Cigarre hinab, fast ohne Ausnahme heute noch im Detailverkauf genau so viel kosten, als vor vierzig Jahren und dass sie niemals durch Aenderung der Preise, sondern nur durch Verbesserung der Güte ihren Absatz und ihre Einnahmen zu heben gesucht hat¹⁾.

Die Nothwendigkeit einer leichten Theilbarkeit der Preise äussert ihren Einfluss nicht blos auf die Bestimmung der Preise, zu welchen die Verwaltung verkaufen, sondern auch auf die Bestimmung der Fabrikate, welche die Verwaltung anfertigen lässt. Soll der Schnupftabak im Loth ($\frac{1}{30}$ Pfund) und sollen Cigarren im einzelnen Stück ohne Preisaufschlag verkauft werden können, so müssen die Verkaufspreise der einander am nächsten stehenden Sorten nach Preussischem Gelde beim Schnupftabak um 8 Rthlr. 10 Sgr. für den Zentner, bei den Cigarren um 2 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. für das Tausend, oder um ein Vielfaches dieser Beträge, aus einander liegen. Die Verwaltung kann daher nur solche Sorten fabriziren, deren Werth, unter Hinzurechnung der Verbrauchs-Abgabe, in entsprechendem Verhältnisse verschieden ist. Sie wird hierdurch zu einer Beschränkung in der Anzahl der Sorten genöthigt; eine noch grössere Beschränkung wird ihr durch eine andere Rücksicht auferlegt. Indem sie den einzelnen Verbraucher zwingt, seinen Bedarf nur bei ihr zu entnehmen, übernimmt sie zugleich die Verpflichtung, ihn nicht schlechter zu behandeln, als jeden anderen Verbraucher, also überall zu dem nämlichen Preise die nämliche Waare zu liefern. Die buchstäbliche Erfüllung dieser Verpflichtung ist freilich unmöglich, so lange die Ernten verschieden ausfallen, und so lange die Fabrikation auf mehrere Anstalten vertheilt werden muss, immer

¹⁾ Vergl. die Anlage I.

aber wird die Verwaltung, wenn sie sich nicht lebhaften und begründeten Beschwerden aussetzen will, nichts unversucht lassen dürfen, um die möglichste Gleichmässigkeit ihrer Fabrikate innerhalb jeder einzelnen Sorte zu erreichen. Es ist zu diesem Zwecke zunächst nothwendig, dass sie darauf Bedacht nimmt, ihren Bedarf an Rohtabak in gleichmässiger Qualität zu beschaffen, und es liegt hierin der Grund, aus welchem diese Gleichmässigkeit der Qualität unter den, für den Ankauf des Rohtabaks leitenden Gesichtspunkten eine hervorragende Stelle einnehmen musste. Ein fernerer Mittel zum Zweck beruht in der, auch aus anderen Rücksichten rathsamen Konzentrirung der Fabrikation auf wenige Anstalten, das wirksamste Mittel aber gewährt die Beschränkung der Sorten. Je geringer die Anzahl, je schärfer also die Verschiedenheit der Sorten unter einander ist, desto leichter kann sich die Fabrikation auf die Verwendung weniger Blätterarten und auf einfache Mischungs-Verhältnisse dieser Arten beschränken, sich also den nachtheiligen Einflüssen entziehen, welche der wechselnde Ausfall der Ernten und die Anwendung komplizirter Methoden auf die Gleichmässigkeit der Fabrikate ausübt.

Mit nicht minderem Gewichte, als alle diese Gründe drängt endlich die Rücksicht auf den Schleichhandel zu einer Beschränkung der Sorten hin.

Das Verbot der Einfuhr von Tabakfabrikaten aus dem Auslande ¹⁾ und die gewissenhafte Handhabung dieses Verbots durch eine zahlreiche, wohleingerichtete Grenzbewachung reichen, so nothwendig beide Maassregeln auch sind, keineswegs aus, um die Verwaltung in ihrem ausschliesslichen Rechte zu schützen. Tabakfabrikate sind eine wohlfeile, leicht tragbare und dem Verderben wenig ausgesetzte, also für den Schleichhandel vorzüglich geeignete Waare. Bei einer Verbrauchsabgabe von nur 150 pCt. vom Werthe der Waare kann der Schwärzer, auch wenn er die Waare um ein Viertel unter dem Monopolpreise verkauft, noch beinahe 90 pCt. vom Werth der Waare verdienen; er macht also schon einen beträchtlichen Gewinn, wenn er seine Waare unter drei Malen zwei Mal glücklich über die Grenze bringt. Gelingt es ihm, die gewöhnliche Last von 30 Pfund, welche im Auslande 4 Rthlr. bis 5 Rthlr., im Inlande 10 Rthlr. bis 12½ Rthlr. kostet, einzuschwärzen und zu 7½ Rthlr. bis 9 Rthlr. zu verkaufen, so hat er 3½ Rthlr. bis 4 Rthlr. verdient. Dem Reiz, welchen ein solcher Gewinn ausübt, steht eine grosse persönliche Gefahr

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 173; Monopols-Ordnung §. 12.

nicht gegenüber. Der Schwärzer verliert im schlimmsten Falle nicht viel, wenn er, bei dem Erscheinen der Aufsichtsbeamten, seine Waare abwirft und die Flucht ergreift; ja er kann seine Person einer jeden Gefahr dadurch entziehen, dass er den Transport der Waare nicht selbst besorgt, sondern einer Schaar dressirter Hunde überlässt. Ist die Beschaffenheit der Grenze einem solchen Verkehr nur einigermaassen günstig, so ist die vorzüglichste Grenzaufsicht ausser Stande, den Schleichhandel mit Erfolg zu bekämpfen und es muss sich deshalb die Verwaltung nach anderen Waffen zum Schutze ihres Alleinrechtes umsehen.

Eine solche Waffe gewährt ihr zunächst die Beschränkung ihrer Fabrikation auf wenige Sorten. Der Vertrieb eingeschwärzter Waare, also die Einschwärzung selbst, wird wesentlich erschwert, wenn sich mit Sicherheit feststellen lässt, ob Fabrikate, welche bei den Verkäufern, auf dem Transport oder in den Händen der Verbraucher unter verdächtigen Umständen angetroffen werden, aus den Fabriken der Verwaltung herkommen oder nicht, denn es wird hierdurch die Möglichkeit gewährt, Umgehungen des Gesetzes auch dann zu entdecken und zu bestrafen, wenn der direkte Beweis einer Einschwärzung nicht zu führen ist. Die Verpackung der Waare liesse sich als Kennzeichen des Ursprungs ansehen, wenn nicht viele Fabrikate unverpackt vorkämen und alle Etiketten, selbst die komplizirtesten, leicht nachzumachen wären. Auch die Beschaffenheit der Waare wäre kein brauchbares Kennzeichen des Ursprungs, wenn eine beträchtliche Anzahl von Sorten fabrizirt würde, denn je mehr verschiedene Sorten fabrizirt werden, um so mehr wird dem ausländischen Fabrikanten die Herstellung eines, mit irgend einer von diesen Sorten übereinstimmenden Fabrikats erleichtert. Dagegen ist die Beschaffenheit der Waare ein sehr brauchbares Kennzeichen, wenn nur wenige scharf von einander und also auch von ausländischen Fabrikaten verschiedene Sorten fabrizirt werden, und es ist also die Verwaltung auch zur Vertheidigung ihres Alleinrechts auf die Beschränkung der Sorten hingewiesen.

In Frankreich geht diese Beschränkung sehr weit. Es werden, abgesehen von den später zu erwähnenden tabacs de cantine und de troupe, nur je zwei Sorten geschnittener Rauchtabelle, Cigarren, Cigaretten, Schnupftabelle und Kautabelle und je eine Sorte Rauchtabelle und Schnupftabelle in Karotten fabrizirt; es kommen indess innerhalb der einzelnen Sorten noch Verschiedenheiten in Beziehung auf die Art der zur Mischung verwendeten ausländischen Blätter und auf Schnitt

und Rapirung vor. In Oesterreich ist die Zahl der Sorten bei Weitem grösser, wie denn auch hier, bei einer Verbrauchsabgabe von 133 pCt. vom Werthe, der Reiz zur Einschwärzung geringer ist, als in Frankreich bei einer Abgabe von 329 pCt. vom Werthe. Ueberhaupt kann es fraglich erscheinen, ob nicht die Französische Verwaltung in ihrem Interesse handeln würde, wenn sie die Anzahl ihrer Sorten, namentlich bei den Cigarren, etwas vermehrte.

Ein noch wirksameres Mittel zur Verhinderung des Schleichhandels steht der Verwaltung zu Gebote, wenn sie sich entschliessen will, in den der Einschwärzung vorzugsweise ausgesetzten Grenzbezirken mit der Kontrebande selbst in Konkurrenz zu treten und die wohlfeile eingeschmuggelte Waare durch wohlfeile Waare eigener Fabrikation zu bekämpfen. Die Französische Verwaltung hat von diesem Mittel in grossem Maassstabe Gebrauch gemacht. Sie lässt geschnittenen Rauchtabak, Schnupftabak und Kautabak geringer Qualität in verschiedenen Sorten, unter dem Namen *tabac de cantine*, anfertigen, und diesen Tabak zu ermässigten Preisen innerhalb eines Bezirks verkaufen, welcher gegenüber von Savoyen beginnend, sich längs der Schweizerischen, Deutschen und Belgischen Grenze bis zum Kanal in wechselnder Breite hinzieht und ungefähr 26,000 lieus carrés mit fünf und einer halben Million Einwohner, oder etwa 11 pCt. des Gebietes und 15 pCt. der Bevölkerung von ganz Frankreich umfasst. Dieser Grenzbezirk zerfällt, je nach der Entfernung von der Grenze, in mehrere Zonen, auf einigen Strecken in drei, auf den meisten in vier, an den exponirtesten Stellen sogar in fünf, dergestalt, dass der Tabakpreis in jeder Zone in dem Maasse höher ist, als dieselbe von der Grenze entfernter liegt, bis er in der von der Grenze entferntesten Zone dem regelmässigen Preise nahe kommt¹⁾. Die Französische Verwaltung hat mit der Abgrenzung

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 175 und 176. In der Abgrenzung des Bezirks und der Zonen sind häufige Veränderungen vorgenommen. Derselbe umfasst jetzt die Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin, Nord und Pas-de-Calais vollständig, beinahe das ganze Departement de la Moselle und einen grossen Theil der Departements Ain, Jura, Doubs, Haute-Saone, Vosges, Meurthe, Meuse, Ardennes, Aisne und Somme. Die Preise, zu welchen dasselbst an das Publikum verkauft wird, sind folgende:

		für Rauch- u. Kautabak		für Schnupftabak	
I. Zone	1. Unterabtheilung	pr. Kil.	2,00 Frs.	}	2,50 Frs.
	2. Unterabtheilung	"	2,50 "		
II. Zone	"	"	3,00 "	"	3,00 "
III. Zone	"	"	4,00 "	"	4,00 "
IV. Zone	"	"	6,50 "	"	6,50 "

des Grenzbezirks, mit der Breite der Zonen und mit der Höhe des Preises viel experimentirt und es haben alle diese Experimente die Ueberzeugung befestigt, dass die Einrichtung zwar nicht ausreiche, um den Schleichhandel ganz zu verhindern, wohl aber unerlässlich sei, um den Schleichhandel in einigermaassen erträglichen Grenzen zu halten¹⁾.

Die Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung gehört zu den unerwünschtesten Folgen des Monopols. Die Verwaltung verwendet zwar zu dem *tabac de cantine* die geringsten und wohlfeilsten Qualitäten der inländischen Blätter, die *tabacs non marchands*, und kann denselben daher wohlfeiler liefern, als ihre anderen Fabrikate, sie muss aber demungeachtet, wenn sie ihren Zweck erreichen will, die Verbrauchs-Abgabe sowohl absolut, als auch im Verhältniss zum Werth der Waare bei diesem Tabak sehr viel niedriger stellen, als bei ihren anderen Fabrikaten. So beträgt denn auch bei dem *tabac de cantine* der Gewinn nur etwa 133 pCt. der Selbstkosten, während er, wie oben bemerkt worden, für die *tabacs ordinaires* durchschnittlich 360 pCt. dieser Kosten ausmacht. Damit also etwa sechs Siebentheile der Bevölkerung Frankreichs einer sehr hohen Abgabe vom Tabak-Verbrauch unterworfen werden können, wird von dem übrigen Siebentheile der Bevölkerung eine nur mässige Abgabe von diesem Verbräuche erhoben; der Rücksicht auf den Ertrag wird die Gleichheit der Besteuerung geopfert. Diese Verletzung des obersten Grundsatzes einer jeden Besteuerung wird dadurch nicht minder fühlbar, dass die zum ermässigten Preise verkauften Fabrikate

Im Binnenlande ist der Debitspreis für alle drei Sorten 8,00 Frs. Das Nähere über die häufig veränderte Abgrenzung der Zonen und Festsetzung der Preise ist in den Ordonnanzen vom 14. August 1816, 3. März 1820, 2. Februar 1826, 24. August 1830, 18. März 1832, 17. Januar 1834, 19. September 1836, 27. August 1839 und 8. September 1843 und in dem Dekret vom 21. September 1849 enthalten. Der in der IV. Zone zu 6,50 Frs. verkaufte Tabak wird nach der gesetzlichen Terminologie nicht mehr zu den *tabacs de cantine* gerechnet, sondern heisst *tabac intermédiaire*.

¹⁾ Es mag hier beispielsweise nur eine Thatsache angeführt werden. Im Durchschnitt der beiden Jahre 1832 und 1833 wurden an *tabac de cantine* 44,884 Zentner verkauft. Durch Ordonnanz vom 17. Januar 1834 wurden die Preise dieses Tabaks in dem grösseren Theile der Departements Pas-de-Calais und Nord um etwa 25 pCt. ermässigt und es stieg der Debit im Durchschnitt von 1834 und 1835 auf 64,803 Zentner, also um etwa 45 pCt. Die Schnelligkeit, mit welcher eine so bedeutende Vermehrung des Debits der Ermässigung des Preises folgte, beweist, dass diese Vermehrung nicht in einer Steigerung des Verbrauchs, sondern in der Verminderung des Schleichhandels ihren Grund hatte.

von anderer und geringerer Qualität sind als die zum Normalpreise verkauften, denn, wie der unbemittelte Verbraucher im Grenzbezirke den schlechteren aber wohlfeileren Tabak dem besseren, aber theuerern vorzieht, so würde auch der unbemittelte Verbraucher im Binnenlande dem ersteren vor dem letzteren den Vorzug geben. Der Debit des Tabaks zu ermässigten Preisen ist von 53,153 Ztr. im Durchschnitt der fünf Jahre 1831 bis 1835 auf 115,609 Ztr. im Durchschnitt der fünf Jahre 1850 bis 1854 gestiegen, also um 117 pCt., der übrige Debit hat sich in den nämlichen Perioden von 180,618 Ztr. auf 295,887 Ztr., also nur um 64 pCt. gehoben. Der Debit des tabac de cantine macht jetzt beinahe 30 pCt. des Gesamtdebites aus und während von diesem Tabak innerhalb des Grenzbezirks beinahe 2 Pfd. auf den Kopf der Bevölkerung kommen, ergiebt der gesammte übrige Debit, wenn er ausschliesslich auf die nicht im Grenzbezirk wohnhafte Bevölkerung vertheilt wird, nicht ganz 1 Pfd. auf den Kopf. Ein Blick auf diese Zahlen genügt, um die Bedeutung der, den Bewohnern des Grenzbezirks gewährten Abgaben-Begünstigung anschaulich zu machen; diese Ungleichheit der Besteuerung ist indessen nicht die einzige nachtheilige Folge der Einrichtung. Indem die Verwaltung durch den Verkauf wohlfeilen Tabaks dem Schleichhandel über die Grenze entgegentritt, ruft sie einen Schleichhandel im Binnenlande selbst hervor. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Bewohner der zweiten Zone des Grenzbezirks seinen Bedarf lieber bei den Verkaufsstellen der ersten Zone, als bei denjenigen der zweiten, der Bewohner der dritten Zone seinen Bedarf lieber bei den Verkaufsstellen der zweiten, als bei denjenigen der dritten Zone entnimmt, mit einem Worte, dass ein grosser Anreiz vorhanden ist, den tabac de cantine über die ihm zugewiesenen Grenzen hinaus weit in das Innere des Landes zu schaffen. Es war deshalb nöthig, den Besitz von tabac de cantine ausserhalb der Orte, für welche der Debit desselben gestattet wurde, Jedermann bei Strafe zu verbieten¹⁾, die Erfahrung zeigte aber, dass der Reiz der Wohlfeilheit die Furcht vor der Strafe überwog, und man war daher genöthigt, jeden Transport von tabac de cantine in Mengen von mehr als einem Kilogramm zu untersagen, sofern der Transport nicht von einer Fabrik oder einer Niederlage der Verwaltung aus erfolgt und mit einem Begleitschein oder der Faktura eines Niederlage-Vorstehers versehen ist²⁾.

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 219.

²⁾ Loi du 23 avril 1840, art. 2.

Oesterreich befindet sich in Beziehung auf den Grenzschutz in einer sehr viel günstigeren Lage, als Frankreich. Es ist gegen Einschwärmungen aus Sardinien, dem Kirchenstaate, Polen und Russland durch die in diesen Staaten bestehenden Monopole und hohen Verbrauchs-Abgaben, gegen Einschwärmungen aus dem Zollverein durch eine Zollkartel gedeckt. Mit Modena und Parma sind besondere Verabredungen zum Schutze des Monopols getroffen ¹⁾, an der Grenze gegen die Schweiz setzt die Terrain-Beschaffenheit dem Schleichhandel grosse Schwierigkeiten entgegen und die Seegrenze endlich ist diesem Verkehr noch weniger günstig. An allen diesen Grenzen reicht daher die gewöhnliche Grenzaufsicht für den Zweck aus, und es sind nur die an die Türkei angrenzenden Bezirke, wo die Verhältnisse, wenn auch weniger ungünstig, als an der West- und Nordgrenze Frankreichs, den Verkauf von Tabak zu ermässigten Preisen aus Rücksicht auf den Schleichhandel rathsam machen können. Der Verkauf zu ermässigten Preisen war indessen bis vor Kurzem auf diese Bezirke nicht beschränkt, vielmehr bestanden überhaupt in einzelnen Kronländern sehr verschiedene Preistarife und es ist deshalb die unbefugte Versendung von Tabak aus Kronländern mit einem geringeren, in solche mit einem höheren Tarife unter Strafe gestellt ²⁾.

Diese überwiegend auf historischen Gründen beruhenden Preisverschiedenheiten ³⁾ sind jetzt beinahe völlig beseitigt.

¹⁾ Vergl. unten, S. 120.

²⁾ Monopols-Ordnung §. 11 und 86.

³⁾ Ein anschauliches Bild dieser Verschiedenheiten ist durch eine Vergleichung der zahlreichen Tarifsätze nicht zu gewinnen, dagegen lässt sich das Verhältniss in übersichtlicher und wenigstens im Ganzen zutreffender Weise durch die Durchschnittspreise des wirklich debitirten Rauchtabaks, mit Ausschluss der Cigarren, ausdrücken. Es ist dieser Tabak zur Grundlage für eine Vergleichung der Preise besonders geeignet, weil er etwa vier Fünftheile des gesammten Debits ausmacht und in weit weniger zahlreiche Sorten mit weit geringeren Preis-Differenzen zerfällt, als die Cigarren und der Schnupftabak. Die Durchschnittspreise des in den fünf Jahren 1851—1855 debitirten Rauchtabaks betragen für das Wiener Pfund:

in Tirol	15,4 Kr.
in Ungarn und dessen vormaligen Nebenländern	17,5 »
in Galizien, der Bukowina und Krakau	19,4 »
in Dalmatien	22,9 »
in Nieder- und Ober-Oesterreich, Salzburg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Istrien, Triest, Görz und Gradiska, Kärnthen, Krain und Steiermark	26,2 »
in der Lombardei und Venedig	44,3 »
im Durchschnitt der ganzen Monarchie	22,8 »

Seit dem 1. November 1856 gilt für das ganze Reich, mit Ausnahme der Italienischen Kronländer, ein im Wesentlichen gleicher Tarif. Mit Rücksicht auf die Grenz-Verhältnisse gegen die Türkei und auf die Schwierigkeit der Kontrolle des einheimischen Tabakbaues werden in der Militairgrenze, in den übrigen Ungarischen Kronländern und in Galizien ordinäre geschnittene Rauchtabake, gleich den tabacs de cantine in Frankreich, zu ermässigten Preisen verkauft; im Uebrigen sind die debitirten Sorten beinahe und die Debitspreise völlig gleich. In der Lombardie und Venedig, für welche zum Theil ganz andere Sorten fabrizirt werden, als für die übrigen Kronländer, und wo die ganze Einrichtung in manchen Beziehungen der Französischen näher steht, als der eigentlich Oesterreichischen, gelten allein noch abweichende Tarife ¹⁾).

Die Oesterreichische Verwaltung hat durch diese Tarifreform einen sehr grossen Fortschritt gemacht. Die in Ungarn und Galizien bestehenden Ausnahmen, so unerwünscht sie sein mögen, sind durch das eigene Interesse der Verwaltung geboten. Die in Italien bestehenden Ausnahmen finden, abgesehen von historischen Gründen, in der Verschiedenheit des nationalen Geschmacks und der wirthschaftlichen Entwicklung ihre Rechtfertigung. Im Grossen und Ganzen ist der Grundsatz der gleichen Besteuerung nicht bloß anerkannt, sondern auch in weitem Umfange wirklich durchgeführt. Der bisherige Zustand, bei welchem nur etwa 31 pCt. der Bevölkerung dem eigentlichen Normaltarife unterworfen, also die Regel zur Ausnahme geworden war, ist beseitigt.

Neben der Beschränkung der Fabrikation auf wenige Sorten und neben dem Verkauf zu ermässigten Preisen in Grenzbezirken gewährt endlich noch die Kontrolle des inneren Verkehrs ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Schleichhandels. Kann der Schleichhändler darauf zählen, dass seine Waare geborgen ist, sobald sie die Grenze und den der Grenzaufsicht unterworfenen Bezirk passirt hat, so werden alle bisher besprochenen Mittel nicht genug gegen den Reiz vermögen, welchen die Grösse des, nach glücklicher Ueber-

Es ist indessen nicht zu vergessen, dass die aus dieser Vergleichung ersichtlichen Verschiedenheiten der Preise keineswegs identisch waren mit den Verschiedenheiten der Verbrauchs-Abgabe. Um diese letzteren zu ermitteln, müssten nicht bloß die Verkaufspreise, sondern auch die durchschnittlichen Selbstkosten der in den einzelnen Kronländern debitirten Rauchtabake bekannt sein.

¹⁾ Vergl. Anlage II.

schreitung des Grenzbezirks in sicherer Aussicht stehenden Gewinnes ausübt. Es muss daher auch im Innern des Landes ein Jeder, welcher Tabakfabrikate in grösseren Mengen transportirt oder besitzt, zum Nachweis über die Abstammung derselben angehalten werden können und es müssen Organe vorhanden sein, welche die zu diesem Zweck erforderliche Ueberwachung des Waaren-Verkehrs im Innern ausüben. Auf diesem Gesichtspunkte, welcher fast überall, wo ausländische Waaren hohen Eingangs-Abgaben unterliegen, zur Einrichtung einer Binnen-Kontrolle für solche Waaren geführt hat, beruht in Frankreich die Vorschrift, dass jeder Transport von Tabakfabrikaten in Mengen von mehr als zehn Kilogramm der Begleitschein-Kontrolle, in geringeren Mengen, sofern die Waaren nicht mit den Zeichen und Vignetten der Verwaltung versehen sind, der Legitimationsschein-Kontrolle unterliegt, und dass Vorräthe von Tabakfabrikaten, welche mit den Zeichen und Vignetten der Verwaltung nicht versehen sind, von Niemanden in grösserer Menge als zehn Kilogramm gehalten werden dürfen¹⁾. Die Ueberwachung dieser Vorschriften, sowie der wegen des Transports der tabacs de cantine erlassenen, oben erwähnten Bestimmung ist allen Beamten der indirekten Steuer-Verwaltung und Octroi-Verwaltung, den Gendarmen, den préposés forestiers und den gardes champêtres übertragen²⁾; in einigen besonders bedrohten Gegenden sind überdies eigene Beamte zum Zweck dieser Ueberwachung angestellt. Die Vergütung des Werths der konfiszierten Fabrikate an die Beamten, welche die Beschlagnahme vorgenommen haben, und die Gewährung besonderer Prämien für die Ergreifung von Kontravenienten dienen dazu, den Eifer der Beamten anzuspornen³⁾. In Oesterreich finden die allgemeinen zollgesetzlichen Vorschriften über die Binnenkontrolle auch auf Tabakfabrikate Anwendung; ausserdem ist ein Jeder, bei dem solche Fabrikate in einer Menge, welche eine amtliche Bezeichnung voraussetzt, ohne diese Bezeichnung gefunden werden, verpflichtet, sich über den Bezug derselben auszuweisen.⁴⁾

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 215, 217.

²⁾ Ebendas., §. 223.

³⁾ Loi du 31 décembre 1817. Für jedes saisierte Kilogramm Tabak wird, je nach der Qualität, 1,50, 0,90 oder 0,30 Frs.; für jeden saisierten Kontravenienten werden 15 Frs. vergütet. Die Höhe dieser Vergütungen beträgt jährlich etwa 270,000 Frs. Für die Besoldung der eigenen Kontrol-Beamten werden jährlich etwa 240,000 Frs. ausgegeben.

⁴⁾ Zoll- und Monopols-Ordnung vom 11. Juli 1835, §. 440. Monopols-Ordnung, §. 16.

Trotz aller dieser Vorkehrungen finden Einschwärzungen von Tabakfabrikaten nach Frankreich noch immer in grossem Umfange statt. Die Verwaltung selbst nahm früherhin an, dass der gesammte Tabakverbrauch der ersten, für den *tabac de cantine* gebildeten Zone des Grenzbezirks durch eingeschwärzten Tabak befriedigt werde¹⁾, und wenn es auch nicht unwahrscheinlich ist, dass seitdem der Schleichhandel abgenommen hat, so lässt die Menge der noch jetzt stattfindenden Beschlagnahmen doch auf eine fortdauernde Lebhaftigkeit dieses Handels schliessen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre sind von den Zollbeamten im eigentlichen Grenzbezirk, also ausschliesslich der Beschlagnahmen bei der Binnenkontrolle, jährlich nahe an 3000 Ztr. Tabakfabrikate ergriffen worden, die grösste Menge 4800 Ztr., im Jahre 1850, die geringste 1600 Ztr. im Jahre 1852. Ein Handel, welcher Jahr aus Jahr ein einen solchen Verlust zu ertragen vermag, kann nicht in geringem Umfange betrieben werden²⁾; zur Vergleichung mag die Bemerkung dienen, dass im Zollverein, vor dem Zollanschluss des Steuervereins, bei einer weit längeren, als der Französischen Grenze, die Beschlagnahmen von Tabakblättern und Tabakfabrikaten sich auf jährlich etwa 100 Ztr. beschränkten. In Oesterreich sind die oben dargestellten Grenzverhältnisse dem Grenzschutz ungemein günstig; vor Abschluss des Zollkartels mit dem Zollverein war der Schleichhandel an der Grenze gegen Deutschland sehr thätig. In den zehn Jahren 1841—1850 wurden über diese Grenze zusammen etwa 11,000 Ztr. Tabakfabrikate auf gesetzlichem Wege nach Oesterreich eingeführt; wie viel die Einfuhr auf ungesetzlichem Wege betrug, ist zwar nicht genau zu ermitteln, es wird sich indessen mit voller Sicherheit annehmen lassen, dass sie in jedem einzelnen dieser zehn Jahre beinahe doppelt so gross war, als die gesetzliche Einfuhr in allen zehn Jahren zusammen³⁾.

Sehr viel geringere Schwierigkeiten, als bei der Vertheidigung ihres Alleinrechts gegen die Einfuhr von Tabakfabri-

¹⁾ Enquête, p. 311.

²⁾ Man schätzt den Umfang des Schleichhandels jetzt auf das Zehnfache der in Beschlag genommenen Menge. Corps législatif, séance du 11 juin 1852, rapport sur le projet de loi sur les tabacs.

³⁾ Die Handelskammer in Cottbus führt in ihrem Jahresberichte für 1855 (Preussisches Handels-Archiv, Jahrgang 1856, Thl. I., S. 695) als einen Grund des Rückganges der Tabakfabrikation in ihrem Bezirke den Umstand an, dass das Zollkartel dem bisherigen Absatze nach Oesterreich ein Ende gemacht habe.

katen aus dem Auslande, findet die Verwaltung bei Vertheidigung ihres Rechts gegen die Verfertigung von Tabakfabrikaten im Inlande. Tabakblätter werden aus dem Auslande wenig eingeschwärzt; die Verwendung inländischer Blätter lässt sich, wie früher gezeigt worden, durch Beaufsichtigung der Kultur in sehr enge Grenzen einschränken; es fehlt mithin das Material, dessen eine einheimische Fabrikation bedürfen würde. Das Verbot der Verfertigung von Tabakfabrikaten und des Besizes von Geräthschaften oder mechanischen Hilfsmitteln zur Tabakfabrikation¹⁾ lässt sich daher aufrecht erhalten, ohne dass es nöthig wäre, zu anderweiten Mitteln zu greifen. Ein Umstand ist indessen hierbei nicht zu übersehen. Es lassen sich Fabrikate, welche zu dem nämlichen Zweck bestimmt sind, wie Tabakfabrikate, aus anderen Materialien, als aus Tabakblättern darstellen, es muss also das Verbot der Verfertigung von Tabakfabrikaten auch auf die Verfertigung von Surrogaten ausgedehnt werden²⁾. In Frankreich hatte man diesen Umstand unbeachtet gelassen; die Folge war, dass Fabriken von Tabak-Surrogaten — Schnupftabak nach Art des Schneeberger — entstanden, deren Unterdrückung eine besondere gesetzliche Bestimmung und die Gewährung von Entschädigungen nöthig machte³⁾.

Eine Ausnahme von dem Alleinrechte der Verwaltung ist in Oesterreich zu Gunsten der Ungarischen Tabakpflanzer zugelassen. Dem Besitzer eines von ihm selbst bearbeiteten Grundstücks, welcher schon vor Einführung des Monopols Tabak zur Verwendung für seinen eigenen Bedarf gebaut hat, kann gestattet werden, in seinem Garten oder auf einem in unmittelbarer Nähe seines Hauses belegenen, nach landesüblicher Weise eingezäunten Grundstück, dessen Grösse mit billiger Berücksichtigung der Verhältnisse und der Anzahl der männlichen Familienglieder zu bemessen ist, gegen Entrichtung einer mässigen Abgabe, Tabak für seinen eigenen Gebrauch zu bauen und in Gestalt von geschnittenem Rauchtabak zu verwenden⁴⁾. Diese Ausnahme, bei deren Zulassung, neben

¹⁾ Loi du 28 avril 1816, §. 171, 221. Monopols-Ordnung §. 9.

²⁾ Zoll- und Monopols-Ordnung vom 11. Juli 1835, §. 383.

³⁾ Loi du 12 février 1835, art. 5. Zur Entschädigung der Fabrikanten und Händler von Tabak-Surrogaten für ihre Geräthschaften und Vorräthe wurde durch Gesetz vom 4. Juni 1836 ein Kredit von 40,000 Frs. eröffnet.

⁴⁾ Monopols-Ordnung §. 56—62. Die im §. 61. festgesetzte Abgabe wurde bereits im Jahre 1853 auf das Doppelte, und ist durch Finanz-Ministerial-Erlass vom 9. September 1856 auf das Sechsfache erhöht worden.

der Rücksicht auf Schonung bestehender Verhältnisse, auch wohl der Gesichtspunkt leitend war, dass man nicht versagen dürfe, was man, wenn es versagt wäre, doch nicht würde verhindern können, ist von vorn herein als ein Versuch bezeichnet, über dessen Nothwendigkeit und fernere Zulässigkeit erst eine weitere Erfahrung zu entscheiden habe¹⁾). Es wurde nicht verkannt, dass die Maassregel an sich wohl geeignet sei, die Erfolge der Einführung des Monopols zu gefährden, und in der That würde sie unter anderen, als den in Ungarn bestehenden Verhältnissen gar nicht einmal versucht werden können. Denn abgesehen davon, dass sie ein, durch innere Gründe nicht gerechtfertigtes Steuer-Privilegium für den Pflanzer in sich schliesst, würde sie in Gegenden mit dichter Bevölkerung und lebhafterem Verkehr, als solche in Ungarn vorhanden sind, nothwendig zu Missbräuchen führen, welche, wenn überhaupt, nur durch eine Kontrolle zu verhindern wären, deren Kosten für die Verwaltung und deren Lästigkeit für den Verkehr ausser allem Verhältniss zu dem möglichen Vorthail für den Pflanzer stehen würden.

Es sind dies die Gesichtspunkte, von welchen die Verwaltung bei Ausübung ihres Alleinrechts zur Fabrikation auszugehen und die Mittel, welche sie zum Schutze dieses Rechts anzuwenden hat. Die eigentlich technische Seite der Fabrikation zu besprechen ist hier nicht die Aufgabe; nur einige Bemerkungen über die Anzahl der erforderlichen Fabrikations-Anstalten mögen hier ihren Platz finden. Die möglichste Konzentrirung dieser Anstalten auf wenige Punkte empfiehlt sich sowohl zum Zweck der Beschränkung der Generalkosten und der Transportkosten für das Rohmaterial, als auch im Interesse der Gleichmässigkeit der Fabrikation. Die Rücksicht auf die Güte der Fabrikate drängt, soweit es sich um Schnupftabak handelt, ebenfalls zur Konzentrirung hin, denn die Qualität dieses Tabaks wird in dem Maasse besser, als die Mengen beträchtlicher sind, welche gleichzeitig in Arbeit genommen werden. Soweit es sich dagegen um Rauchtabak handelt, stehen einer allzu grossen Beschränkung der Anstalten Bedenken entgegen. Wo sehr bedeutende Quantitäten auf ein Mal dargestellt werden, ist es schwierig, einen gewissen Grad von Gährung zu vermeiden, und diese Gährung, nothwendig für den Schnupftabak, thut der Qualität des Rauchtabaks

¹⁾ - Immediat - Vortrag des Oesterreichischen Ministerraths vom 23. November 1850.

Eintrag; es ist ferner schwierig, auf die Sortirung der Blätter diejenige Sorgfalt zu verwenden, welche zur Verfertigung eines guten Rauchtabaks erforderlich ist. Unter der Einwirkung dieser verschiedenen Rücksichten ist der Einfluss ein ganz verschiedener gewesen, welchen der zunehmende Umfang der Fabrikation in Frankreich und in Oesterreich auf die Anzahl der Fabrikations-Anstalten ausgeübt hat. In Frankreich, wo der Schnupftabak mehr als ein Drittheil und, wenn von dem *tabac de cantine* abgesehen wird, beinahe die Hälfte der gesammten Produktion bildet, hat sich die Zahl der Fabriken seit Einführung des Monopols nicht geändert; in den nämlichen zehn Fabriken, in welchen vor vierzig Jahren 200,000 Ztr. fabrizirt wurden, werden jetzt 460,000 Ztr. fabrizirt ¹⁾. In Oesterreich dagegen, wo der Schnupftabak nur etwa den neunten Theil der Fabrikation ausmacht, ist die Anzahl der Anstalten von neun im Jahre 1845 auf vierundzwanzig im Jahre 1854 gestiegen und wird in nächster Zeit noch um drei zunehmen ²⁾. Das in diesen Anstalten angelegte Kapital ist immer-

¹⁾ Die Fabriken befinden sich in Paris, Strassbourg, Lille, Havre, Morlaix (Dépt. Finistère), Bordeaux, Tonneins (Dépt. Lot et Garonne), Toulouse, Lyon und Marseille. In der Fabrik zu Marseille sind von jeher ausschliesslich Cigarren verfertigt; in allen übrigen Fabriken werden die *tabacs ordinaires* und die *tabacs supérieurs à fumer* fabrizirt. Die Fabrikation der *tabacs supérieurs à priser* ist auf die Pariser Manufaktur, diejenige des Rauch- und Schnupftabaks in Karotten auf die Fabriken in Morlaix und Tonneins, die Darstellung der *tabacs de cantine* auf die Etablissements in Strassbourg und Lille beschränkt. Mit den *tabacs ordinaires* haben zu versorgen: die Manufaktur zu Paris 17, die zu Strassbourg 8, die zu Lille 7, die zu Havre 5, die zu Morlaix 5, die zu Bordeaux 7, die zu Tonneins 6, die zu Toulouse 13, die zu Lyon 17 Departements. Hinsichtlich der *tabacs supérieurs* findet eine Abgrenzung der Debitskreise nicht statt. Vergl. Enquête, p. 295. Es werden jetzt zwei neue Fabriken, in Nantes und Châteauroux, angelegt.

²⁾ Die im Jahre 1845 vorhandenen Fabriken befanden sich in Hainburg (Nieder-Oesterreich), Fürstenfeld (Steiermark), Trient — Sacco — und Schwatz (Tirol), Sedlec (Böhmen), Göding (Mähren), Winniki (Galizien), Venedig und Mailand. Bis zum Anfang des Jahres 1854 waren hinzugekommen die Fabriken: in Wien drei, in Stein (Nieder-Oesterreich), in Linz (Ober-Oesterreich), in Iglau (Mähren), in Monasterziska und Jagielnica (Galizien), in Pest zwei, in Presburg und Kaschau (Ungarn), in Temesvár (Wojwodschaft), in Fiume (Kroatien) und in Klausenburg (Siebenbürgen). In der Anlage sind begriffen die Fabriken in Joachimsthal (Böhmen), in Debreczin (Ungarn) und in Varasdin (Kroatien). In zehn von diesen Fabriken werden Schnupftabak, Rauchtabak und Cigarren, in sechs nur Rauchtabak und Cigarren, in zweien nur Schnupftabak und Cigarren, in sechs ausschliesslich Cigarren fabrizirt. Die bedeutendsten Fabriken sind die alten Etablissements in Hainburg (118,000 Ztr.), in Sedlec (93,000 Ztr.), in Winniki (61,000 Ztr.)

hin nicht unbeträchtlich. Bei den zehn Französischen Fabriken betrug im Jahre 1855 der Buchwerth der Gebäude, Mobilien, Maschinen, Geräthschaften u. s. w. über $3\frac{3}{4}$ Millionen Thaler; ausserdem wurde jährlich noch eine ansehnliche Summe als Miethspreis für Nebenräume gezahlt. Bei der Wahl der Standorte für die Fabriken muss zur Beschränkung der Ausgaben für den Transport der Fabrikate nach den Debitsstellen ¹⁾ auf eine möglichst gleichmässige Vertheilung über das gesammte Gebiet Bedacht genommen werden. Aus derselben Rücksicht ist es nöthig, jeder Fabrik einen geographisch abgegrenzten Debits-Bezirk zuzuweisen, dessen Versorgung, wenigstens mit ordinären Fabrikaten, ihr ausschliesslich übertragen wird.

Bei der Einrichtung des Debits, des dritten in dem Monopol begriffenen Gewerbes, kommt es im Grunde auf Entscheidung einer einzigen Frage an, der Frage nämlich, ob der Debit ausschliesslich durch Verkäufer, welche dazu von der Verwaltung auf Widerruf angestellt werden, oder ob er durch einen Jeden soll ausgeübt werden können, der seine Unbescholtenheit und Zahlungsfähigkeit nachweist.

Die Wahl der zweiten Alternative hat auf den ersten Blick gewichtige Gründe für sich. Die Verwaltung soll und darf mit ihren Eingriffen in die Freiheit des Verkehrs nicht einen Schritt weiter gehen, als die Lösung der ihr gestellten Aufgabe, die Beschaffung einer grossen Einnahme vom Tabakverbrauch, dies nothwendig erfordert. Die Lösung dieser Aufgabe scheint aber sehr wohl zulässig zu sein, ohne dass der Debit der Tabakfabrikate aus der Reihe der freien Gewerbe völlig ausscheidet. Denn wenn die Verwaltung die Verfertigung von Tabakfabrikaten im Inlande ausserhalb ihrer eigenen Fabriken unmöglich gemacht und die Einschwärzung von Tabakfabrikaten aus dem Auslande in enge Grenzen beschränkt hat, wenn es also in hohem Grade schwierig und ohne Aufsehen kaum ausführbar ist, Fabrikate, welche nicht aus den Anstalten der Verwaltung herkommen, in irgend namhafter Menge zu beschaffen und feilzuhalten, so ist in der That eine ernsthafte Gefahr kaum dabei zu erkennen, wenn der Debit, nicht Jedermann ohne Unterschied, wohl aber einem jeden

und in Göding (58,000 Ztr.), so wie die neue Fabrik in Franzstadt-Pest (74,000 Ztr.). Es lieferten diese fünf Anstalten etwa 58 pCt. der gesammten Production des Jahres 1856.

¹⁾ Der Französischen Verwaltung kostete der Transport der Fabrikate aus den Fabriken nach den Niederlagen im Durchschnitte der letzten fünf Jahre 10 Sgr. pro Zentner.

Handeltreibenden gestattet wird, dessen Persönlichkeit Garantie dafür darbietet, dass er sein Gewerbe nicht zum Deckmantel des Schleichhandels missbrauchen wird und welcher im Stande ist, die zur Sicherung des pekuniären Interesses der Verwaltung erforderliche Kautions zu bestellen. Wird ein solcher Handeltreibender verpflichtet, über seine Bezüge und Versendungen von Tabakfabrikaten, nach bestimmten Formen, Buch zu führen und wird der Verwaltung das Recht beigelegt, dieses Buch jederzeit einzusehen und dessen Uebereinstimmung mit ihren eigenen Büchern und mit den bei dem Händler vorhandenen Vorräthen festzustellen, so scheinen alle im Interesse der Verwaltung zu nehmenden Rücksichten vollständig gewahrt zu sein.

Diesen Gründen stehen indessen andere gegenüber, welche in Frankreich dahin geführt haben, der ersten Alternative den Vorzug zu geben. Der Tabakverkäufer erhält die Fabrikate zu einem festen Preise und hat dieselben zu einem festen Preise zu verkaufen; die Differenz beider Preise bildet seinen Gewinn. Die Versuchung liegt nahe, diesen Gewinn durch Anwendung unredlicher Mittel zu vermehren, und sie nimmt zu in dem Maasse, als die Anzahl der Konkurrenten grösser, mithin der Umfang des eigenen Absatzes für den einzelnen Händler kleiner wird. Enthält sich der Händler selbst jeder Unredlichkeit, so ist er darum seines Ladenpersonals noch nicht sicher. Die Wege zu einem unerlaubten Gewinn liegen nicht fern: man kann den Tabak anfeuchten oder mit fremdartigen Substanzen vermischen, um sein Gewicht zu erhöhen, man kann nach unrichtigem Gewichte oder geringere Qualitäten an Stelle der besseren verkaufen, man kann eingeschwärzten Tabak feilhalten. Aehnliches kann freilich bei dem Verkauf einer jeden anderen Waare vorkommen, bei keiner anderen Waare hat aber die Verwaltung die Pflicht, dafür zu sorgen, dass jeder Käufer gegen Zahlung des gleichen Preises überall gleiche Waare erhalte, und bei keiner anderen Waare bietet der Verkauf eingeschwärzten Gutes gleiche Vortheile dar. Muss deshalb die Verwaltung mit Strenge darauf halten, dass der Tabak nicht angefeuchtet oder vermischt, dass richtig gewogen, dass nicht eine geringere an Stelle der besseren Sorte verkauft, dass kein eingeschwärztes Fabrikat in den Handel gebracht wird, muss sie selbst darauf bedacht sein, dass die Güte des Tabaks nicht durch die Einwirkung der Luft oder durch die Nachbarschaft stark riechender Gegenstände leidet, so ist eine fortdauernde Ueberwachung der Verkäufer unerlässlich. Die Kosten dieser Ueberwachung würden bei freiem

Tabakverkaufe erheblich grösser sein, als bei dem Verkaufe durch bestellte Verkäufer, da in letzterem Falle die Anzahl der Verkaufsstellen weit geringer sein wird, als im ersteren. Dieser Nachtheil wäre vielleicht nicht allzu hoch anzuschlagen; entscheidend ist dagegen, dass ein Handeltreibender, auch wenn er einer Konzession bedarf, rechtlich und thatsächlich der Verwaltung ganz anders gegenüber steht, als ein angestellter Verkäufer. Der letztere ist von der Verwaltung vollkommen abhängig; er muss sich jede Revision gefallen lassen; er verliert, sobald die Verwaltung einen begründeten Verdacht gegen ihn hegt, durch ihre alleinige Entscheidung seine Stelle, und mit der Stelle in der Regel seine ganze bürgerliche Existenz; er hat nicht einmal die öffentliche Meinung auf seiner Seite, die für einen Beamten, welcher das Publikum und seine Behörde zugleich hintergeht, selten eingenommen ist. Dem Handeltreibenden gegenüber muss sich die Verwaltung auf das Gesetz berufen können; er kann nur durch den Richter bestraft werden; die Entziehung der Konzession setzt ein Verfahren voraus, bei welchem, wenn es auch auf administrativem Wege erfolgt, die Monopol-Verwaltung gar nicht oder doch nicht allein zu entscheiden hat; Revisionen seiner Läger und Gewerbsräume tragen den Charakter gehässiger Inquisition; im schlimmsten Falle ist durch Entziehung des Debits seine bürgerliche Existenz nicht bedroht, und als Gewerbtreibender, welcher der Fiskalität zum Opfer dienen soll, hat er die öffentliche Meinung für sich.

Mit Recht hat daher die Französische Verwaltung in der unbedingten Abhängigkeit der Verkäufer die einzige vollkommen wirksame Gewähr gegen Missbräuche beim Debit gefunden und aus diesem Grunde, gleich bei der Einführung des Monopols, die Befugniss zum Tabakverkauf auf die von ihr dazu bestellten Personen beschränkt. Dieselben müssen ihr Geschäft persönlich, für eigene Rechnung und an dem ihnen angewiesenen Orte ausüben, sie erhalten eine Bestallung, in welcher die ihnen obliegenden Verpflichtungen genau bezeichnet sind; die Verletzung einer dieser Verpflichtungen hat, neben der etwa eintretenden Strafe, ihre Entlassung zur Folge. Die Erfahrung hat diese Einrichtung vollständig bewährt; sie ist vielleicht das einzige Stück in dem System des Monopols, dessen Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit man niemals in Frankreich angefochten hat. Dass sie der Regierung ein Mittel darbietet, um Dienste zu belohnen, welche einen Anspruch auf Pension oder sonstige Vortheile nicht begründen, insbesondere

den Wittwen von Beamten und Soldaten zu Hülfe zu kommen, ist ein zufälliger aber recht erwünschter Gewinn.¹⁾

Die übrigen Einrichtungen des Debits bieten keine besonderen Schwierigkeiten dar. Da die Vorstände der wenig zahlreichen Fabriken in unmittelbaren Verkehr mit den zahlreichen Detailverkäufern nicht würden treten können, ohne ihre Geschäfte durch fortwährende Versendungen kleiner Mengen und ihre Buchführung durch die Anlegung von Tausenden einzelner Konten in nachtheiliger Weise zu erschweren und zu verwickeln, ist es nöthig, die Debitsbezirke der Fabriken in Kreise einzutheilen und für jeden dieser Kreise einen Zwischenverkäufer anzustellen, an welchen die Fabrik den Tabak in grösseren Mengen versendet und von welchem die Detailverkäufer den Tabak in kleinen Mengen beziehen, welcher also einerseits mit dem Vorstände der Fabrik, andererseits mit den einzelnen Detaillisten abrechnet. Ein solcher Zwischenverkäufer ist in Frankreich, unter dem Namen Entrepouseur, Niederlagsvorsteher, für jedes Arrondissement, und zwar in der Regel in der Person des Einnehmers der indirekten Steuern des Arrondissements, angestellt; nur in Paris ist der Vorstand der Manufaktur zugleich der Niederlagsvorsteher. An das Publikum haben diese Vorsteher nicht zu verkaufen²⁾.

Die Detailverkäufer werden nach dem Bedürfniss des Verkehrs bestellt, — es ist jetzt etwa ein Verkäufer auf je tausend Einwohner vorhanden, — sie dürfen ihren Bedarf nur aus der Niederlage ihres Arrondissements beziehen. Die Verwaltung versendet ihre Fabrikate auf ihre Kosten nach den Niederlagen; es ist diese Ausgabe die letzte, welche sie zu tragen hat, denn von hier an werden die Kosten des Debits durch die Differenz zwischen dem Fabrikpreise und dem Verkaufspreise bestritten. Durch diese Kosten wird der Fabrikpreis um durchschnittlich etwas mehr als $11\frac{1}{3}$ pCt. erhöht oder

¹⁾ Décret relatif à la direction et surveillance des achats, fabrication et vente des tabacs, du 12 janvier 1811, art. 34—48; loi du 28 avril 1816, §. 227; loi sur les finances du 25 mars 1817, art. 125; loi sur le budget des dépenses, du 10 août 1839, art. 9. Enquête, p. 313, 316 sq. Bis zum Jahre 1840 hatten die Detail-Verkäufer Kautions zu bestellen, welche nach Verhältniss der Bevölkerung des Verkaufsbezirks von 50 Frs. bis 1500 Frs. stieg. Da sie von der Verwaltung keinen Kredit erhalten, wurde die Kautionsbestellung erlassen.

²⁾ Eine Ausnahme findet in Betreff der Karotten für Schnupftabak statt, welche nicht von den Detail-Verkäufern, sondern nur von den Niederlags-Vorstehern an das Publikum verkauft werden dürfen. Es wird indessen diese Tabaksorte jetzt fast gar nicht mehr verlangt.

mit anderen Worten, wenn der Verbraucher für 1 Fr. Tabakfabrikate kauft, so erhält davon der Verkäufer $10\frac{1}{5}$ Centimes, die Verwaltung $89\frac{4}{5}$ Centimes¹⁾. Die durchschnittliche Brutto-Einnahme jedes Detailverkäufers beträgt etwa 400 Frs.

Es ist hier schliesslich noch einiger Einrichtungen zu erwähnen, zu deren Besprechung sich bisher keine geeignete Stelle darbot, nämlich der Einfuhr ausländischer Tabakfabrikate für Rechnung der Verwaltung und für Rechnung der Verbraucher, der Begünstigung einzelner Verbraucher beim Debit inländischer Fabrikate, endlich der Ausfuhr inländischer Fabrikate und Blätter.

Die unbestreitbare Ueberlegenheit gewisser ausländischer Tabakfabrikate, namentlich der in den Antillen und Philippinen verfertigten Cigarren, über alle inländischen Nachahmungen und die Rücksicht, auf welche der Geschmack wohlhabender Verbraucher einen billigen Anspruch hat, haben in Frankreich, wie in Oesterreich, die Verwaltung veranlasst, dergleichen vorzügliche ausländische Fabrikate nicht nur, wie bereits früher beiläufig erwähnt wurde, für ihre eigene Rechnung zu beziehen und zu debitiren, sondern auch, unter gewissen Bedingungen, dann zuzulassen, wenn dieselben von Konsumenten bezogen werden. Für ihre eigene Rechnung hat die Verwaltung in Frankreich im Durchschnitt der fünf Jahre 1850—1854 3871 Ztr., in Oesterreich im Durchschnitt der sechs Jahre 1851—1856 802 Ztr. importirte Cigarren jährlich verkaufen lassen; die Oesterreichische Verwaltung bezieht und debitirt ausserdem noch, jedoch in geringen Mengen, Pariser Rapé und Bahia, sowie Varinaskanaster in Rollen. In beiden Ländern wird Privatpersonen die Einfuhr von Tabakfabrikaten, jedoch nicht zum Handel, sondern nur für ihren eigenen Verbrauch, gegen Entrichtung hoher Abgaben gestattet. Durch die Höhe der Abgabe, sowie durch sonstige Beschränkungen — in Frankreich werden nicht über 10 Kil. für die Person eingelassen, in Oesterreich bedarf es einer besonderen Einfuhr-Genehmigung — ist dafür gesorgt, dass diese Vergünstigung nicht im Uebermaasse benutzt wird²⁾.

¹⁾ Der Betrag der Differenz zwischen dem Fabrik- und dem Verkaufspreise, also die Höhe des Gewinnes der Detail-Verkäufer, ist wiederholt verändert worden. Das Nähere hierüber ergiebt die Anlage I.

²⁾ In Frankreich beträgt die Abgabe für alle Tabakfabrikate mit Ausnahme der Cigarren, 10 Frs. pro Kilogramm; die Einfuhr ist völlig unbedeutend. Für Cigarren sind 24 Frs. vom Kilogramm zu entrichten; die Einfuhr betrug im Durchschnitt von 1855 und 1856 jährlich 543 Ztr. In Oesterreich

In Oesterreich wird schon seit langer Zeit ordinärer Schnupftabak an die mit der Krankenpflege beschäftigten Klostergeistlichen und die Bettelmönche, und ordinärer geschnittener Rauchtabak an die gemeine Militairmannschaft zu ermässigten Preisen verkauft. Eine gleiche Begünstigung, welche die Bergleute genossen, ist vor Kurzem aufgehoben. In Frankreich bestanden ähnliche Begünstigungen nicht; erst seit einiger Zeit wird an das Militair und die Marine ordinärer Tabak — *tabac de troupe* — zu dem Preise von $1\frac{1}{2}$ Frs. für das Kilogramm abgelassen ¹⁾. Es ist dieser Preis relativ so mässig, dass es, wenn die Qualität des Tabaks nicht ausserordentlich schlecht ist, sehr schwer sein wird, Missbräuche dieser Bewilligung zu verhüten.

Die Ausfuhr ihrer Fabrikate nach dem Auslande kann die Verwaltung weder als ihre Aufgabe, noch als einen erheblichen Gewinn ansehen. Eine solche Ausfuhr wird überall erst dadurch möglich, dass bei dem Verkauf nach dem Auslande derjenige Theil des Preises, welcher die Verbrauchsabgabe repräsentirt, ganz oder zum Theil erlassen wird, und bei einem solchen Erlasse muss mit grosser Vorsicht verfahren werden, da sich kein Tabak zum Schleichhandel mehr eignet, als das eigene Erzeugniss der Verwaltung. Die Französische Verwaltung erlässt deshalb bei dem Verkaufe nach dem Auslande höchstens 40 pCt. des Preises, also höchstens etwa die Hälfte der Verbrauchsabgabe, und hat deshalb auch nur eine Ausfuhr von jährlich etwa 800 Ztr. Die Ausfuhr von Fabrikaten der Oesterreichischen Verwaltung nach dem Auslande ist ohne alle Bedeutung.

Sehr viel wichtiger ist die Ausfuhr inländischer Blätter schon deshalb, weil hierbei das Interesse des Monopols mit dem Interesse der Landeskultur in entschiedenem Konflikt geräth. Es leuchtet ein, dass die Verwaltung bei der Ueberwachung der inländischen Tabakkultur zwischen dem für ihre Magazine und dem für das Ausland bestimmten Gewächs keinen Unterschied machen kann, dass sie also den Pflanze, welcher Tabak für die Ausfuhr baut, und die Pflanzungen, deren Ertrag nach dem Auslande gehen soll, bis zu dem Augenblicke, wo ihr die Ernte zur Ausgangs-Abfertigung vorgeführt

ist für Tabakfabrikate ohne Unterschied ein Zoll von 25 Fl. pro Zollzentner und eine Lizenzgebühr von $2\frac{1}{2}$ Fl. pro Wiener Pfund, zusammen also etwa $2\frac{1}{2}$ Fl. pro Zollpfund zu entrichten; die Einfuhr betrug im Durchschnitt von 1853 und 1854 422 Ztr.

¹⁾ Dekrete vom 29. Juni und 10. August 1853.

wird, den nämlichen Kontrollen unterwerfen muss, welchen alle anderen Pflanzer und Pflanzungen unterliegen. Nicht minder leuchtet ein, dass der Pflanzer einen Ersatz für die mit dieser Ueberwachung verbundenen Unannehmlichkeiten, Verantwortlichkeiten und Kosten in dem Preise der Waare suchen muss. Da nun die Tabakpreise auf den freien Märkten durch das Angebot und die Nachfrage nach solchen Tabaken regulirt werden, deren Produzenten sich den Werth derartiger Unannehmlichkeiten, Verantwortlichkeiten und Kosten nicht zu berechnen haben, so leuchtet ferner ein, dass diese Preise den Pflanzern im Monopolgebiete einen geringeren Gewinn übrig lassen, als den Pflanzern in monopolfreien Ländern und dass, da der Gewinn der letzteren in der Regel nur ein mässiger sein wird, ein dauernder und lohnender Absatz für die ersteren nur auf den besonderen Eigenschaften der Blätter oder auf einer, für den Absatz besonders günstigen Lage beruhen kann. Die Aussicht auf einen lohnenden Absatz wird für den Pflanzer noch geringer, wenn er, sobald er einmal die Erlaubniss zum Anbau für die Ausfuhr erhalten hat, seine Ernte auch nothwendig zur Ausfuhr bringen muss, wenn ihm also die Wahl zwischen dem inländischen und ausländischen Markte verschlossen ist.

Es ist deshalb in Frankreich, wo diese Wahl nicht stattfindet, die Ausfuhr von Tabakblättern nicht beträchtlich — etwa 20,000 Ztr. im Jahre, — im Ganzen stationär¹⁾ und fast ausschliesslich auf einen Kulturbezirk, das Departement du Bas-Rhin, beschränkt. In diesem Bezirk hat sich der schon von Alters her vorhandene Absatz an die gegenüber liegenden Badischen und Bayerischen Fabriken auch unter der Herrschaft des Monopols erhalten, und zwar wesentlich zugleich dadurch, dass die Verwaltung die Ausfuhr der für sie selbst bestimmten, aber für ihre Fabrikation nicht brauchbaren Blätter hier ausnahmsweise gestattet²⁾. In Oesterreich findet aus Galizien, Tirol und Venedig gar keine Ausfuhr statt; die Einrichtungen, welche in Ungarn zur Erhaltung der Ausfuhr

¹⁾ Die Ausfuhr betrug in den letzten zehn Jahren, und zwar:

im Jahre 1847	1,025,125 Kil.	im Jahre 1852	938,360 Kil.
„ 1848	1,128,558 „	„ 1853	1,634,892 „
„ 1849	917,337 „	„ 1854	839,138 „
„ 1850	922,325 „	„ 1855	588,985 „
„ 1851	1,342,528 „	„ 1856	1,072,216 „
im zehnjährigen Durchschnitt		1,040,946 Kil.	

²⁾ Die Menge dieser Blätter betrug früherhin durchschnittlich 5000 bis 6000 Zentner im Jahre. Vergl. Enquête, p. 249.

durch Zulassung des Tabakhandels getroffen sind, haben bereits oben ihre Erwähnung gefunden. Ob sie den erwünschten Erfolg haben werden, kann erst eine weitere Erfahrung lehren¹⁾).

Das Ergebniss der bisherigen Betrachtung lässt sich in wenige Sätze zusammenfassen. Das Monopol soll die Mittel zur Bestreitung eines namhaften Theils der Staats-Ausgaben durch die Besteuerung des Tabakverbrauchs beschaffen. Das Maass dieser Besteuerung wird durch den finanziellen Bedarf des Staats und durch die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes bestimmt; der Ertrag der Besteuerung wird durch den Umfang des Absatzes und durch die Kosten der Herstellung des besteuerten Gegenstandes bedingt. Aufgabe der Verwaltung ist es, den Umfang des Absatzes möglichst zu erweitern und die Kosten der Herstellung möglichst zu vermindern. Der Umfang des Absatzes ist zunächst von der Güte der Waare, die Güte der Waare ist hauptsächlich von der Beschaffenheit des Rohmaterials abhängig; dieser Gesichtspunkt entscheidet darüber, welchen Theil ihres Bedarfs an rohen Tabakblättern die Verwaltung aus dem Auslande und welchen Theil sie aus dem Inlande zu beziehen, sowie darüber, welchen Theil ihres Bedarfs an inländischen Blättern sie aus jedem der inländischen Kulturbezirke zu entnehmen hat. Sie bestimmt deshalb, wie viel inländischer Tabak überhaupt und wie viel von jeder Art und in jedem Bezirke für den inländischen Verbrauch gebaut werden darf. Der Umfang des Absatzes ist ferner davon abhängig, dass unbesteueter Tabak weder in Form von Blättern, noch in Form von Fabrikaten in die Hände der Verbraucher gelangt. Inländische Blätter können nur dadurch dem anderweiten Verbräuche fern gehalten werden, dass die Verwaltung alle davon vorhandenen Vorräthe

¹⁾ Die ihrem Umfange nach vielfach überschätzte Ausfuhr Ungarischer Blätter betrug in den acht Jahren 1841—1847 und 1850 — für die Revolutions-Jahre 1848 und 1849 fehlen die Anschreibungen — und zwar:

im Jahre 1841	72,832 W. Ztr.	im Jahre 1845	55,571 W. Ztr.
„ 1842	76,111 „	„ 1846	77,447 „
„ 1843	83,458 „	„ 1847	56,402 „
„ 1844	54,423 „	„ 1850	79,914 „

im achtjährigen Durchschnitt: 69,520 W. Ztr. oder 77,864 Zollzentner Im Jahre 1851, dem Jahre, in dessen Laufe das Monopol eingeführt wurde, stieg die Ausfuhr auf 190,690 W. Ztr. oder 213,576 Zollztr.; im folgenden Jahre fiel sie auf 75,487, im Jahre 1853 auf 28,664 und im Jahre 1854 auf 24,669 Ztr. Für das Jahr 1855 fehlen zuverlässige Angaben; im Jahre 1856 betrug die Ausfuhr 29,298 Ztr.

kennt und unter ihrer Kontrolle hat; sie bestimmt deshalb die Personen, von welchen und die Grundstücke, auf welchen Tabak gebaut werden darf, überwacht die Pflanzter, die Pflanzungen und die Ernten von dem Beginn der Entwicklung der Pflanzen an bis zur Ablieferung der getrockneten Blätter, beschränkt den Anbau des Tabaks auf wenige zusammenhängende Bezirke und unterwirft den Transport des Rohtabaks ihrer Kontrolle. Ausländische Fabrikate sind nur dann vom Verbräuche fern zu halten, wenn die Mittel verstärkt werden, welche die Grenzbewachung gegen Einschwäzungen vom Auslande darbietet; die Verwaltung beschränkt sich deshalb bei ihrer Fabrikation auf die Darstellung weniger Sorten, verkauft in den gefährdeten Grenzbezirken ihre Fabrikate zu ermässigten Preisen und überwacht alle Transporte fabrizirter Tabake. Die Kosten der Herstellung sind abhängig von den Preisen des Rohmaterials und dem Fabrikations-Aufwande. Wohlfeile Preise für ihren Bedarf an ausländischen Blättern erreicht die Verwaltung im Wege der Submission auf grosse Quantitäten, wohlfeile Preise für ihren Bedarf an inländischen Blättern erreicht sie dadurch, dass sie selbst die Preise in richtiger Höhe und Abstufung im Voraus bestimmt und die gelieferten Blätter mit Gewissenhaftigkeit nach den bestimmten Preisen einschätzen lässt. Der Fabrikations-Aufwand wird durch möglichste Konzentrirung der Fabriken beschränkt. Bei allen ihren Einrichtungen darf endlich die Verwaltung nicht vergessen, dass sie durch den Verkauf ihrer Fabrikate eine hohe Steuer erhebt, sie muss deshalb, soweit nicht die Rücksicht auf den Schleichhandel eine Ausnahme erheischt, überall zu gleichen Preisen und Waaren von gleicher Güte verkaufen lassen, sie muss bei Bestimmung der Sorten und der Preise darauf Bedacht nehmen, dass auch geringe Mengen dem unbemittelten Verbraucher ohne Preisaufschlag zugänglich sind und sie muss in der unbedingten Abhängigkeit der Verkäufer die Garantie gegen Uebervortheilungen des Publikums suchen.

In diesem Systeme ist nichts Zufälliges. Jeder Theil folgt unmittelbar aus dem Zweck des Ganzen; er bedingt jeden anderen Theil, wie er wieder von jedem anderen Theile bedingt wird. Der Konsequenz des Systems muss aber auch die Konsequenz der Ausführung entsprechen. Wenn die Anordnungen, welche erforderlich sind, um die allgemeinen Gesichtspunkte auf die konkreten Verhältnisse anzuwenden, nicht bis in ihre kleinsten Einzeinheiten ausschliesslich die Erreichung des Zwecks vor Augen haben, wenn die Organe, welchen die Handhabung

der getroffenen Anordnungen übertragen ist, nicht mit gewissenhaftem und energischem Zusammenwirken ihre Aufgabe erfüllen, wenn also die Verwaltung nicht in eine einzige kräftige Hand gelegt ist, welche, unbeirrt durch Nebenrücksichten irgend einer Art, den Verhältnissen und den Personen gegenüber, den leitenden Gedanken zur Geltung zu bringen im Stande ist, wird weder eine hohe Einnahme, noch eine gerechte Vertheilung der, dieser Einnahme entsprechenden Steuerlast zu erreichen sein. Es ist, wie ein bekannter Französischer Staatswirth mit Recht bemerkt, eine Täuschung, wenn man glaubt, dass es eben nur hoher Abgaben vom Tabak bedürfe, um hohe Einnahmen zu erzielen; ohne eine kräftig organisirte Verwaltung, ohne eine Centralisation, welche die geringfügigsten Verfügungen und die untergeordnetsten Maassregeln mit den leitenden Gesichtspunkten im Einklange erhält, wird man zu befriedigenden Resultaten niemals gelangen¹⁾. Wie sehr man die Erreichung des Zwecks gefährdet, wenn man die Ausführung dieser Gesichtspunkte von bestimmten Normen abhängig machen will, statt sie der, durch Rücksichten der Zweckmässigkeit geleiteten Entscheidung der Verwaltung zu überlassen, ist schon oben an einigen in Frankreich gemachten Erfahrungen gezeigt. Es ist hiermit ein gewichtiges Motiv für eine kräftig centralisirte Verwaltung, zugleich aber auch ein unverkennbarer Uebelstand des ganzen Systems bezeichnet. Verwaltungs-Akte, welche nicht an bestimmte Normen gebunden sind, tragen, so zweckmässig und in sich konsequent sie auch sein mögen, den Betheiligten gegenüber den Charakter der Willkür. Man mag dies bedauern, ändern kann man es nicht; die Willkür ist einmal die unzertrennliche Begleiterin des Monopols²⁾.

Dies ist die Einrichtung, deren Verpflanzung auf das Gebiet des Zollvereins zur Erwägung steht. Es fragt sich, ob der Zollverein der geeignete Boden dafür sein werde. *n. 25.*

¹⁾ Ce fait singulier, qu'une industrie tout-à-fait spéciale, destinée à satisfaire un besoin mensonger, fait entrer dans les coffres de l'état le vingtième des recettes annuelles, tous frais payés, ne provient pas seulement de ce qu'un impôt considérable pèse sur le tabac. Sans la puissante constitution que la régie a reçue lors de son organisation primitive, sans la centralisation qui fait concorder les moindres décisions et les mesures les plus secondaires avec le but essentiel de son existence, la régie n'aurait certes pas doublé ses bénéfices réels dans l'espace de vingt-cinq ans. Barral, du monopole des tabacs. *Revue des deux mondes*, nouv. série, II., p. 211.

²⁾ „Il est des inconvéniens qui ressortent de la nature des choses; le monopole en a de graves; l'arbitraire en est inséparable.“ Discours de M. Humann, ministre des finances; Chambre des Pairs, séance du 9 février 1835.

Aus welchen Gesichtspunkten die Beantwortung dieser Frage herzuleiten sei, ist bereits im Eingange angedeutet worden. Es kommt nicht darauf an, zu erörtern, ob jede einzelne Vereins-Regierung die Besteuerung des Tabakverbrauchs in Form des Monopols ihren allgemeinen staatswirthschaftlichen Grundsätzen für entsprechend und ihren besonderen, finanziellen und volkswirthschaftlichen Interessen für zusagend erachten werde — die Bejahung beider Fragen wird vorausgesetzt — sondern es handelt sich darum, zu untersuchen, ob diese Form bei den im Zollverein bestehenden Verhältnissen für ausführbar, mit anderen Worten, ob sie mit dem Wesen des Zollvereins, wie solches durch dessen Grundverträge bezeichnet und im Laufe von fast drittheil Dezenen weiter entwickelt ist, für vereinbar zu halten sei.

Zu diesem Zwecke wird zunächst versucht werden müssen, über die Stellung, welche die Besteuerung des Tabakverbrauchs im Staatshaushalte der Zollvereins-Staaten einnehmen, also über die finanzielle Aufgabe, welche das Monopol im Zollverein erfüllen soll, ins Klare zu kommen. Der Inhalt dieser Aufgabe kann freilich erst durch einen Beschluss der Vereins-Regierungen endgültig bestimmt werden, es fehlt indessen nicht an Momenten, welche es gestatten, ihn ohne allzu gewagte Vermuthungen, schon jetzt annähernd zu bestimmen. Die Besteuerung des Tabakverbrauchs soll eine Haupt-Einnahmequelle für die Staatskassen werden, also eine beträchtliche Mehreinnahme gewähren. Die Mehreinnahme bildet sich erst, wenn von dem Ertrage der neuen Steuer die mit Einführung derselben verbundenen Einnahme-Ausfälle und Mehrausgaben in Abzug gebracht sind. Ein Einnahme-Ausfall entsteht bei den Zollrevenue und, für die nördlichen Vereinsstaaten, bei den inneren Steuern und den Uebergangs-Abgaben mit rund 2 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung¹⁾. Eine Mehrausgabe entsteht bei der Zollverwaltung durch die Nothwendigkeit einer Verstärkung des Grenzschatzes auf einer Grenzlänge von etwa 323 Meilen²⁾. Eine Mehrausgabe entsteht ferner durch die Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals der Monopolverwaltung, einschliesslich des zur Entschädigung der Tabakfabrikanten erforderlichen Kapitals³⁾. Der Betrag dieser Mehrausgaben lässt sich

¹⁾ Vergl. oben S. 15.

²⁾ Vergl. unten S. 93.

³⁾ Vergl. unten S. 106. Zur Verzinsung des daselbst berechneten Anlage- und Betriebs-Kapitals zu 5 pCt. würden 1,400,000 Thlr. oder etwa 1 Sgr. 4 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung erforderlich sein.

mit Sicherheit nicht angeben, er wird indessen mit $1\frac{1}{2}$ bis 2 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung schwerlich überschätzt sein. Der Ertrag der neuen Abgabe gewährt also erst insoweit eine Mehreinnahme, als er den Satz von $3\frac{1}{2}$ bis 4 Sgr. auf den Kopf übersteigt, und er muss daher erheblich höher sein, als dieser Satz. Noch eine andere Rücksicht macht dies nothwendig. Die Darstellung der in Frankreich und Oesterreich bestehenden Einrichtungen wird die Ueberzeugung gewährt haben, dass die Einführung des Monopols für das Land keine Kleinigkeit ist; die damit verbundenen Opfer können nur durch einen grossen Gewinn gerechtfertigt werden. Auf der anderen Seite wird man die Forderungen nicht zu hoch spannen dürfen. Die Einrichtung, um welche es sich handelt, ist völlig neu und bei der grossen Menge der Bevölkerung gewiss nicht populär. Sie schneidet scharf in bestehende Lebensgewohnheiten ein, und zwar um so schärfer, je höher die Abgabe gegriffen wird. Genau in dem nämlichen Verhältniss reizt sie zu Umgehungen. Die Rücksicht auf den Schutz einer langen Grenzstrecke macht es rathsam, nicht über den Ertrag des Oesterreichischen Monopols hinauszugehen. Alle diese Momente führen auf einen Ertrag von etwa 12 Sgr. vom Kopf der Bevölkerung. Dieser Ertrag entspricht ungefähr dem Ertrage in Oesterreich. Das Beispiel Oesterreichs beweist, dass er im Zollverein würde aufgebracht werden können. Er liesse eine Mehreinnahme von 8 bis $8\frac{1}{2}$ Sgr. auf den Kopf und eine solche Einnahme — für Preussen $4\frac{1}{2}$ bis 5 Millionen Thaler — hat bei den Anträgen auf Einführung des Monopols wohl auch meistens vorgeschwebt.

Ein Ertrag von 12 Sgr. auf den Kopf setzt eine Einnahme von etwa 13,000,000 Rthlrn. im gesammten Vereine voraus. Der Tabakverbrauch im gesammten Vereine wurde auf etwa eine Million Zentner berechnet; es wäre also, wenn dieser Verbrauch keine Verminderung erfahren würde, eine Abgabe von 13 Rthlrn. vom Zentner roher Blätter zu erheben. Es kann aber nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, dass der Verbrauch eine erhebliche Verminderung erfahren wird. Der Durchschnittspreis eines Zentners roher inländischer Blätter wurde bei den, von den Vereins-Regierungen angestellten Ermittlungen¹⁾, in Preussen auf etwa 6 Rthlr., in Bayern auf $6\frac{1}{2}$ Rthlr., in Baden auf etwa $7\frac{1}{3}$ Rthlr. angegeben; er steht gegenwärtig mindestens 50 pCt. höher²⁾, aber selbst die ge-

¹⁾ Vergl. oben S. 8.

²⁾ Die Preise der Ernte von 1856 betrugen: in dem Bezirke an der oberen Oder $5\frac{1}{2}$ bis 8 Thlr., in dem Bezirke an der Elbe für gute Waare 9 bis $9\frac{1}{2}$ Thlr., in der Pfalz $10\frac{1}{3}$ bis 23 Thlr. — 18 bis 24 Fl. — pro Zentner.

genwärtigen unerhört hohen Preise sind im Durchschnitt noch niedriger, als der Satz von 13 Rthlrn. Schon eine Abgabe von diesem Betrage würde also den Preis derjenigen Tabake, welche den grössten Theil des vereinsländischen Verbrauchs bilden, mehr als verdoppeln. Der Durchschnittspreis der, in den vier Jahren 1853—1856 in Bremen eingegangenen ausländischen Tabake betrug etwa $17\frac{1}{4}$ Rthlr., oder, mit Zurechnung des bestehenden Eingangszolles, $21\frac{1}{4}$ Rthlr. für den Zentner. Eine an Stelle dieses Eingangszolles tretende Abgabe von 13 Rthlrn. würde also den Preis derjenigen Tabake, welche den kleineren Theil des vereinsländischen Verbrauchs bilden, beinahe um die Hälfte erhöhen. Es würde aller Erfahrung widersprechen, wenn man annehmen wollte, dass solche Preis-Erhöhungen auf den Verbrauch einer, noch dazu nicht zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen gehörenden Waare ohne wesentlichen Einfluss bleiben sollten. Dieser Einfluss lässt sich dadurch nicht aufheben, dass, bei Vertheilung der Abgabe auf die einzelnen Fabrikate, die geringen Qualitäten nur mässig betroffen werden, denn eine solche Vertheilung würde, wie oben nachgewiesen worden¹⁾, den Zweck des Monopols vereiteln. Er wird im Gegentheile dadurch verstärkt, dass gerade die geringen Qualitäten noch eine weitere, von der Abgabe unabhängige Vertheuerung erfahren müssen, denn das Monopol, wenn es auch nicht theurerer fabrizirt, als das freie Gewerbe, kauft jedenfalls die inländischen Blätter theurerer ein, als das freie Gewerbe, und kann nicht, gleich dem letzteren, Surrogate benutzen. Der inländische Pflanze kann die Belästigung und die Verantwortlichkeit, welchen er durch das Monopol ausgesetzt wird, nicht umsonst übernehmen; er muss dafür in dem Preise der Blätter eine Entschädigung erhalten, welche er sich bei freiem Handel nicht zu berechnen braucht. Das freie Gewerbe vermeidet die Beschränkung, welche der Verbrauch ordinären Rauchtobaks in der beliebten Form der Cigarren durch den hohen Preisstand der Deckblätter erleiden müsste, indem es Blätter anderer Pflanzen zum Deckblatt verwendet; eine Staatsfabrikation darf zu solchen Mitteln nicht greifen²⁾. Ist aber eine wesentliche Verminderung des Ver-

¹⁾ Vergl. oben S. 52.

²⁾ Der Umfang, in welchem solche Surrogate, namentlich Runkelrüben- und Cichorienblätter, verwendet werden, ist zwar in Zahlen nicht zu schätzen, ist aber jedenfalls recht beträchtlich. So giebt z. B. der Jahresbericht der Kaufmanns-Aeltesten in Magdeburg die Einbringung solcher Blät-

brauchs vorauszusetzen, so reicht eine Abgabe von 13 Rthlrn. vom Zentner nicht aus, um das Einnahmesoll von 13,000,000 Rthlrn. zu ergeben, und wird ein höherer Abgabensatz gewählt, so wird der Einfluss der Abgabe auf die Verminderung des Verbrauchs wiederum verstärkt.

Es ist ungemein schwierig, den niedrigsten Abgabensatz, bei welchem auf die verlangte Einnahme zu rechnen ist, mit einiger Wahrscheinlichkeit zu bestimmen. So gewiss der Verbrauch einer Waare, auch wenn sie zu den beliebtesten Genussmitteln eines ansehnlichen Theiles der Bevölkerung gehört, in Folge einer (Vertheuerung um mehr als das Doppelte des bisherigen Preises) abnehmen wird, so gewiss wird er, auch wenn die Waare zu den entbehrlichen Genussmitteln gehört, in einem geringeren Verhältniss abnehmen, als der Preis gestiegen ist. Hiermit sind indessen nur die Grenzen bezeichnet, zwischen welchen die gesuchte Grösse liegen muss; die Stelle, an welcher sie liegt, wird sicherer durch eine Folgerung aus den Erfahrungen anderer Länder, als aus allgemeinen Anschauungen zu finden sein. In Oesterreich betrug im Durchschnitt der sechs Jahre 1851—1856 der gesammte Debit 606,943 W. Ztr., die reine Einnahme 20,822,577 Fl., also der Ertrag pr. W. Ztr. etwa 34,3 Fl. oder pr. Zollztr. etwa 21 Rthlr. Hierbei fand ein Verbrauch von 1,58 W. Pfd. oder 1,77 Zollpfund statt. In Frankreich betrug in den vier Jahren 1851 bis 1854 der durchschnittliche Selbstkostenpreis 140,46 Frs., der durchschnittliche Verkaufspreis 608,79 Frs., also der durchschnittliche Ertrag 468,33 Frs. pro 100 Kil. oder etwa 62 Rthlr. pro Zollzentner. Hierbei fand ein Verbrauch von etwa 0,580 Kil. oder 1,16 Zollpfund statt. In Grossbritannien betrug der Zoll durchschnittlich etwa 117 Rthlr. pro Zollzentner, und der Verbrauch etwa 0,95 Zollpfund. Mit Rücksicht auf das Verhältniss, welches zwischen diesen drei Ländern und dem Zollverein in Beziehung auf Steuerfähigkeit und Lebensgewohnheit der Bevölkerung obwaltet, sowie auf die Verschiedenheit des Einflusses, welchen eine althergebrachte und eine ganz neue Abgabe auf den Umfang des Verbrauchs ausübt, möchte für den Zollverein bei einer Abgabe von 20 Rthlrn. pro Zentner ein Verbrauch von 2 Pfd. wohl mit Wahrscheinlichkeit zu er-

ter auf den dasigen Platz in dem Jahre 1856 auf 25 bis 30,000 Ztr. an, von welchen ein Theil nach Hamburg weiterging (Preussisches Handels-Archiv 1857, II., S. 340). Die Verwendung solcher Blätter in den Pfälzer Fabriken ist vor Kurzem in der dasigen Lokalpresse lebhaft besprochen.

warten sein. Es würde sich dabei für den gesammten Verein ein Verbrauch von 650,000 Ztrn. und die erforderliche Einnahme von 13,000,000 Rthlrn. ergeben ¹⁾).

Das Monopol, welches diese Einnahme beschaffen soll, kann im Zollverein unter zwei verschiedenen Formen gedacht werden. Entweder als eine gemeinschaftliche Einrichtung und für gemeinschaftliche Rechnung des gesammten Vereins, oder, gleich dem Salzmonopol, als eine sämtlichen Vereinsstaaten gemeinsame Einrichtung, aber für ausschliessliche Rechnung jedes Vereinsstaates. Jede dieser beiden Formen erfordert eine besondere Betrachtung.

In der Regel hat man wohl die erste Form im Sinne. Sie entspricht der Vorstellung von einem gemeinsamen Zoll- und Handelssystem, dessen Ausführung der Zweck des Zollvereins ist; sie bewahrt der Einnahme von der Besteuerung des Tabakverbrauchs den Charakter der Gemeinschaftlichkeit, welchen diese Einnahme in der Hauptsache von jeher besessen hat; sie gestattet die Aufrechthaltung des freien Verkehrs mit Tabak im Innern des Vereins. Bevor ihre Ausführbarkeit geprüft wird, mögen einige thatsächliche Bemerkungen ihren Platz finden, nicht um Neues mitzutheilen, sondern um durch die Erinnerung an Bekanntes die anzustellende Untersuchung zu erleichtern.

Der Zollverein ist eine, für eine gewisse Reihe von Jahren eingegangene Sozietät souveräner Staaten zur Ausführung eines gemeinsamen Zoll- und Handelssystems auf Grundlage des gegenseitig freien Verkehrs, einer übereinstimmenden Gesetzgebung über die Besteuerung des Verkehrs mit dem Auslande und der Gemeinschaftlichkeit des Ertrages dieser Besteuerung. Von den verschiedenen Seiten, welche dieses Vertrags-Verhältniss darbietet, sind hier besonders zwei hervorzuheben, nämlich die Gleichberechtigung der Kontrahenten und die Auf-

¹⁾ Dass sich das Einnahme-Soll vielleicht auch durch eine, um einige Thaler geringere Abgabe würde beschaffen lassen, soll nicht bestritten werden. Es ist indessen wohl zu beachten, dass die Einführung des Monopols den Staatskassen gerade in den ersten Jahren sehr grosse Opfer auferlegt, welche die Erfüllung des Soll besonders nothwendig machen; dass es sich um eine Einrichtung handelt, welche den Verwaltungen völlig unbekannt ist und den Bevölkerungen sehr unangenehm sein wird; dass die Unerfahrenheit der Verwaltung einen theoretisch richtigen Anschlag sehr leicht zu Schanden machen kann, und dass die Abneigung der Bevölkerung eine Erhöhung der Abgabe bald nach deren Einführung sehr bedenklich machen wird. Es wäre deshalb dringend zu rathen, den Abgabensatz nicht zu niedrig zu greifen. Eine Ermässigung würde stets zulässig und willkommen sein.

lösbarkeit des Vereins. Die letztere braucht nur genannt zu werden, denn ihre Konsequenzen ergeben sich von selbst. Die erstere erfordert einige Erläuterungen.

Die Gleichberechtigung der Vereinsstaaten ist, wenigstens in gewissem Umfange, durch die Natur eines Staatenbundes geboten. Es versteht sich ganz von selbst, dass jede Vereins-Regierung in allen, aus dem Vereins-Verhältniss herrührenden Beziehungen für ihre Unterthanen die nämlichen Rechte in Anspruch nehmen muss, welche den Unterthanen einer anderen Regierung in diesen Beziehungen zustehen. Der Betrag der bei der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr zu entrichtenden Zölle, die Art, wie die Zölle erhoben werden, die zum Zweck der Erhebung bestehenden Einrichtungen und Anstalten, die zum Schutze der Zollabgaben dienenden Vorkehrungen, die für einzelne Arten des Verkehrs zugelassenen Erleichterungen und Befreiungen müssen für alle Angehörigen des Vereins ein und dieselben sein. Allerdings haben hierbei natürliche Verhältnisse das Maass zu geben. Zollerleichterungen, welche einem Nachbarstaate zugestanden werden, kommen unter Umständen nur den Grenzbezirken zu Gute; die Zollabfertigung ist bei der Einfuhr auf Eisenbahnen eine andere, als bei der Einfuhr auf Landstrassen; für den Seeverkehr bestehen Anstalten, welche in gleicher Einrichtung dem Flussverkehr nicht gewährt werden können; in den Grenzbezirken sind Kontrollen nöthig, deren das Binnenland nicht bedarf. Soweit aber gleiche natürliche Bedingungen vorhanden sind, tritt der Grundsatz der gleichen Behandlung in sein volles Recht. Wäre es noch nöthig, so könnten die im Zollvereine zugelassenen Ausnahmen von diesem Grundsatz für seine Richtigkeit angerufen werden. So grossen Werth man in Sachsen und Frankfurt auf die Erhaltung der sogenannten laufenden Konten legt, so wird man auch dort nicht leugnen, dass es sehr erwünscht wäre, wenn die Interessen der beiden Messplätze die Aufhebung einer Begünstigung gestatteten, welche, eben weil sie eine ausschliessliche ist, schon manche Misshelligkeiten zur Folge gehabt hat.

Es versteht sich ferner ganz von selbst, dass sämtliche Vereins-Regierungen ein gleiches Recht auf die Fortdauer der Voraussetzungen haben, unter welchen jede von ihnen mit den übrigen Genossen in ein Sozietäts-Verhältniss getreten ist. Jede Vereins-Regierung muss deshalb Aenderungen in diesen Voraussetzungen — den Vereins-Verträgen und den wesentlichen Grundsätzen des Zollgesetzes, der Zollordnung, des Zolltarifs — von ihrer freien Zustimmung abhängig machen. In

dieser Beschränkung wird das Prinzip der Unanimität keinen Widerspruch erfahren. Man ist aber bei Abschluss der Vereins-Verträge sehr viel weiter gegangen und hat einen verbindlichen Beschluss über jede Abänderung des Zollgesetzes, der Zollordnung, des Zolltarifs und der Verwaltungs-Organisation, über jeden Antrag auf weitere Entwicklung und Ausbildung des gemeinsamen Handels- und Zollsystems, über alle auf Verbesserung der Verwaltung bezüglichen Wünsche und Vorschläge einzelner Regierungen und über alle, die Ausführung der vereinbarten Bestimmungen betreffende Beschwerden und Mängel, kurz in allen Fällen, wo es darauf ankommt, etwas Neues anzuordnen, oder etwas Altes abzuändern oder auszulegen, an das Einverständniss sämmtlicher Vereins-Regierungen geknüpft. Ob man hierin Recht gethan hat oder nicht, welche anderen Bestimmungen man hätte treffen können und ob die getroffenen Bestimmungen wirklich so beschwerlich sind, wie man sie darzustellen pflegt, ist hier nicht zu untersuchen. Hier handelt es sich um den Zollverein, nicht wie er sein könnte oder sein sollte, sondern wie er ist. Es mag indessen an einen vor Kurzem gemachten, sehr bescheidenen Versuch zur Abänderung jener Bestimmungen erinnert werden, weil sein Schicksal die Schwierigkeit einer solchen Abänderung von Neuem bewiesen hat. Bei Gelegenheit der letzten Erneuerung der Vereins-Verträge stellte Preussen den Antrag, Majoritäts-Beschlüsse in denjenigen Fällen zuzulassen, wo es sich um die Auslegung bestehender Gesetze, oder um den Erlass oder die Abänderung bloß reglementarischer Anordnungen handelt¹⁾. Dass dieser Antrag von der Mehrzahl der Vereins-Regierungen abgelehnt wurde, ist bekannt geworden; die Gründe der Ablehnung sind nicht schwer zu errathen. Für denjenigen Staat, gegen dessen Ansicht die Auslegung eines Gesetzes ausfällt, hat diese Auslegung, welche eine Majorität sollte beschliessen können, genau die nämliche Bedeutung, wie eine Abänderung, für welche die Unanimität vorbehalten bleiben sollte. Zwischen einem Gesetz, welches nur durch Einstimmigkeit, und einer reglementarischen Anordnung, welche schon durch Beschluss der Mehrheit zu Stande kommen sollte, ist, namentlich wo es sich um das Verhältniss verschiedener Staaten zu einander handelt, keine genügend scharfe Grenze zu ziehen. Reglementarische Anordnungen überragen an Wichtigkeit für das Leben und die Verkehrs-Interessen nicht selten die Gesetze. Endlich enthielt

¹⁾ Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage. Berlin, 1852. S. 101.

der Preussische Vorschlag in Beziehung auf das Maass der Stimmberechtigung der einzelnen Vereinsstaaten nur die Andeutung, dass dasselbe weder völlig gleich, noch lediglich nach dem Verhältniss der Bevölkerung zu bestimmen sein werde. Im Hinblick auf ältere Erfahrungen¹⁾ liess sich wohl die Frage aufwerfen, ob zwischen diesen Grenzen allseitig befriedigende Mittelzahlen zu finden sein würden.

Das Erforderniss der Einstimmigkeit bei allen, in Vereins-Angelegenheiten zu fassenden Beschlüssen hätte allein schon die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Centralbehörde für die obere Leitung der Zollverwaltung zu einer Unmöglichkeit gemacht, denn eine Behörde, welche nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, ist schlechthin unfähig zu administrieren. Es machten indess noch andere, mindestens ebenso gewichtige Gründe die administrative Selbstständigkeit der Vereins-Regierungen nothwendig und es ist wenigstens einer von diesen Gründen hier anzudeuten. Jede Behörde muss für die ordnungsmässige Ausführung des ihrer Leitung übertragenen Dienstes verantwortlich sein, sie kann aber diese Verantwortlichkeit nur dann übernehmen, wenn ihr die entscheidende Bestimmung über die Organe zusteht, welche zur Ausführung des Dienstes erforderlich sind. Eine gemeinschaftliche Central-Behörde hätte also nicht bloß mit dem Recht der schliesslichen Entscheidung in sachlichen Fragen, sondern auch mit einer weitgreifenden Einwirkung auf die Anstellung, Versetzung u. s. w. der Bezirks- und Lokal-Zollbeamten, letzterer nicht bloß bei den Grenzämtern, sondern auch bei den Aemtern im Innern ausgestattet werden müssen. Hiermit würden die einzelnen Vereins-Regierungen die Ausübung wichtiger Hoheitsrechte an eine Behörde abgetreten haben, welche zwar die Gesamtheit repräsentirt, aber jeder einzelnen Regierung in voller Unabhängigkeit gegenüber gestanden, also eine selbstständige Macht in jedem Vereinsstaate gebildet hätte. Ein solches Verhältniss, in einem Bundesstaate grundsätzlich zulässig und praktisch nothwendig, ist in einem Staatenbunde aus prinzipiellen und praktischen Gründen unmöglich²⁾. So erfolgt denn die Verwaltung der gemeinschaftlichen Abgaben

¹⁾ (Kühne.) Der Deutsche Zollverein während der Jahre 1834 bis 1845. Berlin, 1846, zweite Ausgabe, S. 9 ff.

²⁾ Die für Hannover und Oldenburg in Hannover und für den Thüringischen Verein in Erfurt bestehenden gemeinschaftlichen Zollverwaltungs-Behörden sind nicht Central- sondern Mittelbehörden, und haben, abgesehen von anderen Gründen, vermöge dieser Stellung, einen völlig anderen Charakter.

überall im Namen, unter ausschliesslicher Leitung und für alleinige Rechnung der Landes-Regierung. Sie beruht auf einem gemeinsam verabredeten Organisationsplan; die Gleichförmigkeit des Verfahrens wird durch Beamte kontrollirt, welche jeder Vereinsstaat zu den Zollstellen und Direktiv-Behörden jedes anderen Vereinsstaates zu entsenden befugt ist.

Diese Konsequenzen aus der Gleichberechtigung der Vereinsstaaten scheinen auf den ersten Blick fast unvereinbar zu sein. Alle Angehörige des Vereins sollen gleiche Rechte haben, aber jeder Vereinsstaat ist in seinem Gebiete selbstständig. Es soll überall gleichmässig verfahren werden, aber jede Ungleichheit kann nur durch einhelligen Beschluss ihre Erledigung finden. Der anscheinende Konflikt hat jedoch bisher nur in sehr seltenen Fällen und stets nur vorübergehend zu wirklichen Uebelständen geführt. Unbeschadet des Antheils, welchen Gewissenhaftigkeit und föderative Gesinnung der Regierungen an diesem Ergebniss gehabt haben, ist dasselbe doch wesentlich der Beschaffenheit des Zollsystems zu verdanken. Die Grundlage der Zollerhebung ist durchweg eine völlig zweifelsfreie Grösse, nicht der Werth, sondern Gewicht, Maass oder Stückzahl der Waare. Die Klassifikation des Zolltarifs ist einfach und erleidet nur selten Veränderungen, es sind also bei der Subsumtion der Waaren unter die einzelnen Tarifsätze, namentlich bei wichtigeren Artikeln, Ungleichheiten, durch welche ein Bezugsweg vor dem anderen und ein Vereinsstaat vor dem anderen begünstigt werden könnte, nur sehr ausnahmsweise möglich. Ueber die Formen der Zollbehandlung im weitesten Umfange und in allen Einzelheiten sind nach und nach übereinstimmende Verwaltungsvorschriften vereinbart. Mit einem Worte: es ist für das administrative Belieben nur ein äusserst geringer Spielraum gelassen. Was hier in Betreff der Zollverwaltung gesagt ist, findet auf die Verwaltung der Rübenzucker-Steuer und der zwischen einzelnen Vereinsstaaten gemeinschaftlichen inneren Steuern volle Anwendung. Nur auf diesem Wege ist es möglich geworden, die Gefahr für die Gesamtheit zu vermeiden, welche in der administrativen Selbstständigkeit der Einzelnen lag. Eine centrale Leitung konnte entbehrt werden, weil die Territorial-Verwaltungen, wenn sie, wie dies der Fall ist, mit Intelligenz und Pflichttreue verfahren, nur sehr selten Gelegenheit haben, die Schranken zu überschreiten, deren Aufrechthaltung die Aufgabe der Central-Verwaltung gewesen sein würde. Dieser Lichtseite der bestehenden Einrichtungen fehlt freilich nicht die Schattenseite. Um das Interesse der Gesamtheit mit der Selbstständigkeit der Glieder zu vereinigen, hat

man bis in die Details übereinstimmend reglementiren müssen. Das Leben aber in einem grossen Länderkomplex ist vielgestaltig und es treten nicht selten Fälle ein, wo örtliche oder persönliche Verhältnisse Ausnahmen und Erleichterungen wünschenswerth und, auch bei gewissenhaftester Beachtung des Gesamt-Interesses, zulässig machen. Hier binden nun nicht selten die Reglements der Verwaltung die Hände; das lebendige Bedürfniss muss der gleichförmigen Regel weichen. Es ist dies vielfach beklagt, aber es ist unvermeidlich; die Willkür hat einmal in dem System des Zollvereins keinen Platz.

Soll nunmehr auf die Frage übergegangen werden, ob dieses System die Einführung des Tabakmonopols auf gemeinschaftliche Rechnung gestatte, so kommt es darauf an, sich die Einrichtungen zu vergegenwärtigen, welche zu diesem Zwecke im Zollverein zu treffen sein würden. Es wird hierbei in der Regel die blosse Bezeichnung dieser Einrichtungen genügen; einer Motivirung wird es, im Hinblick auf die, bei Darstellung der Französischen und Oesterreichischen Einrichtungen gegebenen Erläuterungen nur selten bedürfen.

Zunächst würde die Einfuhr von rohem und fabrizirtem Tabak aus dem Auslande, die unbefugte Erzeugung und der unbefugte Besitz von rohem Tabak, die Verfertigung von Tabakfabrikaten, das unbefugte Feilhalten von rohem und fabrizirtem Tabak und die Darstellung und Feilhaltung von Tabak-Surrogaten gesetzlich und mit Androhung angemessener Strafen zu verbieten sein. Zur Durchführung dieser Verbote wären folgende weitere Maassregeln erforderlich.

Vor Allem die Beschränkung des inländischen Tabakbaues auf gewisse Kulturdistrikte. Ob als solche Kulturdistrikte die sämtlichen oben bezeichneten elf Bezirke anzuerkennen und ob namentlich nicht die Bezirke an der Weichsel, der oberen Oder und der unteren Werra auszuschliessen sein würden, müsste davon abhängig gemacht werden, ob die Verwaltung das Produkt dieser Bezirke für ihre Fabrikation brauchen kann. Jedenfalls würde die Erzeugung von rohem Tabak ausserhalb dieser Bezirke, also in ganz Preussen mit Ausnahme von 19 landrätlichen Kreisen, in ganz Bayern mit Ausnahme von Mittelfranken und dem Rheinkreise, in ganz Sachsen, in ganz Hannover mit Ausnahme der Gegend um Duderstadt, in ganz Württemberg, in einigen Aemtern Badens, in Kurhessen mit Ausnahme des Amtes Schmalkalden und einiger Gemeindebezirke an der unteren Werra, im Grossherzogthum Hessen mit Ausnahme der Kreise Heppenheim und Bensheim, in den Thüringischen Vereinsstaaten mit Ausnahme von zwei Gemeinden

im Grossherzogthum Sachsen und zwei Aemtern im Herzogthum Sachsen-Meiningen, in Braunschweig mit Ausnahme des Amtes Calvörde, in ganz Nassau, Oldenburg und dem Gebiete von Frankfurt verboten werden müssen.

In den Bezirken, in welchen der Tabakbau gestattet bleibt, müsste sein Betrieb von einer jährlich nachzusuchenden Konzession, welche ohne Angabe von Gründen verweigert und an Bestellung einer Kautions geknüpft werden kann, abhängig gemacht und den oben dargestellten Bedingungen und Kontrollen¹⁾ unterworfen werden. Ein Handel mit Rohtabak in der Art, wie er in Oesterreich nachgegeben ist, könnte nicht zugelassen werden, da eine Verwaltung für gemeinschaftliche Rechnung sich im Interesse einzelner Bezirke den nachtheiligen Chancen nicht aussetzen darf, mit welchen diese Einrichtung ihre Einnahmen bedroht²⁾. Wohl aber wäre zu gestatten, dass Pflanzler, welche bei Nachsuchung der Konzession erklärt haben, dass sie für die Ausfuhr bauen wollen, sich durch Niederlegung ihrer Ernte in eine amtliche Niederlage für unverzollte Waaren von ihrer Verpflichtung gegen die Verwaltung befreien und den niedergelegten Tabak an andere Personen übertragen können. Die Abfertigung aus der Niederlage nach dem Auslande würde nach den, für andere derartige Abfertigungen bestehenden Vorschriften erfolgen. Die durch den Tabakbau für die Ausfuhr veranlassten Aufsichtskosten würden nicht der Gesammtheit, sondern derjenigen Regierung zur Last fallen, in deren Gebiet der Anbau stattfindet, da diese Kosten nicht im Gesamt-Interesse des Vereins verausgabt werden.

Gegen Einschwärzungen aus dem Auslande ist der Zollverein auf seinen Grenzen gegen Polen, Oesterreich und Frankreich durch die jenseits bestehenden Monopole geschützt; eine Verstärkung dieses Schutzes durch ein Zollkartel, welche gegenüber von Oesterreich besteht, würde gegen Polen und Frankreich kaum erforderlich sein. Einen ähnlichen Schutz gewährt an der Grenze gegen Russland die hohe Besteuerung, welcher der Tabak in diesem Kaiserstaate unterliegt. Der grössere Theil der Seegrenze ist dem Schleichhandel wenig zugänglich. Dagegen ist die 138 Meilen lange Grenze Preussens und Hannovers gegen Mecklenburg, Lauenburg, das beiderstädtische Gebiet, Hamburg und Holstein von Darser-Ort in Neu-Vorpommern bis zum Amte Ritzebüttel, die 30 Meilen lange Grenze Hannovers und Oldenburgs gegen Bremen und die Unterweser

¹⁾ Vergl. oben S. 30 ff.

²⁾ Vergl. oben S. 47.

bis Bremerhafen, die 79 Meilen lange Grenze Hannovers und Preussens gegen die Ems-Mündung und Niederland von Norden bis Aachen, die 34 Meilen lange Grenze Preussens und Luxemburgs gegen Belgien und die 42 Meilen lange Grenze Badens, Württembergs und Bayerns gegen die Schweiz in hohem Grade gefährdet. In Mecklenburg, dem beiderstädtischen Gebiete, Hamburg und Bremen ist ausländischer Tabak gar nicht besteuert. In Holstein, Lauenburg, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden unterliegt er sehr niedrigen Eingangszöllen. Die bedeutende einheimische Produktion Niederlands und Belgiens ist von jeder Steuer frei. Hamburg, Bremen, Niederland und Belgien sind die Sitze einer ausgedehnten Tabakfabrikation. An den Grenzen gegen alle diese Staaten ist die Beschaffenheit des Terrains und die Lebhaftigkeit des bestehenden Verkehrs fast durchweg dem Schleichhandel sehr günstig. Schon jetzt erfordern sie eine stärkere Grenzbesetzung und eine schärfere Kontrolle im Grenzbezirk, als die meisten anderen Grenzstrecken des Vereins.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass für den Schutz des Tabakmonopols an diesen Grenzen die vorhandenen Kontrollmittel nicht ausreichen würden. Gegenwärtig sind die Eingangsabgaben im Zollverein durchgängig dergestalt bemessen, dass der Schleichhandel bei keiner zur Einschwärzung geeigneten — leicht tragbaren, wohlfeilen und dem Verderben wenig ausgesetzten — Waare einen erheblichen Vortheil genießt. Hierdurch und durch Hülfe eines tüchtigen Grenzpersonals ist es gelungen, den Schleichhandel in erfreulicher Weise zu vermindern¹⁾. Der Tabak ist, wie oben dargethan worden, eine zur Einschwärzung sehr geeignete Waare²⁾. Er würde einer Abgabe von mehr als 100 pCt. seines Werthes unterworfen sein. Der Schwärzer würde auf die gewöhnliche Last von 30 Pfund mindestens 4 Rthlr. verdienen können. Die eine, und nicht die geringste der Voraussetzungen, auf welchen die gegenwärtige Organisation des Grenzschatzes beruht, wäre hiermit aufgehoben und zwar in Beziehung auf einen Gegenstand, dessen Besteuerung beinahe 40 pCt. der jetzigen gemeinschaftlichen Einnahmen des Vereins einbringen soll. Eine wesentliche Verstärkung der Grenzbesetzung und eine Erweiterung des Grenzbezirks an den angegebenen, zusammen 323 Meilen

¹⁾ Bericht der Kommissionen des Preussischen Abgeordneten-Hauses über eine höhere Besteuerung des Tabaks vom 15. März 1856. S. 11.

²⁾ Vergl. oben S. 60.

langen Strecken wäre deshalb unerlässlich. Diese Maassregeln würden indessen allein noch nicht ausreichen.

Man thut Recht daran, eine wohlerwogene Einrichtung nicht deshalb zu unterlassen, weil sie unpopulär ist; man würde aber Unrecht daran thun, bei Ausführung einer solchen Einrichtung die Thatsache zu ignoriren, dass sie unpopulär ist. Das Monopol wird überhaupt, namentlich aber in den Grenzbezirken, einer entschiedenen Abneigung begegnen. Sehr viele, welche es ganz in der Ordnung finden, dass der Staat Grenzzölle erhebt, und welche sich deshalb jeder thätigen oder stillschweigenden Begünstigung des Schleichhandels enthalten, werden es gar nicht in der Ordnung finden, dass der Staat eine grosse Industrie monopolisirt und ihnen eine schlechtere, als die gewohnte Waare zu einem weit höheren, als dem gewohnten Preise verkauft. Sie werden deshalb, wenn sie auch zu gewissenhaft oder zu furchtsam sind, sich bei dem Schleichhandel thätig zu betheiligen, doch kein Bedenken tragen, seine Früchte zu geniessen und ihm sonst stillschweigend Vorschub zu leisten. Hat aber der Schleichhandel, neben allen übrigen günstigen Voraussetzungen, auch noch die Sympathie der ganzen Grenzbevölkerung für sich, so ist er der besten Grenzaufsicht vollkommen gewachsen. Ein solcher Zustand muss für den Verein sehr unerwünschte finanzielle Folgen herbeiführen; nicht minder nachtheilig würden seine politischen Folgen für einzelne Vereinsstaaten sein. Den Vereinsstaaten, welchen die exponirten Grenzen angehören, kann es keineswegs gleichgültig sein, die Grenzbevölkerung nicht nur den Lasten, welche die in Zukunft noch zu erweiternde Grenzbezirks-Kontrolle ihrem Verkehr auflegt, sondern auch der Demoralisation auszusetzen, welche die thätige Theilnahme und schon das ruhige Behagen an gesetzwidrigen Handlungen herbeiführt. Das finanzielle Interesse des Vereins und das politische Interesse der betheiligten Vereinsstaaten würden daher den Verkauf von Tabak zu ermässigten Preisen in den exponirten Grenzbezirken zu einer Nothwendigkeit machen ¹⁾. Die Ausdehnung des für diesen Zweck zu bildenden Bezirks und die Abstufung der Preise kann hier unerörtert bleiben. Würde die Breite des ersteren durchschnittlich nur auf drei Meilen angenommen, so würde derselbe zusammen etwa

¹⁾ Der Umstand, dass Oesterreich in den Grenzbezirken gegen den Zollverein Tabak zu ermässigten Preisen nicht hat verkaufen lassen, dürfte, nach den aus der Zeit vor Abschluss des Zollkartels bekannt gewordenen Thatsachen, nicht gegen, sondern für diese Nothwendigkeit sprechen.

970 □M., also mehr als den zehnten Theil des Vereinsgebiets und in Hannover und Oldenburg allein etwa 320 □M., also 40 pCt. von dem Gebiete beider Staaten umfassen ¹⁾).

Die Verstärkung, welche die Zollaufsicht an den Grenzen gegen Bremen und Nederland durch die, mit diesen Staaten abgeschlossenen Zollkartele findet, würde den Verkauf von Tabak zu ermässigten Preisen keineswegs entbehrlich machen. Der Werth eines Zollkartels für den einen Theil hängt wesentlich von der Zollgesetzgebung des anderen Theiles ab, denn so geneigt jeder Theil sein mag, die zum Schutze seiner eigenen Einnahmen bestehenden Kontrollen dergestalt zu handhaben, dass sie zugleich zum Schutze der Einnahmen des anderen Theiles dienen, so wird er doch in der Regel weder geneigt, noch im Stande sein, Kontrollen, deren er selbst nicht zu bedürfen glaubt, lediglich im Interesse des anderen Theiles anzuordnen. Es hat deshalb ein Zollkartel mit einem Staate, welcher, wie dies in Bremen der Fall ist, ein auf Grenzbesetzung beruhendes Zollsystem und die damit verbundenen Kontrollen gar nicht kennt, nur einen sehr bedingten Werth. Derselbe beruhet für das vorliegende Verhältniss hauptsächlich in dem Verbote der Anhäufung von Waaren in der Nähe der Grenze. Ein solches Verbot ist mit Bremen vereinbart, allein die Beschränkungen, welchen es, nach den bestehenden Verhältnissen, hat unterworfen werden müssen, sind von der Art, dass es in Beziehung auf eine Waare, wie der Tabak, gegen die verlockende Wirkung von Monopolpreisen kaum einigen Schutz gewähren kann ²⁾. Nederland hat ein, auf Grenzbesetzung beruhendes Zollsystem; eine Legitimations-Kontrolle im Grenzbezirke findet indessen als Regel nicht statt, und es hat daher die Einführung dieser, zur Erreichung des Zwecks vorzugsweise wichtigen Kontrolle in Beziehung auf den bedeutendsten Artikel der Einschwärtzung aus diesem Lande, den Kaffee, ausdrücklich verabredet werden müssen ³⁾. Ob eine gleiche Verabredung in Beziehung auf Tabak zu erreichen sein möchte, steht dahin; ohne eine solche Verabredung aber würde das Kartel eine sehr wesentliche Verstärkung des Grenzschutzes nicht darbieten. Ueberhaupt ist nicht zu ver-

¹⁾ Sämmtliche Nordsee-Inseln Hannovers und Oldenburgs, deren Grenz-längen bei der Berechnung auf S. 93 nicht mit in Ansatz gebracht sind, würden in den Grenzbezirk einzuziehen sein.

²⁾ Artikel 4 und 5 der Uebereinkunft wegen Unterdrückung des Schleich-handels vom 26. Januar 1856.

³⁾ Artikel 6 des Preussisch-Niederländischen Zollkartels vom 11. Juli 1851.

gessen, dass jedes Zollkartel nur für eine gewisse Reihe von Jahren geschlossen ist, und dass deshalb eine Zeit eintreten kann, wo es nicht besteht.

Die bisher besprochenen Maassregeln zum Schutz gegen Einschwärzungen würden noch aus einem anderen Grunde nicht zu entbehren sein. Zur Erhebung des impôt des boissons bestehen in Frankreich und zur Erhebung der Verzehrungs-Steuer bestehen in Oesterreich Kontrollen des Binnenverkehrs und des Eingangs in die Städte, welche, wie oben bemerkt worden, zugleich zur Ueberwachung des inneren Verkehrs mit Tabak, und zwar sehr wirksam benutzt werden. Die Vereinsstaaten kennen, bei wesentlich abweichender Einrichtung ihrer inneren Steuern, solche Kontrollen fast gar nicht; in Preussen insbesondere wird der Binnenverkehr nur, insoweit es sich um den Waaren-Eingang in die wenig zahlreichen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte handelt, und auch da in der Regel nicht in Beziehung auf verpackte Güter, kontrollirt. Allerdings würde man den Transport von Tabak im Binnenlande einer Legitimationsschein-Kontrolle unterwerfen müssen und hierbei die Analogie bestehender zollgesetzlicher Bestimmungen für sich haben, es fragt sich aber, ob von dieser Kontrolle ein sehr wirksamer Schutz zu erwarten sei, und für die Verneinung dieser Frage könnte auf die Analogie der nämlichen zollgesetzlichen Bestimmungen Bezug genommen werden. Die Kontrolle würde schon bei dem gewöhnlichen Landverkehr schwer zu handhaben sein, da es an genügenden Aufsichtskräften fehlt; ganz andere Schwierigkeiten legt ihr der Eisenbahn-Verkehr in den Weg. Will man nicht mit Aufwendung grosser Kosten und mit schwerer Belästigung des gesamten inneren Verkehrs die Binnen-Kontrolle auf ganz neue Art organisiren, so wird man sich von derselben keine grossen Wirkungen versprechen dürfen und deshalb um so mehr darauf Bedacht nehmen müssen, durch die an der Grenze und in den Kultur-Bezirken zu treffenden Einrichtungen die drohende Gefahr fern zu halten.

Dies sind die Anordnungen, welche etwa den Inhalt der, über die Einführung des Monopols zu erlassenden Gesetze zu bilden hätten. Dass ihre Ausführung recht ernste Schwierigkeiten darbieten würde, kann keinen Grund gegen die Maassregel selbst abgeben, denn blossе Schwierigkeiten müssen und können überwunden werden. Schlimm ist es aber, dass einige ihrer wesentlichsten Theile mit einem der ersten Grundprinzipien des Zollvereins in entschiedenem Widerspruch treten. Nach diesem Prinzip sollen alle Unterthanen der Vereinsstaaten

in allen, aus dem Vereinsverhältniss herrührenden Beziehungen, bei gleichen natürlichen Verhältnissen, gleiche Rechte haben ¹⁾. Das Monopol beginnt damit, dass es den Bewohnern einiger Bezirke das ausschliessliche Recht auf die Tabakkultur und den Bewohnern einiger anderen Bezirke das ausschliessliche Zugeständniss einer Abgaben-Ermässigung einräumt. So nothwendig diese Privilegien sind, und so wenig sie eine Bevorzugung einzelner Theile des Vereins zum Zweck haben, auf natürlichen Verhältnissen beruhen sie nicht. Die Thatsachen beweisen, dass Tabak auch ausserhalb der privilegierten Bezirke mit Nutzen kultivirt werden kann. Es bedarf keines Beweises, dass die Bauern in Ober-Bayern und die Fabrikarbeiter im Erzgebirge den etwas schlechteren aber viel wohlfeileren Tabak, welchen der Lüneburger Bauer und der Aachener Fabrikarbeiter rauchen kann, dem besseren aber weit theureren Tabak vorziehen würden, auf dessen Genuss sie durch das Gesetz beschränkt sind. Solche Privilegien sind schon zwischen einzelnen Theilen eines und desselben Landes schwer aufrecht zu erhalten. Fast dreissig Jahre lang hat man in Frankreich gegen das Kultur-Privilegium der sechs Departements gekämpft, und doch war ausserhalb dieser Departements nur sehr kurze Zeit hindurch Tabakbau betrieben worden. Erst allmählig, nach wiederholten und ausführlichen Verhandlungen in den Kammern, ist das Bewusstsein allgemein geworden, dass das Privilegium im Interesse des Landes nothwendig sei. Weit schwieriger ist die Lage, wenn es sich in einem Staatenvereine um Privilegien einzelner Theile handelt. Es fehlt hier das Gefühl des gemeinschaftlichen Interesses, welches in einem einzelnen Staate das Bestehen von Privilegien erträglich macht, und es fehlen die Organe, durch welche das gemeinschaftliche Interesse seinen, für das Bewusstsein des Landes befriedigenden Ausdruck findet. Es wird immer heissen, dass der Badenser ein Privilegium vor dem Württemberger habe, der Hannoveraner vor dem Sachsen ²⁾.

¹⁾ Vergl. oben S. 87.

²⁾ Bei einzelnen Vereinsstaaten würde sich das Verhältniss in der That eigenthümlich gestalten. Von den vier Kreisen, in welche Baden zerfällt, würde der Seekreis fast ganz, der Oberrheinkreis mit seiner südlichen Hälfte, in den Grenzbezirk fallen, wo Tabak zu ermässigten Preisen verkauft werden müsste. Die nördliche Hälfte des Oberrheinkreises, der Mittelrheinkreis und der Unterrheinkreis würden etwa zu einem Drittheil den zum Tabakbau befugten Bezirken angehören. Es würden mithin etwa drei Fünftheile des ganzen Landes das eine oder das andere Privilegium geniessen. Dass in einem

So schwer diese Bedenken auch wiegen, als geradezu entscheidend wird man sie nicht ansehen mögen. Man wird sich auf viele Beschwerden und Anfeindungen gefasst zu machen haben, aber es liegt wenigstens ein Verhältniss vor, dessen verschiedene Seiten sich von vorn herein so ziemlich übersehen lassen. Auch ist eine Art von Ausgleichung möglich. Das Monopol im Zollverein wird, bei aller Beschränkung, schwerlich mit weniger Fabriken ausreichen, als das Monopol in Oesterreich. Ist es auch entschieden zweckmässig, den grösseren Theil der Fabriken mitten in die Kultur-Bezirke zu legen, so könnte man den Rücksichten der Billigkeit ein Opfer bringen und die Fabriken vorzugsweise in denjenigen Theilen des Vereins errichten, wo die Kultur verboten ist, und Tabak zu ermässigten Preisen nicht verkauft wird. Es stände dann Privilegium gegen Privilegium und es wäre der Grundsatz der Gleichberechtigung wenigstens formell nicht ganz aufgehoben.

Vermöchte man sich hierbei zu beruhigen, so käme es auf die Einrichtung der eigentlichen Verwaltung an. Die Aufgaben der Verwaltung sind oben dargestellt. Sie hat zu entscheiden, welcher Theil des Bedarfs an Rohtabak im Auslande und welcher im Inlande gekauft werden soll; sie hat die Bedingungen für die Lieferung des ausländischen Tabaks festzusetzen und die Lieferungs-Verträge abzuschliessen; sie hat den Bedarf an inländischem Tabak auf die einzelnen Kultur-Bezirke zu repartiren, die Vorschriften zu treffen, welche von den Pflanzern im Interesse der Qualität des Blattes zu befolgen sind, die Preise für den inländischen Tabak nach Art und Güte zu bestimmen und die richtige Subsumtion der geernteten Blätter unter die Preisklassen zu überwachen; sie hat anzuordnen, welche Sorten Tabak fabrizirt, wie der Durchschnittsbetrag der Steuer auf diese Fabrikate vertheilt und zu welchen Preisen die letzteren demgemäss verkauft werden sollen; sie hat die Fabrikation und den Debit zu beaufsichtigen.

Eine Verwaltung, welche solche Aufgaben zu erfüllen hat, kann nicht, wie die Verwaltung der Zölle, jedem Vereinsstaat innerhalb seines Gebietes überlassen werden, denn es fehlen bei ihr geradezu alle Voraussetzungen, welche bei der Zoll-Verwaltung die administrative Selbstständigkeit der Vereins-

grossen Theil von Hannover und Oldenburg Tabak zu ermässigten Preisen verkauft werden würde, ist oben erwähnt. In Sachsen, mehreren Thüringischen Staaten, Nassau und Frankfurt würde keines von diesen Privilegien eine Stelle finden.

Regierungen möglich gemacht haben. Es lassen sich bei Einführung des Monopols keine Regulative darüber vereinbaren, wie der Tabakbedarf zwischen Ausland und Inland und zwischen den inländischen Kultur-Bezirken repartirt, zu welchen Bedingungen die Lieferung des ausländischen Tabaks den Unternehmern überlassen, welche Preise für die verschiedenen Sorten inländischer Blätter gezahlt, welche Fabrikate verfertigt, wie die Steuer auf die einzelnen Fabrikate vertheilt, welche Verkaufspreise angenommen werden sollen. Die Entscheidung über alle diese Fragen muss dem administrativen Ermessen überlassen werden, und dieses Ermessen kann nicht von den einzelnen Territorial-Verwaltungen ausgehen. Es ist unmöglich, dass ein Dutzend selbstständiger Verwaltungen gleiche Fabrikate und mit gleichem Kostenaufwande verfertigen; ist dies aber der Fall, so wird entweder in den verschiedenen Vereinsstaaten zu verschiedenen Preisen verkauft, und dann giebt es keine Gleichheit der Vereins-Angehörigen mehr, oder es wird, trotz der Kosten-Differenz, zu gleichen Preisen verkauft, und dann ist eine Gemeinschaftlichkeit der Einnahme nicht mehr denkbar. Es ist überflüssig, diese Konsequenzen zu vervielfältigen; man steht hier vor einer evidenten Unmöglichkeit. Mit der administrativen Selbstständigkeit der Vereins-Regierungen ist das Monopol unvereinbar.

Es muss also eine Central-Verwaltung für den ganzen Verein geschaffen werden, in welcher sämtliche Vereins-Regierungen vertreten sein würden. Die Verwaltung muss handeln, also Majoritäts-Beschlüsse fassen können. Majoritäts-Beschlüsse bei gleichem Stimmrecht für jeden Vereinsstaat würden dahin führen, dass ein Viertheil des Vereins (nach Areal und Bevölkerung) den anderen drei Viertheilen das Gesetz geben könnte; Majoritäts-Beschlüsse bei einem nach dem materiellen Gewichte abgemessenen Stimmrechte der einzelnen Vereinsstaaten würden dahin führen, dass ein Staat allein das Gesetz zu geben hätte. Es müssen also Mittelzahlen gefunden werden. Die Erfindbarkeit befriedigender Mittelzahlen ist bezweifelt worden, als es sich darum handelte, über Fragen beschliessen zu können, bei welchen es fast durchweg mehr auf eine gleichmässige Form, als auf den so oder so gestalteten Inhalt ankommt¹⁾. Sie wird mit weit mehr Grund zu bezweifeln sein, wenn es sich darum handelt, über Fragen beschliessen zu können, welche für die finanziellen Interessen des Gesamtvereins und die volkswirthschaftlichen Interessen

¹⁾ Vergl. oben S. 88.

der einzelnen Vereinsstaaten von entscheidender Bedeutung sind. Es mag indessen das Unwahrscheinliche als eingetreten und eine Verständigung über die Stimmrechte als erfolgt angenommen werden. Dem Anschein nach ist damit sehr viel, in Wahrheit ist sehr wenig gewonnen.

Zunächst ist eine, von Majoritäts-Beschlüssen abhängige — kollegialisch formirte — Verwaltung zur obersten Leitung eines Instituts, wie das Tabakmonopol, überhaupt nicht geeignet. Es ist kein Zufall, dass jetzt wohl überall die Central-Behörden nicht mehr kollegialisch, sondern bürokratisch organisiert sind. Man hat erkannt, dass die Erfolge einer jeden Verwaltung von der Festigkeit in der Auffassung und von der Konsequenz in der Durchführung der leitenden Gesichtspunkte abhängen und dass diese Festigkeit und Konsequenz nur dann zu erwarten sind, wenn die Aktion, wenigstens in der obersten Spitze, dem Einflusse wechselnder Majoritäten entzogen und allein in eine Hand gelegt ist. Man hat erkannt, dass der mit der obersten Leitung einer jeden Verwaltung verbundenen Macht die volle persönliche Verantwortlichkeit des Leiters gegenüber stehen muss und dass diese Verantwortlichkeit nur dann vorhanden ist, wenn sie, ungeschwächt durch die Theilung unter den Mitgliedern eines Kollegiums, allein auf einem Haupte ruhet. Man hat deshalb in vielen Staaten die Verwaltung der indirekten Steuern, welche mehr als manche andere Verwaltungen Festigkeit, Konsequenz und Verantwortlichkeit nöthig macht, auch in der Mittel-Instanz bürokratisch eingerichtet, und man hat in Preussen, wo diese Einrichtung im Jahre 1825 erfolgte, volle Gelegenheit gehabt, sich von ihrer Zweckmässigkeit zu überzeugen. Wenn irgend eine Verwaltung einer energischen, konsequenten und von dem Bewusstsein ihrer schwereren Verantwortlichkeit erfüllten Leitung bedarf, so ist es, wie oben gezeigt worden, die Verwaltung des Tabakmonopols, und wenn diese Verwaltung jener Eigenschaften jemals bedarf, so bedarf sie derselben während der langen Periode, welche zwischen der Einführung des Monopols und dem Zeitpunkte liegt, wo letzteres mit dem Organismus des Landes vollständig verwachsen ist.

Mag man dennoch voraussetzen, dass eine kollegialisch organisirte Behörde an sich im Stande sei, die oberste Leitung des Monopols mit Erfolg zu führen, so wird es doch auf die Beschaffenheit dieser Behörde ankommen. Das Kollegium, von welchem hier die Rede ist, besteht aus Bevollmächtigten verschiedener Staaten, deren Interessen keineswegs überall identisch sind. In einigen Staaten ist der Tabakbau verboten, also

für die Auffassung des Monopols ausschliesslich der finanzielle Gesichtspunkt leitend. In anderen Staaten ist der Tabakbau gestattet, aber ein so geringfügiger Bestandtheil der Produktion des Landes, dass der finanzielle Gesichtspunkt ebenfalls der bestimmende ist. In anderen Staaten ist der Tabakbau gestattet und für den Wohlstand des Landes von solcher Bedeutung, dass er mit Recht die nämliche Beachtung in Anspruch nimmt, als das Finanz-Interesse. In jedem Staate, wo der Tabakbau gestattet bleibt, wird man für diese Kultur die nämliche Rücksicht in Anspruch nehmen, welche dem Tabakbau der übrigen zu dieser Kultur berechtigten Vereinsstaaten zu Theil wird. In dieser, durch die Natur der Dinge gebotenen Gruppierung werden die Mitglieder des Kollegiums unter Anderem an die Entscheidung der Fragen herantreten: welchen Theil ihres Jahresbedarfs an Rohtabak die Verwaltung aus dem Auslande und welchen sie aus dem Inlande zu entnehmen, wie sie das inländische Kontingent auf die einzelnen Kultur-Bezirke zu vertheilen und welche Preise sie für die einzelnen Arten des inländischen Tabaks festzusetzen habe. Die dem Gesamt-Interesse entsprechende Entscheidung dieser ebenso wichtigen als schwierigen Fragen erfordert die unbefangenste Würdigung der obwaltenden Verhältnisse, und eine solche Würdigung würde nicht zu erwarten sein. Man darf von Regierungen, welche doch nur aus Menschen bestehen, nicht mehr verlangen, als Menschen zu leisten vermögen. Bei dem redlichsten Bestreben, neben den eigenen Interessen auch die Interessen der Genossen in billigen Betracht zu ziehen und kein zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes erforderliches Opfer abzulehnen, ist es nicht zu vermeiden, dass für die Auffassung von Fragen, über deren richtige Lösung verschiedene wohl-berechtigte Ansichten zulässig sind, das eigene wirkliche oder vermeintliche Interesse den Ausschlag giebt. Wie die Verhältnisse liegen, würde, unter jeder denkbaren Vertheilung der Stimmrechte, die rein finanzielle Auffassung der Majorität sicher sein; wer aber hierin etwa eine Beruhigung finden wollte, würde das Wesen eines Staatenvereins gänzlich verkennen. Kein Staatenverein kann sich auf die Dauer halten, wenn in einem oder dem anderen seiner Mitglieder die Ueberzeugung Wurzel schlägt, dass seine Interessen fortwährend verletzt werden, und diese Ueberzeugung würde aus dem, bei der Monopol-Verwaltung hervortretenden Konflikt der Interessen mit Nothwendigkeit entspringen. Interessen-Konflikte fehlen auch jetzt schon im Zollverein nicht. Zu seiner Kräftigung haben sie nicht beigetragen, sie waren aber doch ganz

anderer Natur, als diejenigen, von welchen hier die Rede ist. Jetzt hat jeder Vereinsstaat in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten auf seine Autonomie verzichtet; er muss deshalb darauf gefasst sein, dass Dinge, welche er seinem Interesse für zusagend hält, unterbleiben; er ist aber dafür auch sicher, dass keine Dinge, welche er seinem Interesse für zuwiderlaufend hält, geschehen. Künftig würde jeder Vereinsstaat in den Angelegenheiten des Monopols nicht nur auf seine Autonomie verzichten, sondern sich den Gesetzen der Mehrheit unterwerfen; er müsste deshalb darauf gefasst sein, nicht nur, dass Dinge, welche er seinem Interesse für zusagend hält, unterbleiben, sondern auch, dass Dinge, welche er seinem Interesse für zuwiderlaufend hält, geschehen. Jetzt tritt der Konflikt der Interessen nur in längeren Zeitabschnitten und immer nur bei einzelnen Fragen hervor; künftig würde er den gesamten Betrieb der laufenden Verwaltung ergreifen.

Dieser Konflikt im Innern der Monopol-Verwaltung würde nicht der einzige sein. Die Beaufsichtigung der Kultur, die Grenzaufsicht und die Handhabung der Kontrollen im Grenzbezirk und im Binnenlande könnten den einzelnen Vereins-Regierungen ausschliesslich überlassen werden. Bei diesen Verwaltungs-Handlungen lässt sich für ein sicherndes und gleichförmiges Verfahren, auch bei getrennter Verwaltung, Sorge tragen und es würde deshalb genügen, wenn der Monopol-Verwaltung nur eine Kontrolle über die Beaufsichtigung der Kultur eingeräumt wird. Alle übrigen Verwaltungs-Akte dagegen müssten der Monopol-Verwaltung theils ausschliesslich, theils in Konkurrenz mit den Territorial-Behörden übertragen werden. Ausschliesslich: die gesamte Magazin- und Fabrik-Verwaltung; in Konkurrenz: die Ertheilung der Kultur-Konzessionen an die Pflanzler, die Einschätzung der inländischen Blätter in die Preisklassen, die Einrichtung und Beaufsichtigung des Debits. Schon zwischen Behörden desselben Landesherrn treten, wenn sie Verwaltungs-Funktionen konkurrirend auszuüben haben, oder wenn die Grenzen ihrer Ressorts einander berühren, nicht selten Konflikte ein. Zu ähnlichen Konflikten zwischen der Monopol-Verwaltung und den Territorial-Verwaltungen liegt die Veranlassung weit näher. Die Monopol-Verwaltung ist nicht der einzelnen Vereins-Regierung, sondern dem Gesamt-Vereine untergeben, sie steht der Territorial-Verwaltung als gleichberechtigte Macht gegenüber; unabhängige Mächte aber sind gegenseitig eifersüchtiger auf ihre Rechte, als Diener desselben Herrn. Konflikte zwischen zwei Landesbehörden haben nicht allzu viel auf sich,

weil eine Instanz vorhanden ist, welche über den Streitenden steht. Konflikte zwischen zwei unabhängigen Mächten können nur durch ein Verfahren zum Austrage gebracht werden, welches durch unvermeidlichen Zeitaufwand das Interesse der Verwaltung gefährdet und in jedem Falle das Ansehen beider Theile untergräbt. Die Einschätzung der inländischen Tabakblätter in die verschiedenen Preisklassen würde von Organen der Monopol-Verwaltung und der Landesbehörde gemeinschaftlich vorzunehmen sein. Die ersteren würden im Interesse ihrer Verwaltung sehr streng, die letzteren im Interesse ihrer Verwalteten sehr milde urtheilen; eine Einigung würde, wie unter ähnlichen Verhältnissen in Frankreich, häufig nicht zu erreichen sein. Es muss aber eine Entscheidung getroffen werden, damit die Verwaltung zu ihrem Tabak und der Pflanze zu seinem Gelde kommt, es muss also im Voraus für einen Obmann gesorgt sein. Wird dieser Obmann aus den Angehörigen des Landes genommen, so ist das Interesse der Verwaltung schlecht berathen, wird er aus den Angehörigen eines dritten Landes genommen, so wird die Stellung der Landesbehörde kompromittirt. Der Debit, mag man ihn angestellten Verkäufern oder konzessionirten Handeltreibenden übertragen, würde nur auf Grund einer, von der Landesbehörde ertheilten Bestallung oder Konzession ausgeübt werden. Die Beaufsichtigung der Debitanten würde durch die Monopol-Verwaltung vorgenommen werden müssen, da deren Organe allein die hierzu nöthige Fachkenntniss besitzen. Die Entlassung oder Konzessions-Entziehung würde auf Antrag der Monopol-Verwaltung von der Landesbehörde erfolgen. Die Organe der Monopol-Verwaltung hätten also im ganzen Vereinsgebiete in jedem Orte, wo eine Debitsstelle sich befindet, also bis in die Dörfer, Verwaltungs-Handlungen vorzunehmen. Sie würden dabei von den zunächst Betheiligten nicht gern gesehen werden, schwerlich aber auch den Lokalbehörden eine angenehme Erscheinung sein und auf die herzliche Mitwirkung der letzteren rechnen können. Anträge auf Entlassung oder Konzessions-Entziehung, welche die Monopol-Verwaltung für vollkommen begründet hält, würden die Landesbehörden nicht selten für unbegründet erachten. Eine unparteiische Instanz zur Entscheidung solcher Meinungs-Verschiedenheiten würde schwer zu bilden, jedenfalls aber mit der Stellung der Landesbehörden unvereinbar sein. Es brauchen auch hier die Beispiele nicht vervielfältigt zu werden. Das gleichzeitige Wirken zweier selbstständigen Mächte auf dem nämlichen Gebiete führt nothwendig zu Reibungen und Konflikten, welche nach

natürlichen Gesetzen immer lebhafter und bitterer werden, und entweder mit der Unterwerfung der einen Macht unter die andere, oder mit der Sprengung des Verhältnisses endigen, aus welchem sie hervorgehen.

Die bisherige Untersuchung hat zunächst ergeben, dass das Tabak-Monopol für gemeinschaftliche Rechnung mit zwei Grundprinzipien des Zollvereins, der Gleichberechtigung der Vereins-Angehörigen und der administrativen Selbstständigkeit der Vereins-Regierungen in Widerspruch tritt. Es ist darauf versucht worden, einen Weg zu finden, auf welchem dasselbe, dieses Widerspruchs ungeachtet zur Ausführung gebracht werden könnte und dieser Versuch hat auf einen Widerspruch nicht bloß mit einzelnen Grundsätzen, sondern mit dem innersten Wesen des Zollvereins, der natürlichen Verschiedenheit und der Souveränität der Vereinsstaaten, geführt. Die Untersuchung könnte hiermit geschlossen werden, es wird indessen nicht überflüssig sein, noch einen, bisher unbeachtet gebliebenen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen.

Unter den, bei der vorliegenden Frage in Betracht kommenden Eigenthümlichkeiten des Vereins-Verhältnisses ist oben die Auflösbarkeit des Vereins nach Ablauf einer gewissen Periode hervorgehoben. Diese Eigenthümlichkeit beschränkt den Kreis derjenigen Einrichtungen, welche der Verein als gemeinschaftliche zu treffen im Stande ist. Eine auflösbare Gesellschaft souveräner Staaten wird wohl daran thun, sich von allen Unternehmungen fern zu halten, zu deren Ausführung es eines grossen Einschuss-Kapitals bedarf. Sie wird ein solches Kapital nicht wohl aus den laufenden Revenüen entnehmen können, sondern durch Staats-Anleihen beschaffen müssen, also durch ein Mittel, bei welchem nicht bloß das Verhältniss zum nächsten Zweck, sondern auch das Verhältniss zum Staatskredit der einzelnen Sozien in Betracht gezogen werden muss. Sie ist, im Fall der Auflösung, nicht im Stande, für die Abwicklung ihrer Unternehmungen die günstigen Zeiten zu wählen. Sie unterliegt bei der Abwicklung selbst dem hemmenden Einfluss der, von öffentlichen Verwaltungen zu beobachtenden Formen. Differenzen zwischen den einzelnen Sozien, welche bei derartigen Abwickelungen kaum zu vermeiden sind, erhalten leicht eine, über die blossen Finanzfrage hinaus gehende Bedeutung.

Der Zollverein hat sich denn auch bisher von solchen Unternehmungen fern gehalten. Das Einschuss-Kapital, welches die einzelnen Vereinsstaaten mitbrachten — wenn man die Zollabfertigungs- und Niederlage-Gebäude so bezeichnen

will — war in den meisten Staaten bereits vorhanden, war überall aus den laufenden Einnahmen zu beschaffen und würde, im Falle der Auflösung, seinen Werth behalten. Das gemeinschaftliche Vermögen des Vereins besteht nur aus Geld; seine Vertheilung erfolgt in jedem Vierteljahre und die letzte Theilung, welche eintreten möchte, würde sich von jeder gewöhnlichen Jahres-Abrechnung nicht unterscheiden.

Die Einführung des Tabakmonopols dagegen würde ein sehr grosses, erst zu beschaffendes Anlage- und Betriebskapital erfordern. Zunächst für die Anlegung und Einrichtung der Magazine und Fabriken. In Frankreich beläuft sich der Buchwerth der Gebäude, Mobilien, Maschinen, Geräthschaften und des sonstigen Inventariums in diesen Anlagen auf etwa fünf Millionen Thaler. Der Zollverein würde einer grösseren Anzahl von Magazinen bedürfen, als Frankreich, weil er etwa doppelt so viele Kulturbezirke zu berücksichtigen hätte; er würde einer grösseren Anzahl von Fabriken bedürfen, weil er vorzugsweise Cigarren und Rauchtabak verfertigen lassen müsste. Dessenungeachtet mag angenommen werden, dass er ebenfalls mit fünf Millionen ausreichen könne. Ferner sind Vorräthe von Rohtabak und Tabakfabrikaten erforderlich. In Frankreich beträgt das Gewicht dieser Vorräthe etwa zwei und ein halb mal so viel, als das Gewicht der jährlich debitirten Fabrikate, und man glaubt hiermit kaum genügend assortirt zu sein. Der jährliche Debit im Zollverein ist oben ¹⁾ auf 650,000 Ztr. veranschlagt und es würden daher, bei gleichem Verhältnisse, wie in Frankreich, die Vorräthe Jahr aus Jahr ein etwa 1,625,000 Ztr. betragen müssen. Diese Menge könnte zwar nicht auf einmal angeschafft werden, es müssten jedoch die Fonds bereit sein, um sie im Laufe der ersten Jahre zu erwerben und hierzu würden, wenn man den Zentner durchschnittlich nur zu 13 Rthlr. rechnet, über 21 Millionen Thaler nöthig sein. Endlich gehören zu dem Anlagekapital die, den vorhandenen Tabakfabrikanten zu gewährenden Entschädigungen. Diese Entschädigungen bestehen zunächst in dem Ersatze des Werthes der im Besitze der Fabrikanten befindlichen Bestände an rohen und fabrizirten Tabaken. Der hierzu erforderliche Aufwand bildet einen Theil der Ausgabe, welche die Verwaltung für Anschaffung ihrer Vorräthe zu machen hat und ist daher nicht weiter in Rechnung zu stellen. Sie bestehen ferner in dem Ersatze des Werthes der in den Fabriken vorhandenen Utensilien. Von diesen Utensilien wird die Verwaltung für ihre

¹⁾ Vergl. oben S. 86.

eigenen Fabriken nur in sehr beschränktem Umfange Gebrauch machen können; in den meisten Fällen wird sie dieselben verkaufen müssen und dabei höchstens auf Erstattung des Materialienwerthes rechnen können. Sie bestehen endlich in dem Ersatze des Schadens, welcher den Fabrikanten aus der Untersagung ihres Gewerbebetriebes erwächst¹⁾. Es soll hier nicht versucht werden, die Normen für diesen Ersatz zu ermitteln; immerhin würde derselbe aber doch so zu bemessen sein, dass er den Fabrikanten den Uebergang zu einer anderen Thätigkeit, ohne Opfer an ihrem eigenen Vermögen, gestattete, dass er also dem Betrage ihres bisherigen Gewerbsgewinnes für die Dauer der zur Begründung einer anderen Thätigkeit voraussichtlich erforderlichen Zeit entspräche. Die Verwaltung kann bei diesem Theile der Entschädigung namhafte Ersparnisse machen, wenn sie, was ohnehin in ihrem Interesse liegt, die Beamtenstellen in ihren Fabriken und Magazinen an bisherige Tabakfabrikanten überträgt, aber auch in diesem Falle wird sie sich der Zahlung von Umzugskosten nicht entziehen können. Mit Rücksicht hierauf wird man die gesammte Ausgabe an Entschädigung, ausschliesslich des Ersatzes für die Tabakvorräthe, schwerlich überschätzen, wenn man dieselbe auf durchschnittlich 800 Rthlr. für jede Fabrik veranschlagt. Bei etwa 2000 im Zollvereine vorhandenen Fabriken wäre also für die Entschädigungen ein Kapital von etwa 1,600,000 Rthlr. erforderlich. Es berechnet sich sonach das gesammte Anlage- und Betriebskapital der Verwaltung auf etwa 28 Millionen Thaler.

Ob dieses Kapital durch eine, von der Monopolverwaltung aufzunehmende Anleihe zu beschaffen, oder von den einzelnen Vereinsstaaten im Verhältniss ihres Antheils an den Revenüen einzuschiessen wäre, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls würden die einzelnen Vereinsstaaten in diesem Verhältniss den Gläubigern verhaftet sein und sie werden deshalb die Frage ernstlich zu erwägen haben, was aus diesem Kapital — für

¹⁾ In Frankreich ist im Jahre 1811 den Fabrikanten nur eine Vergütung für die Fabrik-Utensilien und die Vorräthe gezahlt, also ein eigentlicher Schadens-Ersatz nicht gewährt. In Oesterreich ist bei Einführung des Monopols in Tirol und in Ungarn ein solcher Ersatz bewilligt worden, und zwar in Ungarn an 16 Betheiligte durch eine Kapitals-Abfindung von zusammen 241,500 Fl., an 37 Betheiligte durch lebenslängliche Renten im Gesamtbetrage von 35,600 Fl. jährlich, an 18 Betheiligte durch Verleihung von Verschleissplätzen mit einem jährlichen Reinertrage von 21,159 Fl. In der That würde ein Schadens-Ersatz, nach deutschen Rechtsbegriffen, nothwendig bewilligt werden müssen.

Preussen etwa 14 Millionen — im Falle der Auflösung des Zollvereins werden wird.

Zunächst würde derjenige Theil desselben, welcher die, den Fabrikanten gewährte Entschädigung repräsentirt, also durch vorhandene Werthe nicht gedeckt ist, als ein, die Vereinsstaaten nach dem Maassstabe der Revenüentheilung treffender Verlust abgeschrieben werden müssen. Für diejenigen Vereins-Regierungen, welche nicht in der Lage sein möchten, das Monopol auf eigene Rechnung fortzusetzen, wäre dieses Kapital rein verloren. Der in den Magazinen und Fabriken angelegte Theil des Kapitals müsste, soweit nicht einzelne Vereins-Regierungen die in ihrem Gebiete befindlichen Anstalten im Wege freiwilliger Einigung übernehmen und sich auf ihren Antheil am Kapital anrechnen lassen wollen, durch Verkauf an den Meistbietenden flüssig gemacht werden. Dass hierbei erhebliche Verluste eintreten würden, bedarf kaum der Andeutung. Wie es endlich mit den vorhandenen Tabakvorräthen — ungefähr zwei Drittheilen des gesammten Kapitals — gehalten werden soll, dafür lässt sich schwer ein Plan erdenken. Der meistbietende Verkauf derselben würde den Verlust eines grossen Theiles des ganzen Kapitals zur Folge haben und überdies die einzelnen Vereinsstaaten auf Jahre hinaus in die Unmöglichkeit versetzen, den Tabakverbrauch zu einer Einnahmequelle zu machen. Die reine Naturaltheilung, bei welcher z. B. von jeder Sorte Cigarren Preussen 508 Stück und Nassau 12 Stück pr. Mille erhalten würde, wäre faktisch unausführbar. Die Naturaltheilung nach dem Buchwerthe im Wege der Verloosung würde diejenigen Staaten, welche das Monopol nicht beibehalten, mit Vorräthen belasten, deren Veräusserung ihnen die nämlichen Verluste und Nachtheile bereiten würde, welchen, bei dem Verkauf des gesammten Vorraths, alle Vereinsstaaten ausgesetzt wären. Sie würde diejenigen Staaten, welche das Monopol beibehalten, in die Lage bringen, Waaren annehmen zu müssen, welche dem Geschmacks-Partikularismus des Landes nicht entsprechen und deshalb für die Verwaltung unbrauchbar sind. Unter allen denkbaren Eventualitäten würden sehr fühlbare Kapitalverluste unvermeidlich sein.

Die Möglichkeit solcher Verluste fällt um so schwerer ins Gewicht, als keineswegs mit Sicherheit darauf zu zählen ist, dass das Monopol zu der Zeit, wo es als gemeinschaftliches Institut aufhören müsste, die erwarteten finanziellen Vortheile bereits vollständig gewährt habe. Die Einrichtung des Monopols ist keine leichte Aufgabe. In Frankreich hat man, ungeachtet der, im Jahre 1811 noch lebendigen Traditionen der

ferme générale, eine Reihe von Jahren hindurch grosse Missgriffe gemacht und ist erst nach und nach in die richtigen Bahnen gelangt. In Oesterreich datiren die günstigen Ergebnisse des sehr alten Monopols ebenfalls erst aus neuerer Zeit. Im Zollverein würde es nicht anders gehen. Die Erfahrungen in Frankreich und Oesterreich können vor manchen Abwegen bewahren, sie können aber, ausser vielem Anderen, nicht lehren, was von dem Geschmack der Verbraucher im Zollverein abhängig und für die Erfolge der Verwaltung entscheidend ist, nämlich: wie die Fabrikate beschaffen sein müssen, welche, mit Rücksicht auf die Kosten ihrer Erzeugung und den Umfang ihres Absatzes, die grösste reine Einnahme gewähren. Die Verwaltung wird auf ihre eigenen Kosten lernen müssen, und dieser Lehrkursus wird schwerlich in viel kürzerer Zeit, als der Dauer einer Vereinsperiode zu absolviren sein.

Von den beiden Formen des Tabakmonopols ist also die eine, das Monopol für gemeinschaftliche Rechnung, mit dem Wesen des Zollvereins, als einer auflösbaren Sozietät souveräner Staaten unvereinbar. Es ist nunmehr zu untersuchen, ob die zweite Form, das Monopol für privative Rechnung, ausführbar ist.

Ein Monopol für privative Rechnung besteht in sämtlichen Vereinsstaaten, mit Ausnahme Hannovers und Oldenburgs, in Betreff des Salzes. Es ist daher diese Form des Monopols erfahrungsmässig mit dem Wesen des Zollvereins verträglich und in der That ergiebt es sich auf den ersten Blick, dass der Einrichtung des Tabakmonopols auf privative Rechnung die Gründe, welche das Monopol auf gemeinschaftliche Rechnung unmöglich machen, nicht entgegenstehen würden. Die Gleichberechtigung der Vereinsangehörigen kommt nicht in Frage, denn die Tabakbesteuerung ist alsdann nicht mehr eine gemeinschaftliche Angelegenheit des gesammten Vereins und es kann deshalb die Beschränkung der Kultur auf gewisse Bezirke und der Verkauf von Tabak zu ermässigten Preisen keine prinzipiellen Bedenken finden. Die administrative Selbstständigkeit der Vereins-Regierungen bleibt gewahrt. Die mit einer gemeinschaftlichen Centralverwaltung verbundenen Konflikte können nicht eintreten. Die Beschaffung eines grossen gemeinschaftlichen Anlagekapitals ist nicht erforderlich. Die von der Theilung eines solchen Kapitals unzertrennlichen Schwierigkeiten und Verluste bleiben ausgeschlossen. Mit den bisher besprochenen Eigenthümlichkeiten des Vereinsverhältnisses ist also das Monopol für privative Rechnung vereinbar und der Vorgang des Salzmonopols scheint dafür zu bürgen, dass es

mit keiner anderen Eigenthümlichkeit dieses Verhältnisses in unlösbarem Widerspruch stehe.

Das Zollvereins-Verhältniss beruht bekanntlich auf dem gegenseitig freien Verkehr unter den Vereinsstaaten. Alle im freien Verkehr des einen Staates befindlichen Gegenstände können frei und unbeschwert in jeden anderen eingeführt werden. Eine Bewachung und eine Kontrolle des Verkehrs an den gegenseitigen Grenzen findet nicht statt. Das Monopol auf private Rechnung beruht auf der Voraussetzung, dass jeder Vereinsstaat den Verbrauch seiner Angehörigen an dem Monopolgegenstände ausschliesslich zum Besten seiner eigenen Kasse besteuert. Diese Voraussetzung ist nur dann vorhanden, wenn in jedem Vereinsstaate nur die, von der eigenen Verwaltung debitirten Monopolgegenstände verbraucht werden, wenn also die letzteren nicht Gegenstände des freien Verkehrs zwischen den Vereinsstaaten sind. So ist denn auch das Salz kein Gegenstand des freien Verkehrs und so würden Tabak und Tabakfabrikate kein Gegenstand des freien Verkehrs sein können. Im Interesse des Waaren-Austausches innerhalb des Zollvereins wäre es zu beklagen, wenn ein zweiter grosser Handelsartikel dem freien Verkehr entzogen würde, um des hohen finanziellen Interesses Willen würde man sich indessen die zweite Ausnahme so gut gefallen lassen, als die erste. Für dieses finanzielle Interesse ist es aber nicht genug, dass die Ausnahme gemacht wird; sie muss auch gehandhabt werden. Es muss verhindert werden, dass Tabakfabrikate aus dem einen in den anderen Vereinsstaat übergehen. Die Einrichtung, welche in allen anderen Fällen den Maassregeln gegen den Uebergang von Waaren über die Landesgrenze zu Grunde liegt, die Besetzung der Landesgrenze, ist nicht vorhanden; es fragt sich, welche Mittel zu Gebote stehen, um den Zweck ohne Grenzbesetzung zu erreichen.

Bei dem Salzmonopol ist er mit genügender Vollständigkeit erreicht worden.

Das zur menschlichen Nahrung in den Handel kommende Salz ¹⁾ hat die Eigenthümlichkeit, dass es, mehr als vielleicht

¹⁾ Für die Zwecke der Landwirthschaft und Viehzucht wird in Preussen und wohl auch in den übrigen Vereinsstaaten das Salz ohne Monopol-Gewinn verkauft. Das Nämliche findet zu Gunsten solcher Gewerbe statt, bei welchen das Salz entweder einen Hauptbestandtheil des Fabrikats selbst bildet, oder ein wesentliches Fabrikations-Mittel ist. Im Grossen und Ganzen ist daher nur das unmittelbar oder mittelbar zur menschlichen Nahrung bestimmte Salz dem Monopolpreise unterworfen und deshalb bei den, zur Sicherung des Monopols erforderlichen Maassregeln in Betracht zu ziehen.

irgend eine andere Waare, von Qualitäts-Unterschieden frei ist. Es ist hierbei nicht die chemische Zusammensetzung gemeint, sondern der Gebrauchswerth. Gewisse Salzarten eignen sich vorzugsweise für bestimmte Zwecke — das Einsalzen von Fischen, Butter u. s. w. — in einzelnen Gegenden hat man eine Vorliebe für gewisse Krystallformen; für den grossen Konsum hat aber ein Pfund Salz, es mag in Schönebeck, Wimpfen oder Liverpool dargestellt sein, den gleichen Werth. Diese Eigenschaft einer fungibeln Grösse hat das Salz nicht nur in Beziehung auf seinen Ursprung, sondern auch gegenüber dem Verbraucher. Der Reiche würzt seine Speisen mit keinem anderen Salze, als der Arme.

Eine zweite Eigenthümlichkeit des zur menschlichen Nahrung dienenden Salzes besteht darin, dass es von jedem Menschen, und zwar in nicht wesentlich verschiedener Menge verbraucht wird. Salz ist ein für Jedermann nothwendiges Nahrungsmittel, aber Niemand versalzt seine Speisen, weil es ihm auf den Preis des Salzes nicht ankommt. Als Genussmittel ist es nicht, wie Zucker, Kaffee, Tabak, Fleisch u. s. w., einer erheblichen Steigerung fähig, sondern auf ein bestimmtes, fast überall als gleich ermitteltes Maass beschränkt. Das Salz hat endlich die Eigenthümlichkeit, dass es sich in Wasser leicht auflöst, und in der Regel schon an der Luft feucht wird, also dem Verderben durch Nässe in hohem Grade ausgesetzt ist.

Diese Eigenthümlichkeiten haben es möglich gemacht, das Salzmonopol auf privative Rechnung ohne Grenzbesetzung und ohne Belästigung des allgemeinen Verkehrs durchzuführen. Wenn die Monopol-Verwaltung, was ihr nicht schwer fällt, dafür sorgt, dass überall ein reines, in seiner Krystallform den Gewohnheiten der Verbraucher entsprechendes Salz feilgehalten wird, so kann sie sicher sein, dass Niemand seinen Salzbedarf jenseits der Grenze herholen wird, sofern derselbe dort nicht erheblich billiger zu haben ist. Sie ist deshalb gegen den Uebergang von Salz aus einem anderen Vereinsstaate dann vollständig geschützt, wenn in dem letzteren das Salz zu keinem geringeren Preise verkauft wird, und es hat die Vereinbarung eines gleichen Verkaufspreises unter den einzelnen Monopol-Verwaltungen in der Sache selbst keine Schwierigkeit, weil es sich überall nur um eine einzige Qualität, also auch nur um einen einzigen Preis handelt. So ist es denn auch nach und nach im Zollverein gelungen, die Monopolpreise insoweit auszugleichen, dass zwischen den unmittelbar an einander grenzenden Vereinsstaaten Preisunterschiede,

welche den Uebergang von Salz aus dem einen in den andern zur Folge haben könnten, fast nirgends mehr bestehen ¹⁾. Bevor diese Ausgleichung erfolgt war, und noch jetzt im Verhältniss zu Hannover, hat man in einer anderen Eigenthümlichkeit des Salzes Hülfe gegen Einschwärmungen gefunden. Der Vereinsstaat, in welchem der höhere Salzpreis bestehet, verpflichtet die Bevölkerung an der Grenze gegen den Vereinsstaat, in welchem der niedrigere Preis bestehet, jährlich wenigstens eine gewisse, nach dem erfahrungsmässigen Minimalbedarf bemessene Menge Salz aus seinen Verkaufsstellen zu entnehmen, und umgekehrt lässt der Vereinsstaat, in welchem der niedrigere Salzpreis bestehet, in die Bezirke an der Grenze gegen den Vereinsstaat, in welchem der höhere Preis bestehet, nur so viel Salz ein, als nach dem erfahrungsmässigen Maximalbedarf für den Verbrauch seiner Bevölkerung in diesen Bezirken erforderlich ist. Indem auf diese Weise die Grenzbevölkerung in dem höher besteuerten Lande genöthigt ist, jedenfalls den grössten Theil ihres Salzbedarfs bei der eigenen Verwaltung zu entnehmen, und die Grenzbevölkerung in dem niedriger besteuerten Lande nur wenig Salz für den Schleichhandel abgeben kann, und indem ferner der Transport und Verkauf von Salz in den Grenzbezirken des niedriger besteuerten Landes gewissen Kontrollen unterworfen wird, ist eine eigentliche Grenzbesetzung und eine Ueberwachung des allgemeinen Verkehrs nicht erforderlich, um erhebliche Beeinträchtigungen des Monopols fern zu halten. Die dritte oben erwähnte Eigenschaft des Salzes kommt hierbei wesentlich zu Hülfe. Vermöge seiner Auflös-

¹⁾ Nach einer von der Preussischen Regierung ihrem Landtage im Januar 1857 vorgelegten Denkschrift beträgt der Monopolpreis en gros für 405 Pfund Pr.:

in Luxemburg	13 Thl. 12 Sgr. 9 Pf.				
» Bayern	13	»	4	»	—
» Preussen	12	»	—	»	—
» Anhalt	12	»	—	»	—
» Waldeck	12	»	—	»	—
» Sachsen	11	»	2	»	6
» Thüringen	10	»	18	»	4
» Schaumburg-Lippe	11	»	7	»	6
» Kurhessen	10	»	8	»	8
» Nassau	10	»	13	»	8
» Grossherzogth. Hessen	10	»	7	»	1
» Braunschweig	7	»	15	»	—
» Lippe	9	»	—	»	—
» Pyrmont	9	»	—	»	—

lichkeit in Wasser ist das Salz ein, für den Schleichhandel nicht besonders geeigneter Gegenstand. Es darf der Nässe nicht ausgesetzt werden, wenn es nicht verderben soll. Auf grössere Entfernungen kann es nicht transportirt werden, ohne dass es entweder durch das äussere Ansehen der Emballage verrathen wird, oder eine Verpackung erhält, deren Kosten einen sehr ansehnlichen Theil des bei der Einschwärzung zu hoffenden Gewinnes aufzehren. Der Bezug aus grösseren Entfernungen ist überdies nur wohlhabenden Verbrauchern und Händlern zugänglich. Den ersteren bietet der für ihre Verhältnisse nur geringfügige Gewinn, welcher bei einem solchen Bezuge zu machen ist, keinen Anreiz dar; die letzteren sind der Gefahr der Entdeckung ausgesetzt, wenn sie Salz feilhalten, welches von dem, durch die Monopol-Verwaltung debilitirten, verschieden ist.

Der Tabak besitzt keine einzige von den Eigenthümlichkeiten, welche es gestattet haben, das Salz zum Gegenstande des Monopols für privative Rechnung zu machen und dabei auf Grenzbesetzung und Kontrolle des allgemeinen Verkehrs zu verzichten. Er zerfällt in zahllose Qualitäts-Unterschiede. Er wird keineswegs von Jedermann verbraucht. Er wird von den Konsumenten keineswegs in einer auch nur annähernd gleichen Menge verbraucht. Er eignet sich vorzüglich gut zum Schleichhandel.

Es leuchtet ein, dass die vor Ausgleichung der Salzpreise an zahlreichen Grenzstrecken und noch jetzt an den Grenzen gegen Hannover zum Schutze des Salz-Monopols ergriffenen Mittel zum Schutze des Tabakmonopols nicht ergriffen werden können. Es ist geradehin unmöglich, die Grenzbevölkerung zu zwingen, dass sie eine gewisse Anzahl von Cigarren oder von Pfunden Rauch- oder Schnupftabak jährlich der Monopol-Verwaltung abkaufen soll. Es ist aber auch nicht möglich, den angrenzenden Vereinsstaat dadurch zu schützen, dass der Debit von Tabak in den Grenzbezirken auf eine gewisse Menge jährlich beschränkt wird. Es fehlt für die Abmessung dieser Menge an jedem Anhalt. Man weiss ungefähr, wieviel Tabak jährlich im ganzen Zollverein verbraucht wird; man weiss aber durchaus nicht, wieviel in einer bestimmten Gegend der Verbrauch beträgt, und noch weniger, wieviel er künftig unter Einwirkung der Monopolpreise betragen wird. Die Grenzbevölkerung, die Debitanten, die Monopol-Verwaltung selbst haben ein entschiedenes Interesse dabei, dass die Menge so hoch als möglich gegriffen wird. Irrthümer um das Doppelte und Dreifache würden keineswegs überraschen kön-

nen, würden aber für den Nachbarstaat die ganze Beschränkung bedeutungslos machen. Noch aus einem anderen Grunde würde sie bedeutungslos sein. Tabakfabrikate sind ohne grosse Kosten und ohne dass der Inhalt durch die Emballage verrathen wird, auf grössere Entfernungen zu transportiren. Schon ein mässiger Preis- oder Qualitäts-Unterschied würde den etwas wohlhabenden Verbraucher veranlassen, Bezüge aus Orten jenseits des limitirten Grenzbezirks zu machen, und die Verwaltung würde ohne Grenzbesetzung und Revision an der Grenze völlig ausser Stande sein, solche Bezüge zu entdecken oder zu verhindern.

Es bleibt also, wenn Grenzbesetzung und Verkehrs-Kontrolle nicht eintreten sollen, zum Schutze des Tabakmonopols nichts übrig, als eine Gleichstellung der Preise. Diese Gleichstellung war bei dem Salze, wo es sich nur um eine einzige Qualität handelt, sachlich nicht schwierig; auf welche Weise sie beim Tabak herbeizuführen wäre, wird am leichtesten anschaulich werden, wenn die beliebteste Sorte des Rauchtabaks, die Cigarren, als Beispiel gewählt und unter den Cigarren wiederum nur das eigene Fabrikat der Monopol-Verwaltung, also nicht die importirten Cigarren, ins Auge gefasst wird.

Die Monopol-Verwaltungen im Zollverein würden sich zunächst darüber zu verständigen haben, zu wieviel verschiedenen und zu welchen Preisen sie Cigarren verkaufen wollen. Nach der Anlage II. zerfallen die von der Oesterreichischen Verwaltung debitirten Cigarren eigener Fabrikation in sieben Preisklassen und dreizehn Qualitäts-Klassen; im Zollverein würde man gewiss mindestens der gleichen Anzahl von Klassen bedürfen. Es mag angenommen werden, man verständige sich über diese Anzahl und über Preise beispielsweise von 15 Sgr., 22½ Sgr., 1 Rthlr. 2 Sgr., 1½ Rthlr., 2 Rthlr. 2½ Sgr., 2½ Rthlr. und 3 Rthlr. pro 100 Stück.¹⁾ Offenbar ist hiermit noch nichts gewonnen. Es giebt Cigarren, welche doppelt so viel Tabak enthalten, also, bei gleicher Qualität des Blattes, den doppelten

¹⁾ Den obigen Preisen, als Verkaufspreise der Verwaltung angenommen, würden, wenn die Kosten des Detail-Verkaufs, wie in Frankreich, auf etwa 11 pCt. jener Preise veranschlagt werden, Detail-Verkaufspreise von 2, 3, 4, 6, 8, 10 Pf. und 1 Sgr. für die einzelne Cigarre entsprechen. In den Staaten des 52½ Guldenfusses müssten, wenn die einzelne Cigarre mit einem Stück der Landesmünze soll bezahlt werden können, die Preise anders regulirt werden. Durch diese Nothwendigkeit verschiedener Preise, welche auch bei dem Monopol für gemeinschaftliche Rechnung nicht zu umgehen wäre, würde die Verständigung noch wesentlich erschwert werden.

Gebrauchswerth haben, als andere; es könnten also 100 Stück Cigarren in einem Staate für den Verbraucher so viel werth sein, als 200 Stück der nämlichen Preisklasse in dem anderen Staate. Es müsste daher zwischen den Monopol-Verwaltungen ferner das Gewicht von 100 Stück jeder Preisklasse vereinbart werden. Man mag sich auch hierüber verständigen, hat aber damit ebenfalls noch nichts gewonnen. 100 Stück Cigarren einer gewissen Preisklasse, welche ein Pfund wiegen, in dem einen Staate gefertigt, können, vermöge der Qualität der dazu verwendeten Blätter, für den Verbraucher den doppelten Werth haben, als die nämliche Anzahl bei dem nämlichen Gewicht und dem nämlichen Preise in dem anderen Staate. Es ist dies eine keineswegs fern liegende Voraussetzung. Bereits oben ist nachgewiesen¹⁾, dass die Verwaltung, wenn sie zu dem einmal festgesetzten Preise eine bessere Waare mit geringerem Gewinn im Einzelnen verkauft, im Ganzen ein finanziell vortheilhafteres Geschäft machen kann, als wenn sie zu dem nämlichen Preise eine schlechtere Waare mit grösserem Gewinn im Einzelnen verkauft. Es könnte daher eine der verschiedenen Verwaltungen sehr wohl auf den Versuch kommen, ihren geringen Cigarren mit einem Mehraufwande von vielleicht $2\frac{1}{2}$ Sgr. per Pfund, eine Einlage von Amerikanischen, statt von inländischen Blättern zu geben. Ob sie dabei auf die Dauer ihre Rechnung finden würde, kann dahin gestellt bleiben; jedenfalls würde sie, so lange der Versuch dauert, eine wesentlich bessere Waare, als die übrigen Verwaltungen, zu dem nämlichen Preise mit den letzteren feilhalten. Ein solcher Qualitäts-Unterschied wäre ein mächtiger Reiz für den Schleichhandel. Je weniger die Verbraucher bisher an eine Beschränkung in der Auswahl der Waare gewöhnt sind, und je weniger ihnen die, durch das Monopol eintretende Vertheuerung willkommen sein wird, um so mehr werden sie sich bemühen, sich die beste Qualität zu verschaffen, welche für den einmal festgesetzten Preis zu haben ist und sie werden hierbei, wie oben erwähnt, durch die Leichtigkeit unterstützt werden, mit welcher Tabakfabrikate auch aus grösseren Entfernungen und ohne Gefahr der Entdeckung bezogen werden können. Es müsste also zwischen den Monopol-Verwaltungen endlich noch die Qualität einer jeden Preisklasse vereinbart werden. Diese Vereinbarung kann erfolgen, indem entweder die Sorten oder die Maximalpreise der in jeder

¹⁾ Vergl. oben S. 56.

Preisklasse zu verwendenden Blätter gemeinschaftlich bestimmt werden. Es wäre aber auch durch solche Bestimmungen der Zweck nicht zu erreichen. Eine wirksame Vereinbarung über die Blattersorten liesse sich allenfalls denken, wenn sämtliche Verwaltungen nur ausländische Blätter verarbeiteten, da sie aber auch inländische Blätter, und zwar in recht ansehnlicher Menge verwenden würden, da jede Verwaltung durch die Natur der Sache zunächst auf die im eigenen Lande erzeugten Blätter angewiesen wäre und da zwischen den, in den vereinsländischen Kulturbezirken erzeugten Blättern sehr grosse Qualitäts-Unterschiede obwalten, so würde eine einigermaassen übereinstimmende Qualität durch eine solche Vereinbarung nicht sicherzustellen sein. Eine Verständigung über den Maximalbetrag der Blätterpreise würde eben so wenig eine Garantie gewähren. Dieser Betrag muss, wenn die Fabrikation nicht geradezu erstickt werden soll, reichlich bemessen sein; ist er aber reichlich bemessen, so schliesst er sehr beträchtliche Qualitäts-Unterschiede nicht aus. Denn das jetzt zwischen dem inländischen und dem ausländischen Tabak bestehende natürliche Preisverhältniss hört mit der Einführung des Monopols auf. Der inländische Tabak wird, wie wiederholt bemerkt worden, theurer, als er bei freier Konkurrenz sein würde, und es liegt der Fall sehr nahe, dass ein unter günstigen Konjunkturen gekaufter ausländischer Tabak wenig mehr kostet, als für den weit geringeren inländischen Tabak, im Interesse der Erhaltung der Kultur, gezahlt werden muss. Es ist also die Gleichheit der Qualität nicht sicherzustellen; ohne Gleichheit der Qualität gewährt aber die Gleichheit der Preise keinen Schutz.

Im Interesse der Beweisführung ist bisher vorausgesetzt worden, dass sich die einzelnen Monopol-Verwaltungen, soweit es zu ihrem gegenseitigen Schutze erforderlich ist, über alle Details des Geschäfts unter einander verständigen werden. Es ist nachgewiesen, dass auch unter dieser Voraussetzung der erforderliche Schutz nicht zu erreichen ist, und es bedarf kaum des Nachweises, dass die Voraussetzung selbst auf sehr schwachen Füßen steht. Dass sich sieben oder acht selbstständige Verwaltungen — und so viel würde es doch mindestens im Zollverein geben — über die Anzahl, den Preis, das Gewicht und die Qualität der von ihnen zu fabrizirenden Waaren-Kategorien verständigen sollten, ist beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Ueber Fragen, wie diese, welche nicht nur für das finanzielle Ergebniss des Monopols, sondern auch

für dessen Aufnahme von Seiten der Bevölkerung geradezu entscheidend sind, würde eine Verständigung selbst dann sehr schwierig sein, wenn jede Verwaltung eine Fülle praktischer Anschauungen und Erfahrungen in die Verhandlungen brächte, sie wird aber unmöglich, wenn die Verwaltungen mit einer Auffassung an diese Frage herantreten müssen, welche nicht auf praktischer Erfahrung, sondern nur auf theoretischen Studien und auf der Bekanntschaft mit dem Geschmacks-Partikularismus des eigenen Landes beruht. Einer Verwaltung, welche lediglich die Verhältnisse des eigenen Landes zu berücksichtigen hätte, würde die Entscheidung jener Fragen schon schwere Stunden bereiten, obgleich sie den Trost haben würde, dass sie jeden Missgriff, den sie gemacht hat, so bald sie ihn erkennt, berichtigen kann. Verwaltungen, welche sich über eine Entscheidung verständigen sollen, bei welcher die Verhältnisse verschiedener Länder zu berücksichtigen sind und welche wissen, dass sie an die Entscheidung gebunden bleiben, auch wenn dieselbe ein Missgriff sein sollte, würden durch den Abschluss der Verständigung eine Verantwortlichkeit übernehmen, welche sie mit gutem Gewissen gar nicht übernehmen können.

Es ist ferner bisher vorausgesetzt worden, dass das Tabakmonopol für privative Rechnung in sämmtlichen Vereinststaaten werde eingeführt werden, und auch diese Voraussetzung ist mehr als zweifelhaft. Nicht deshalb, weil hier oder da Neigung oder Bedürfniss fehlen möchte — hierauf kommt es bei der gegenwärtigen Untersuchung überhaupt nicht an, — sondern deshalb, weil die territoriale Lage einiger Vereinststaaten kaum zu überwindende sachliche Schwierigkeiten in den Weg legt. Es ist bei Darstellung der zum Schutze des Tabakmonopols für gemeinschaftliche Rechnung erforderlichen Einrichtungen nachgewiesen, dass ungefähr in zwei Fünftheilen des Hannoverschen und Oldenburgischen Gebiets Tabak zu ermässigten Preisen würde verkauft werden müssen und es leuchtet ein, dass diese Einrichtung auch für den Schutz des Monopols für privative Rechnung unentbehrlich sein würde. Bei dem Monopol für gemeinschaftliche Rechnung könnten sich Hannover und Oldenburg eine solche Einrichtung wohl gefallen lassen, denn da dieselbe im Interesse der Gesammtheit nöthig ist, würde sie bei der Revenuentheilung nicht in Anschlag gebracht werden und es würden beide Regierungen den Antheil, welcher ihnen an der Gesamt-Einnahme nach dem Bevölkerungs-Verhältniss zukommt, unver-

kürzt erhalten. Bei dem Monopol für privative Rechnung dagegen würden sie gerade nur diejenige Einnahme erhalten, welche bei ihren Kassen aufkommt, also von drei Fünftheilen des Landes eine volle, von zwei Fünftheilen eine halbe oder Viertel-Einnahme. Ob beide Regierungen, einem solchen Ergebniss gegenüber, die Einführung des Monopols für möglich halten würden, muss dahin gestellt bleiben, als wahrscheinlich wird es indess Niemand ansehen können. Wird das Monopol in Hannover nicht eingeführt, so kann es auch in Braunschweig nicht eingeführt werden. Wird es in Hannover und Braunschweig nicht eingeführt, so ist ein beträchtlicher Theil der Grenzen von Preussen und Kurhessen ohne jeden Schutz.

Sollte aber wirklich das kaum Denkbare eintreten, sollten sich sämtliche Vereins-Regierungen zur Einführung des Monopols für privative Rechnung entschliessen und eine Vereinbarung unter sich zu Stande bringen, welche den nächsten Zweck, den gegenseitigen Schutz des Monopols, sicherstellte, so wäre damit der Zweck des Monopols selbst, nämlich die Beschaffung einer möglichst hohen Einnahme vom Tabakverbrauch bei möglichst geringer Belästigung der Verbraucher, unwiederbringlich aufgegeben. Die Einrichtungen, welche zur Erreichung dieses letzten Zweckes nöthig sind, werden und können nicht fertig und unverbesserlich aus dem Haupte der Verwaltungen heraustreten, sie werden und müssen im Anfange an vielen Mängeln leiden und es wird mancher Jahre und vieler Arbeit bedürfen, um sie allmählig zur Vollendung zu bringen. Soll aber diese Arbeit von Erfolg sein, so muss sie Freiheit der Bewegung haben, und diese Freiheit der Bewegung ist mit einer Vereinbarung, wie sie hier vorausgesetzt ist, unvereinbar. Wenn die Verwaltung nicht Herr ihrer Fabrikation und ihrer Verkaufspreise ist, wenn sie nicht vermag, durch Einführung neuer oder Verbesserung vorhandener Sorten, durch Ermässigung oder Erhöhung der zuerst angenommenen Preise die Anforderungen der Konsumenten mit dem Interesse der Staatskasse in Einklang zu bringen und zu erhalten, wird sie niemals im Stande sein, das zu leisten, was sie leisten soll, und das Ziel zu erreichen, durch welches die Einführung des Monopols allein gerechtfertigt werden kann.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, dass diejenigen Maassregeln, durch welche der Uebergang von Salz aus einem Vereinsstaate in den anderen verhindert wird, nicht angewendet werden können, um den Uebergang von Tabakfabrikaten aus einem Vereinsstaate in den anderen zu verhindern. Es

muss daher entweder zu anderen Maassregeln geschritten oder es muss auf die Durchführung des Einfuhr-Verbots verzichtet werden. Als andere Maassregeln bieten sich nur die Besetzung der Grenzen zwischen den Vereinsstaaten und die Revision an der Grenze dar. Diese Revision müsste sich auf alle, die Grenze passirenden Güter erstrecken, da Tabakfabrikate jede beliebige Umhüllung gegeben werden kann, mithin keinem Kollo anzusehen ist, ob es solche Fabrikate enthält, oder nicht. Die Revision aller die Grenzen zwischen den Vereinsstaaten passirenden Güter wäre aber nichts Anderes, als die Aufhebung des freien Verkehrs im Zollverein, oder mit anderen Worten die Aufhebung des Zollvereins selbst. Der Verzicht auf die Durchführung des Einfuhrverbots würde zur Folge haben, dass Tabakfabrikate, welche in dem einen Vereinsstaate fabrizirt sind, in dem anderen verbraucht werden, dass also ein grösserer oder geringerer Theil der, von dem Tabakverbrauch der Bewohner des letzteren aufkommenden Steuer in die Kasse des ersteren fliesst. Eine solche Besteuerung der Bewohner des einen Vereinsstaates zu Gunsten der Kasse des anderen wäre aber gleichbedeutend mit dem Aufhören des Monopols für private Rechnung.

Der hieraus herzuleitenden Folgerung, dass auch die zweite denkbare Form des Tabakmonopols mit dem Wesen des Zoll-Vereins unvereinbar sei, kann man die Bezugnahme auf Einrichtungen entgegen zu setzen versuchen, von welchen die eine im Zollverein selbst, die andere in Italien seit Jahren besteht.

Bekanntlich sind in den einzelnen Vereinsstaaten gewisse Gegenstände bei ihrer Hervorbringung oder Zubereitung mit inneren Steuern belegt. Der Ertrag dieser Steuern fällt nicht in die Gemeinschaft, sondern verbleibt demjenigen Vereinsstaate, welcher die Steuer erhebt. Die Gegenstände, welche mit einer inneren Steuer belegt, und die Sätze, welche bei dieser Besteuerung nicht überschritten werden dürfen, sind durch Vereinbarung bestimmt, es ist aber jedem Vereinsstaate überlassen, ob und welche von jenen Gegenständen er besteuern und ob er mit dem Steuersatze bis zu dem vereinbarten Maximal-Betrage vorgehen will. So findet denn auch zwischen den einzelnen Vereinsstaaten weder hinsichtlich der Gegenstände, noch hinsichtlich der Höhe der inneren Besteuerung Uebereinstimmung statt. Im Norden sind Branntwein, Bier, Wein und Most, Tabak und Tabakfabrikate, im Süden nur Branntwein und Bier inneren Produktionssteuern unterworfen;

die Steuern von Branntwein und Bier sind im Norden anders als im Süden, und auch innerhalb dieser Gruppen zum Theil verschieden bemessen. Mit Rücksicht theils auf diese Verschiedenheit, theils auf den privativen Charakter der inneren Besteuerung erhebt jeder Vereinsstaat von denjenigen Gegenständen, deren Produktion er im eigenen Lande besteuert, wenn sie aus einem anderen Vereinsstaate zum Verbräuche bei ihm eingehen, eine dem Betrage seiner inneren Steuer entsprechende (Uebergangs-) Abgabe für private Rechnung. Diese Abgabe wird kontrolirt und erhoben, ohne dass eine eigentliche Besetzung oder gar eine Revision des allgemeinen Verkehrs an der Binnengrenze stattfindet. Man könnte meinen, dass die Mittel, welche zu diesem Zwecke angewendet werden, genügen müssten, um die in der Form des Monopols stattfindende Besteuerung des Tabakverbrauchs sicherzustellen.

Eine solche Meinung würde zunächst den grossen Unterschied unbeachtet lassen, welcher zwischen der Durchführbarkeit niedriger Eingangsabgaben und der Durchführbarkeit eines Einfuhrverbotes obwaltet. Die Uebergangs-Abgaben betragen in den nördlichen Vereinsstaaten für Branntwein 18 Pf., für Bier etwa 3 Pf., für Wein etwa $8\frac{1}{3}$ Pf. vom Preussischen Quart, für Tabak und Tabakfabrikate etwa $2\frac{1}{3}$ Pf. vom Pfunde. Gegen diese, beim Bier, Wein und Tabak jedenfalls sehr niedrigen Abgaben, für deren Erhebung die dem Publikum bequemsten Formen gewählt sind, kann Jedermann seinen Bedarf aus anderen Vereinsstaaten beziehen. Bei dem Monopol für private Rechnung würde der Bezug von Tabakfabrikaten aus anderen Vereinsstaaten unbedingt verboten, oder doch von Förmlichkeiten und Abgabenzahlungen abhängig sein, welche einem Verbote gleichbedeutend wären. Auf der einen Seite ist also der möglichst geringe, auf der anderen Seite wäre der möglichst grosse Anreiz zum Schleichhandel vorhanden. Die Uebergangsabgaben beschränken sich ferner, mit einer Ausnahme, auf Getränke, also auf Gegenstände, von denen grössere Mengen nur in Umhüllungen, welche den Inhalt auf den ersten Blick erkennbar machen, kleinere Mengen nur in zerbrechlichen Umhüllungen transportirt werden können. Zur Sicherung der Verabgabung genügt deshalb eine allgemeine Beaufsichtigung des Verkehrs auf den eigentlichen Verkehrsstrassen, denn die auf diesen Strassen erfolgenden Sendungen sind augenblicklich erkennbar und eine gewerbsmässige Hinterziehung der Abgabe durch Sendungen auf Nebenwegen verspricht selten einen Gewinn, welcher mit den Kosten des Transports und der Gefahr

des Verderbens im Verhältniss steht. Gelegentliche Hinterziehungen der Abgabe für kleinere Mengen, die im nachbarlichen Verkehr und durch Reisende übergeführt werden, können, mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der Abgabe, unbeachtet bleiben. Die Gegenstände des Tabakmonopols sind, wie mehrfach bemerkt worden, ohne dass sie durch das Ansehen der Verpackung verrathen werden und ohne dass sie dem Verderben ausgesetzt sind, in grösseren und kleineren Mengen mit Leichtigkeit zu transportiren. Der bei ihrer Einschwärzung zu machende Gewinn würde schon bei nicht allzu grossen Preis- oder Qualitäts-Unterschieden recht beträchtlich sein. Die Höhe der, auf ihnen ruhenden Abgabe würde es nicht gestatten, gelegentliche Hinterziehungen unbeachtet zu lassen. Uebergangsabgaben werden endlich keineswegs an allen Binnengrenzen erhoben. Für die Uebergangsabgaben von Wein und Tabak sind sämmtliche nördliche Vereinsstaaten, für die Uebergangsabgaben von Bier sind Preussen, Sachsen, Thüringen und Braunschweig, für die Uebergangsabgaben von Branntwein sind Preussen, Sachsen und Thüringen als ein einziger Staat anzusehen. Die Länge der Grenze, über welche ein gesetzwidriger Verkehr stattfinden kann, ist daher weit geringer, als die Länge der Binnengrenzen überhaupt. Bei dem Tabakmonopol für privative Rechnung würde die Länge der, dem Schleichhandel ausgesetzten Grenzen von der gesammten Länge der Binnengrenzen schwerlich sehr verschieden sein. Uebrigens möge man nicht glauben, dass Hinterziehungen der Uebergangsabgaben nicht vorkämen. Es müssen wegen solcher Hinterziehungen Jahr aus Jahr ein über hundert Defraudationsprozesse eingeleitet werden und diese Zahl erscheint nicht klein, wenn man erwägt, wie beschränkt die Aufsicht ist, welche bei dem Uebergangsverkehr stattfindet. An Tabak und Tabakfabrikaten insbesondere sind im Jahre 1855 über 11 Ztr., hauptsächlich Cigarren, in Beschlag genommen worden und es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn die Preussische Regierung vor Kurzem die Ansicht geäussert hat, dass die Uebergangsabgabe vom Tabak, so gering sie ist, kaum zu schützen sei¹⁾.

Zwischen Oesterreich, Modena und Parma besteht bekanntlich seit dem 1. Februar 1853 ein Zollverein und in allen drei Staaten besteht schon seit langer Zeit das Tabakmonopol. In

¹⁾ Bericht der Kommissionen des Preussischen Abgeordnetenhauses über eine höhere Besteuerung des Tabaks vom 15. März 1856. S. 8.

dem zwischen ihnen am 9. August 1852 abgeschlossenen Zoll-einigungs-Vertrage ist wegen dieses Monopols Folgendes bestimmt: »Die Preise der einzelnen Tabaksorten in den drei Vereinsstaaten sollen zur grössten mit ihrer Qualität und der Verschiedenheit der Valuten vereinbarlichen Gleichförmigkeit gebracht werden. Um sie zu bestimmen, wird unmittelbar nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages in einer der Städte des Lombardisch-Venezianischen Königreichs eine im ministeriellen Wege zu ernennende Kommission zusammentreten, welche aus einem Beamten für jeden der drei Staaten zu bestehen hat, und welche nach Prüfung der Qualität der in jedem der kontrahirenden Staaten in Verkauf stehenden Tabake und mit Annahme der, in den Lombardischen Provinzen geltenden Preise als Regulatoren, in einem besonderen für das Lombardisch-Venezianische Königreich und die Herzogthümer verbindlichen Tarife, das Maass und die Preise im Gross- und Kleinverschleisse und jede einzelne Tabakgattung bestimmen wird, wobei soviel möglich die gegenwärtig in jedem Staate üblichen Benennungen beizubehalten sind. Die hohen Vertragstheile verpflichten sich, aufmerksam darüber zu wachen, dass die von ihnen abhängenden bezüglichlichen Verschleisser und insbesondere die an den Zwischengrenzen gelegenen, ihren Verschleiss nicht über den ihnen zugewiesenen Bezirk ausdehnen. Während der Dauer des gegenwärtigen Zollvereins wird jeder der Vereinsstaaten das Tabakgefäll in eigener Verwaltung behalten, mit Ausschluss jedes Pachtes.« Man hat also hier in einem Zollverein, welcher auf den nämlichen Grundlagen beruhet, als der Deutsche Zollverein, das Tabakmonopol für privative Rechnung für ausführbar gehalten und ausgeführt. Dass erhebliche Uebelstände bei der Ausführung hervorgetreten seien, ist nicht bekannt geworden. Man sollte meinen, dass auch in Deutschland gelingen müsste, was in Italien gelungen ist.

Die angeführte Vertrags-Bestimmung ergiebt zunächst, dass man auch in Italien den Schutz des Monopols auf dem nämlichen Wege gesucht hat, dessen Zulässigkeit für den Zollverein bereits Gegenstand der Untersuchung war, nämlich: Gleichstellung der Debitspreise und Qualitäten und Beschränkung des Debits in den Grenzbezirken. Dass dieser Weg in Italien eingeschlagen werden konnte, und dass er im Zollverein nicht eingeschlagen werden kann, liegt darin, dass das Tabakmonopol in Oesterreich, Modena und Parma schon lange vor der Zolleinigung bestand, im Zollverein aber noch nirgends besteht, und dass die Lage Oesterreichs, Modenas

und Parmas zu einander eine andere ist, als die der Zollvereinsstaaten.

Die Verwaltungen im Lombardisch-Venezianischen Königreiche, in Modena und in Parma kannten seit einer langen Reihe von Jahren mit voller Genauigkeit die Mengen jeder einzelnen Gattung von Tabakfabrikaten, welche in jedem einzelnen Orte der Grenzbezirke verkauft waren, und sie konnten deshalb mit voller Sicherheit die Verpflichtung übernehmen und ausführen, den Debit in jenen Orten auf den ordnungsmässigen Debitsbezirk zu beschränken. Die Verwaltungen in Italien haben ferner ihre Lehrjahre längst hinter sich, sie wissen, welche Qualitäten und welche Preise dem Zweck des Monopols am Besten entsprechen. Auch die Verbraucher in Italien haben ihre Lehrjahre hinter sich, sie haben sich an die Monopol-Einrichtungen und an die Fabrikate ihrer Verwaltung gewöhnt und es wird erheblicher Preis- oder Qualitäts-Unterschiede bedürfen, um anderen Fabrikaten Eingang zu verschaffen. Die Verwaltungen hatten also bei den Verhandlungen über Ausgleichung der Qualitäten und Preise einen festen Boden unter den Füßen; sie wussten ganz genau, worauf sie bestehen mussten und was sie nachgeben konnten; kleine Unterschiede konnten sie um so eher hingehen lassen, als die Verschiedenheit der Landeswährungen dem Schleichhandel mit kleinen Mengen ohnehin nicht günstig ist. Italien hat keinen bedeutenden Tabakverbrauch. Während im Durchschnitt der sechs Jahre 1851—1856 in den deutsch-slavischen Kronländern Oesterreichs 1,77 W. Pfund Rauchtabak aller Art und 0,22 W. Pfund Schnupftabak, zusammen 1,99 W. Pfund Tabakfabrikate auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht wurden, betrug der Verbrauch in den Italienischen Kronländern nur 0,56 W. Pfund Rauchtabak aller Art und 0,32 W. Pfund Schnupftabak, zusammen 0,88 W. Pfund Tabakfabrikate, also in Italien noch nicht die Hälfte von dem Verbräuche in den übrigen, dem alten Monopole unterworfenen Landestheilen. Der Verbrauch in Modena und Parma wird gewiss nicht grösser gewesen sein, als der Verbrauch in der Lombardie und Venedig. Ein geringer Verbrauch, also eine beschränkte Nachfrage, ist mit einer kleineren Anzahl von Sorten zu befriedigen, als eine ausgedehnte Nachfrage bei starkem Verbrauch. Die Anlage II. beweist, dass die Oesterreichische Verwaltung in Italien weit weniger Tabaksorten, namentlich bei Rauchtabak und Cigarren, debitirt, als in den übrigen Kronländern. Die Verwaltungen in Modena und Parma werden schwerlich ein

reicherer Assortiment zum Verkauf gestellt haben. Mit der Anzahl der Sorten vermindert sich aber die Schwierigkeit der Ausgleichung. Ein geringer Verbrauch bietet ferner dem Schleichhandel weit weniger Chancen dar, als ein starker Verbrauch. Ueberdies ist die Grenze der Lombardie gegen die beiden Herzogthümer nur etwa 30 Meilen lang und wird zum grösseren Theile durch den Po gebildet. Eine allgemeine Beobachtung des, zur Zeit noch durch keine Eisenbahn vermittelten Verkehrs über diese Grenze ist daher, auch ohne eigentliche Grenzbesetzung, nicht schwierig und im schlimmsten Falle würde, wenigstens für Oesterreich, der Schleichhandel keine Dimensionen erreichen können, welche auf das Gesamt-Ergebniss des Monopols von Einfluss wären. Für die ganze Gestaltung des Verhältnisses ist endlich die politische Stellung Oesterreichs zu Modena und Parma ein keineswegs unerheblicher Faktor.

Es wird des Nachweises nicht bedürfen, dass im Zollverein keine von den Voraussetzungen vorhanden ist, welche in Italien die Durchführung des Tabakmonopols für privative Rechnung ohne Aufhebung des freien Verkehrs möglich gemacht haben. Das Ergebniss der bisherigen Untersuchung wird also durch die Bezugnahme auf den Oesterreichisch-Estensisch-Parmensischen Zollverein nicht entkräftet. Auch das Tabakmonopol für privative Rechnung ist mit dem Wesen des Zollvereins nicht vereinbar.

Die vorliegende Untersuchung ist hiermit zum Schluss gelangt. Sie hat gezeigt, dass die Besteuerung des Tabakverbrauchs in der Form des Monopols im Zollverein unausführbar ist, wie man auch übrigens über die Vortheile oder Nachtheile dieser Besteuerungsform denken mag. Im finanziellen Interesse der Vereinsstaaten ist dieses Ergebniss nicht erwünscht. Theorie und Erfahrung beweisen, dass eine hohe Einnahme von der Besteuerung des Tabakverbrauchs nur auf zwei Wegen zu erreichen ist: durch das Tabak-Monopol oder durch Unterdrückung der inländischen Kultur¹⁾. Den ersten Weg

¹⁾ Es soll hiermit keinesweges behauptet sein, dass sich im Zollverein eine höhere, als die jetzt aufkommende Einnahme vom Tabakverbrauch überhaupt nicht erreichen lasse. Wenn die in den nördlichen Vereinsstaaten bestehende Abgabe vom Tabakbau — oben S. 14 — unter Erhöhung der Abgabensätze, auf den gesammten Verein übertragen, ihr Ertrag zu einer gemeinschaftlichen Einnahme gemacht und mit dieser Maassregel eine Erhöhung der Eingangs-Abgaben vom ausländischen Tabak in Verbindung gesetzt wird,

kann man nicht betreten; vor der Betretung des zweiten wird man sich scheuen. Es zeigt sich hier wiederum, dass Eines sich nicht für Alle schickt, und es trifft dieser Satz mehr als eine Seite des vorliegenden Verhältnisses. Die Verschiedenheiten der National-Charaktere sind nicht blos bei Fragen der eigentlichen Politik — äusseren oder inneren — ein Element der Rechnung, sie dürfen auch bei Fragen der Besteuerung nicht unbeachtet bleiben. Der Deutsche Charakter nimmt polizeiliche Beschränkungen leichter hin, als der Französische, und sehr viel leichter als der Englische, fiskalische Beschränkungen dagegen lässt er sich weit schwerer gefallen, als der Französische oder Englische. Die Veranlagungs- und Kontrollformen der Englischen Einkommensteuer und Accisen und des Französischen droit des boissons würden, wenigstens im nördlichen Deutschland, einer Abneigung von solcher Allgemeinheit und Entschiedenheit begegnen, dass die Ausführung auf ernste Schwierigkeiten stossen würde, und das Tabakmonopol möchte sich schwerlich einer günstigeren Aufnahme zu erfreuen haben. Solche Schwierigkeiten sind auch vom rein fiskalischen Standpunkte aus nicht zu unterschätzen. Einer herzlichen Zuneigung der Steuerzahler wird sich freilich eine Steuer überhaupt nicht leicht erfreuen, es ist aber für die Durchführbarkeit, also für das finanzielle Ergebniss einer Steuer keineswegs gleichgültig, wenn sie dem herzlichen Widerwillen der Steuerzahler begegnet.

Dieses Verhältniss werden diejenigen nicht unerwogen lassen dürfen, welche zwar von der Unausführbarkeit des Tabakmonopols im Zollvereine sich überzeugen, eben darum aber bedauern möchten, dass der Zollverein den einzelnen Vereinsstaaten die Benutzung jener reichen Einnahmequelle verschliesse. Eine solche Auffassung würde indessen auch noch die weitere Frage beherzigen müssen: ob denn, wenn es keinen Zollverein gäbe, die einzelnen Vereinsstaaten wirklich im Stande wären, sich diese Einnahmequelle anzueignen. Es würde ein nutzloser Versuch sein, diese Frage hier beantworten zu wollen, also auf die verschiedenen Eventualitäten einzugehen, welche hätten eintreten können, wenn der Zollverein nicht bestände, oder welche eintreten könnten, wenn der Zollverein aufhörte zu bestehen; es ist jedoch vielleicht

lässt sich eine nicht unbeträchtliche Mehr-Einnahme erwarten. Zu einer Haupt-Einnahmequelle für die Staatskassen kann indessen die Besteuerung des Tabakverbrauchs in dieser Form nicht werden.

nicht ohne Nutzen, wenigstens eine von diesen Eventualitäten ins Auge zu fassen und sich die Lage zu vergegenwärtigen, in welcher sich der grösste unter den Vereinsstaaten zu jener Frage befinden würde.

Preussen hatte im Jahre 1819 eine Zollgrenze von 1073 Meilen, nach dem Anschlusse der Anhaltischen Herzogthümer eine Zollgrenze von 990 Meilen zu bewachen — 7 Meilen mehr, beziehungsweise 76 Meilen weniger, als jetzt der ganze Zollverein. — Von dieser Länge kommen 438 Meilen auf die Grenzen gegen die See, Russland, Polen, Oesterreich und Frankreich, also auf solche Grenzen, an welchen es besonderer Einrichtungen zum Schutze des Monopols nicht bedürfen würde. Die übrigen 635 oder 552 Meilen dagegen würden ohne Ausnahme zu den, in jeder Beziehung exponirtesten Grenzen gehören. Würden diese Grenzen wieder zu Zollgrenzen werden, so wäre die Politik Preussens gegeben: mässige Zölle nach Aussen und freier Verkehr im Innern. Das Monopol würde einige der segensreichsten Wirkungen mässiger Zölle, die Verminderung der Grenzschutzkosten, die Erleichterung der Zollkontrollen und die Beseitigung des Schleichhandels vereiteln, denn es bringt eine sehr starke Grenzbesetzung, eine sehr strenge Waarenkontrolle und einen sehr lebhaften Anreiz zum Schleichhandel mit sich. Das Monopol würde ferner einen freien Verkehr im Innern nicht zulassen, denn es erfordert eine scharfe Binnen-Kontrolle. Das Monopol würde also mit der, von den Verhältnissen gebotenen Politik in Widerspruch stehen. Grenzbesetzung und Binnen-Kontrolle würden aus den oben erörterten Gründen zum Schutze jener exponirten Grenzen nicht ausreichen. Man würde in den Grenzbezirken zu ermässigten Preisen verkaufen müssen und diese Bezirke würden, bei einer Länge von nur 552 Meilen und einer Breite von 3 Meilen, beinahe ein Drittheil des ganzen Landes ausmachen.

Wenn hieraus die Folgerung gezogen wird, dass auch die Einführung des Tabakmonopols in Preussen allein unüberwindliche Bedenken finden würde, so ist keineswegs vergessen, dass dasselbe bereits zweimal in Preussen bestanden hat, einmal in Wirklichkeit, das andere Mal auf dem Papier. König Friedrich II. führte es im Jahre 1763 ein, sein Nachfolger hob es sogleich nach seinem Regierungs-Antritt auf. König Friedrich Wilhelm II. führte es drei Monate vor seinem Tode wieder ein und wiederum war die Aufhebung eine der ersten Regierungshandlungen seines Nachfolgers. Dieses letzte Experiment liess nur eine Lücke in der Staatskasse zurück; wer sich

aber auf die dreiundzwanzigjährige Dauer des Monopols unter Friedrich II. berufen wollte, wäre daran zu erinnern, dass sich in den, seitdem verflossenen siebenzig Jahren in Preussen Einiges geändert hat. Damals war der Handel in die Städte gebannt, jetzt wird er im ganzen Lande betrieben. Damals wurde der Waaren-Eingang in alle Städte streng kontrolirt, jetzt unterliegt er in den meisten Städten gar keiner, in den übrigen einer sehr beschränkten Kontrolle. Damals bestanden Binnenzoll-Linien zwischen den einzelnen Provinzen, jetzt ist der Verkehr zwischen allen Landestheilen frei. Damals bedurfte der Waarentransport Wochen, wo er jetzt in Stunden erfolgt. Damals war das ganze Land mit einem Netz von Accisebehörden und einer Armee von Accisebeamten bedeckt, welche die Gegenstände der zahlreichen Monopole bis in die Küche der kleinsten Haushaltung verfolgten, jetzt beschränkt sich die Steuer-Kontrolle im Innern auf eine Anzahl grosser Produktions-Anstalten. Ohne die, in jenen früheren Einrichtungen liegenden Hilfsmittel wäre damals die Durchführung des Monopols unmöglich gewesen. Die Wiederherstellung dieser Hilfsmittel wird jetzt keinen Fürsprecher finden.

Berichtigungen.

Seite 21 Anmerkung 2 muss es heissen: Vergl. unten S. 45 und 56.

„ 24 „ 1 „ „ „ Vergl. unten S. 69.

ANLAGEN.

ANNALS

OF THE

PROGRESS OF THE HUMAN MIND

I. Uebersicht der Fabrik- und der Verkaufspreise

für die

gangbarsten Sorten der von der Französischen Verwaltung verfertigten
tabacs supérieurs und tabacs ordinaires.

Espèces de tabacs.			Ordonnance du 9 octbr. 1816. ¹⁾	Ordonnance du 18 mars 1832.	Ordonnance du 27 août 1839.	Décret du 2 mai 1848.						
			Fabrik- preis.	Ver- kaufs- preis.	Fabrik- preis.	Ver- kaufs- preis.	Fabrik- preis.	Ver- kaufs- preis.	Fabrik- preis.	Ver- kaufs- preis.		
tabacs supé- rieurs	{	en poudre	Kil.	13,30	15,00	11,10	12,00	11,10	12,00	11,10	12,00	
		à fu- mer	cigares, dits étrangers ²⁾	»	19,00	22,40	19,60	22,40	22,00	25,00	22,00	25,00
			» » ordinaires ²⁾	»	9,50	11,40	9,80	11,20	11,00	12,50	11,00	12,50
			scaferlati	»	13,30	15,00	11,10	12,00	11,10	12,00	11,10	12,00
			rôles menu-filés	»	9,50	11,20	9,80	11,00	9,80	11,00	9,80	11,00
		carottes à pulvériser	»	9,50	10,70	9,50	10,00	9,50	10,00	9,50	10,00	
tabacs ordinaires	{	en poudre	»	6,84	8,00	7,00	8,00	7,00	8,00	7,25	8,00	
		à fumer	scaferlati	»	6,84	8,00	7,00	8,00	7,00	8,00	7,25	8,00
			gros rôles	»	6,84	8,00	7,00	8,00	7,00	8,00	7,25	8,00
			carottes à fumer	»	6,84	8,00	7,00	8,00	7,00	8,00	7,25	8,00

¹⁾ Die hier unter Fabrikpreis angegebenen Beträge bezeichnen die Fabrikpreise nach Abzug des, zufolge der Bestimmung im Art. 2. dieser Ordonnance, den Detail-Verkäufern gewährten Rabattes von 5 pCt. für Abgang — trait de balance. Dieser Rabatt wurde durch Art. 4. der Ordonnance vom 18. März 1832 bei der neuen Regulirung der Fabrikpreise aufgehoben.

²⁾ Bis zur Ordonnance vom 27. August 1839, deren Bestimmungen mit dem 1. Januar 1840 in Kraft traten, wurden 224 Stück, von da an 250 Stück Cigarren auf das Kilogramm gegeben. Der Verkaufspreis für das einzelne Stück — 10 Cts., beziehungsweise 5 Cts. — wurde also durch diese Ordonnance nicht verändert, nur das einzelne Stück wurde etwas kleiner.

Wird dies in Betracht gezogen, so ergibt die vorstehende Uebersicht, dass die Verkaufspreise der Cigarren und aller tabacs ordinaires, zusammen beinahe 70 pCt. des gesamten Debits, seit vierzig Jahren unverändert geblieben sind, und dass die Verkaufspreise der übrigen Sorten während desselben Zeitraums nur eine einzige Veränderung erfahren haben. Die Stabilität der Preise lässt sich sogar noch weiter zurück verfolgen. Zur Zeit der ferme générale betrug der Verkaufspreis der tabacs ordinaires 4 livres tournois pr. livre, also beinahe genau so viel, als jetzt.

II. Uebersicht der Verkaufspreise für die gangbarsten
verfertigten

A. Deutsche, Slavische

Tarif-	Tabak-Sorten,	
Num-	Rauchtabak und Cigarren.	
mer.		
I. Geschnittene Rauchtabake.		
a. in Paketen.		
3.	Echter Türkischer	
4.	Geschnittener Knaster	
5.	Portoricco - Knaster	
6.	Holländer - Krull	
7.	Extrafein Drei-König, 1. Sorte	
8.	» » 2. »	
9.	Mittelfein »	
10.	Echter Ungar	
	Mittelfeiner Ungarischer in blauem Papier	
b. in Briefen.		
11.	Holländer - Krull, à 1 $\frac{3}{8}$ Loth	
12.	Portoricco - Knaster, desgl.	
13. 14.	Echter Türkischer und Extrafein Drei-König, desgl.	
15.	Mittelfein Drei-König, desgl.	
	Echter Ungarischer, à 1 $\frac{5}{8}$ Loth	
	Geschnittener Ungarischer, à 1 $\frac{6}{8}$ Loth	
	» ordinärer, à 1 $\frac{2}{8}$ Loth	
c. ledig.		
16.	Ordinär geschnittener	
	Für die Mili- { 1. Sorte mit kurzem Schnitte	
	tärgrenze { 2. » » langem »	
	Landtabak für die übrigen Ungarischen Kronländer	
II. Cigarren.		
1.	Lit. A. Cabanos, 5 $\frac{1}{3}$ " oder 5" lang	
2. 3.	» B. und C. Cuba und Havana, 4 $\frac{1}{2}$ " lang	
4. 5.	» D. » E. » » 4 $\frac{1}{4}$ " »	
6.—9.	» F. bis J. Portoricco, Mariländer, Gemischte und Do- mingo, 3 $\frac{3}{4}$ " lang	
10.	» K. Ordinäre ausländische, 4" lang	
11.	» L. » inländische, 4 $\frac{3}{4}$ " »	
12.	» M. » » 3 $\frac{2}{3}$ " »	
13.	» N. Virginier	

Sorten der von der Oesterreichischen Verwaltung Tabake.

und Ungarische Kronländer.

Verkaufspreis der Gross- verschleisser an die Konsumenten im Grossen.							Verkaufspreis der Gross- verschleisser u. Trafikanten an die Konsumenten im Kleinen.						
Kronländer:							Kronländer:						
Menge.	Deutsch- Slavische, excl. Galizien.		Galizien.		Un- garische.		Menge.	Deutsch- Slavische, excl. Galizien.		Gali- zien.		Unga- rische.	
	Fl.	Kr.	Fl.	Kr.	Fl.	Kr.		Kr.	Kr.	Kr.			
32 Lth.			1 Fl.	12 Kr.			8 Lth.			20 Kr.			
»			3 »	16 »			»			49 »			
»			2 »	30 »			»			40 »			
»			1 »	48 »			»			30 »			
»			1 »	42 »			»			28 »			
»			1 »	12 »			»			20 »			
»			— »	40 »			»			11 »			
»			— »	54 »			»			15 »			
»	—	—	—	—	—	36	»	—	—	—	10		
100 Stck.			7 Fl.	50 Kr.			1 Stck.			5 Kr.			
»			6 »	10 »			»			4 »			
»			4 »	44 »			»			3 »			
»			3 »	6 »			»			2 »			
»	—	—	—	—	4	44	»	—	—	—	3		
»	—	—	3	—	—	—	»	—	2	—	—		
»	—	—	1	30	—	—	»	—	1	—	—		
1 Pfd.	—	29	—	—	—	—	1 Lth.	1	—	—	—		
32 Lth.	—	—	—	—	—	14	2 »	—	—	—	1		
»	—	—	—	—	—	19	1½ »	—	—	—	1		
»	—	—	—	—	—	24	1¼ »	—	—	—	1		
100 Stck.			4 Fl.	30 Kr.			1 Stck.			3 Kr.			
»			3 »	50 »			»			2½ »			
»			3 »	— »			»			2 »			
»			2 »	— »			»			1½ »			
»			1 »	28 »			»			1 »			
»			1 »	28 »			»			1 »			
»			— »	42 »			»			½ »			
»	2 Fl.	18 Kr.			—	—		1½ Kr.			—		

Tarif-	T a b a k - S o r t e n ,			
Num-	Schnupftabak.			
mer.				
3.	Façon d'Espagne			
4.	Wiener Rapé, 1. Sorte			
5.	» » 2. »			
6.	Façon St. Omer			
7.	Gingé			
8.	Radica paesana grossetta e sottile			
9.	Rapé punto Virginia			
10.	Scaglia di lusso grossetta e sottile			
11.	Debröer			
12.	Levante			
13.	Sanspareil			
14.	Tiroler, feiner und rapirter			
15.	Extra gebeizter			
16.	Schwarz gebeizter			
17.	» » ledig			
18.	Galizier (Albanier)			
19.	» rapirter			
20.	» gebeizter, ledig			
21.	Ordinär gebeizter, ledig			
	Furlano			
	Radica, ordinär			
	Scaglia, ordinär			
	» paesana fina			
	Radica correra grossetta e sottile			
	Scaglia paesana, 2. Sorte			
	Radica paesana mischiata			
	» » grossetta e sottile			
	Foglia di Levante			
	Scaglia naturale, ledig			
	» fermentata, ledig			
	» soprafin di lusso scielissima			
	» » » » dolce			
	Radica » » » asciutta grossetta e sottile			

Preise bei dem Verkaufe von den Grossverschleissern
an die Konsumenten im Grossen.

[illegible]

B. Italianische

Tarif- Num- mer.		T a b a k - S o r t e n	
Lom- bar- die.	Ve- ne- dig.	in der Lombardie.	in Venedig.
I. Schnupftabake.			
1.	1.2.	Fermentato sceltissimo . . .	— Sa. Giustina sceltissimo . . .
2.	3.	„ soprafino . . .	— „ „ uso diletianti . . .
3.	4-6.	„ fino . . .	— Uso Sa. Giustina, Radica, Padovano
—	7.		Fermentato ordinario uso Hainburg
4.	8.	„ mezzano . . .	— „ mezzano „ . . .
5.	9.	Albania . . .	— Padovano sottofino . . .
6.	10.	Radica macinata . . .	— Radica macinata . . .
7.	11.	Costa scaglia . . .	— Santi Padri . . .
—	12.		Nostran Campese fino e comune .
—	13.		Radica correra . . .
8.	—	Rapé Bastoni di Parigi . . .	
9.	14.	„ Parigi . . .	— Rapé Parigi . . .
10.	15.	„ S. Vincent, S. Omer &c. —	„ S. Vincent, S. Omer . . .
11.	—	„ naturale . . .	
12.	—	„ Foglietta . . .	
13.	—	„ Violetto scelto . . .	
14.	—	„ Bergamasco . . .	
15.	16.	Ingé di lusso . . .	— Ingé di lusso . . .
16.	—	Caradà particolare . . .	
17.	17.	„ di lusso chiaro . . .	— Caradà di lusso . . .
18.	—	„ prima sorta . . .	
19.	18.	„ seconda sorta . . .	— „ uso Bergamo . . .
20.	—	Galizia . . .	
II. Geschnittene Rauchtabake.			
a. in Paketen.			
1.	1.	Seraglio . . .	— Seraglio . . .
2.	—	Virginia . . .	
3.	2.	Levante . . .	— Levante . . .
4.	3.	Moro . . .	— Tre Re . . .
5.	4.	Ungherese vero . . .	— Ungherese vero . . .
b. ledig.			
1.2.	1.	Trito a fumare ed a masti- care, coste a fumare	— Foglia trinciata a fumare ed a ma- sticare
III. Cigarren.			
1.	1.	Cuba, à 12 Cent (4½'')	— Cuba, à 12 Cent (4½'')
2.	2.	Viginia, à 21 Cent (8'')	— Virginia, à 21 Cent (8'')
3.	3.	Esteri, à 10,6 „ (4'')	— Esteri, à 10,6 „ (4'')
4.	4.	Nazionali, à 13 Cent (5'')	— Nazionali, à 13 „ (5'')
5.	5.	Comuni, à 12 Cent (4½'')	— Comuni, à 12 Cent (4½'')

Kronländer.

Verkaufspreise der Grossverschleisser an die Konsumenten im Grossen.					Auf Oesterreichische Währung und Wiener Gewicht reduzirt betragen diese Preise		
Menge.	Lombardie.		Venedig.		für	Fl.	Kr.
	L.	C.	L.	C.			
5 once	7 L. 70 C.				32 Loth	2	53
„	6 „ 30 „				„	2	21
„	4 „ 90 „				„	1	50
„	—	—	3	95	„	1	28
„	3 L. 60 C.				„	1	21
„	3 „ 55 „				„	1	20
„	2 „ 20 „				„	—	49
libbra	3 „ 50 „				„	—	39
„	—	—	8	10	„	1	30
5 once	—	—	2	65	„	1	—
„	7	20	—	—	„	2	42
„	5 L. 75 C.				„	2	9
„	3 „ 55 „				„	1	20
„	3	—	—	—	„	1	7
„	2	20	—	—	„	—	49
„	1	85	—	—	„	—	41
libbra	3	50	—	—	„	—	39
5 once	5 L. 30 C.				„	2	—
„	5	—	—	—	„	1	52
„	3 L. 95 C.				„	1	28
„	3	55	—	—	„	1	20
„	2 L. 65 C.				„	1	—
W. Pfd.	4	70	—	—	„	1	34
1½ once	2 L. 30 C.				„	2	52
„	1	70	—	—	„	2	7
„	1 L. 35 C.				„	1	41
„	— „ 98 „				„	1	13
„	— „ 98 „				„	1	13
libbra	3 „ 80 „				1 Pfd.	—	42
cento	12 „ — „				100 Stck.	4	—
„	6 „ 90 „				„	2	18
„	5 „ 20 „				„	1	44
„	5 „ 20 „				„	1	44
„	3 „ 50 „				„	1	10

Verkaufspreise der Grassverschleißer an die Konsumenten im Grossen.				Auf Österreichische Währung und Wiener Gewicht reduziert betragen diese Preise			
Menge		Lombardie		Venedig		für	
		L.	C.	L.	C.	F.	Kr.
5 omer		7 L.	70 C.	32 Loth		2	53
"		6 "	80 "	"		2	51
"		4 "	80 "	"		1	50
"		—	—	"		1	28
"		3 L.	60 C.	"		1	21
"		3 "	55 "	"		1	20
"		2 "	50 "	"		—	49
libbra		3 "	50 "	"		—	49
"		—	—	"		1	30
5 omer		—	—	"		1	—
"		7	20	"		2	43
"		5 L.	75 C.	"		2	3
"		3 "	55 "	"		1	20
"		3	—	"		1	7
"		2	20	"		—	49
libbra		3	50	"		—	20
5 omer		5 L.	30 C.	"		2	—
"		6	—	"		1	22
"		3 L.	35 C.	"		1	22
"		3	55	"		1	30
"		3 L.	65 C.	"		1	—
17. Pfd.		4	70	"		1	34
1½ omer		2 L.	30 C.	"		2	22
"		1	70	"		2	7
"		1 L.	35 C.	"		1	41
"		—	93	"		1	43
"		—	98	"		1	43
libbra		3 "	80 "	"		—	42
cento		12 "	—	"		4	2
"		6 "	90 "	"		2	12
"		5 "	80 "	"		1	44
"		5 "	30 "	"		1	44
"		3 "	50 "	"		1	10

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. Decker).

Delbrueck, Rudolf von

Der Zollverein und das Tabak-Monopol

Berlin 1857

Merc. 53 id

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10290664-6